

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 2. Juli 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die er rief, die Geister!

Er hatte es sich wohl etwas bequemer vorgestellt, der treffliche Schnurrbart, der jetzt Kriegsminister ist in Preußen, mit seiner tragikomischen Anklage gegen die Genossin Luxemburg! Armee ist Grundlage des Staats, oder wie der Staatsanwalt in Frankfurt a. M. ferner sagte: Lebensnerv. Ein Jahr hat das Frauenzimmer schon weg, lassen wir ihr noch ein Jahr oder anderthalbe draufpacken, dann haben wir wenigstens 'ne Zeitlang Ruhe. Auf Armeebelcidigung immer Gefängnis, und 'ne größere Beleidigung, als wenn man sagt, es kommen in der preussischen Armee täglich Mißhandlungen vor, ja nicht denkbar. In einer halben Stunde ist die Sache gemacht, Staat zertrümmert, Ruja verknurrt!

Es kam anders. Schon am zweiten Tage der Verhandlungen mußte das Gericht die Sitzungen unterbrechen, um dem Staatsanwalt Zeit zu lassen, sich zu fassen und wenigstens zu einem Teil des angebotenen Beweismaterials sich zu äußern. Als der Vorsitzende, der ja gleich zu Beginn der Verhandlungen durch seine höchst merkwürdige Ansprache gezeigt hatte, aus welchem Lode der Wind pfeift, von den Verteidigern vernahm, daß zunächst 922 Zeugen gemeldet seien, da sprangen ihm fast die Augen aus den Höhlen und entsetzt fragte er: Wird denn beabsichtigt, alle diese 922 Zeugen vorzuladen? Auf die beruhigende Antwort, daß das noch keineswegs alles sei, und daß sich immer noch neue Zeugenbataillone meldeten, erklärte er resigniert: „Dann müssen wir uns ja nicht auf Wochen, sondern auf Monate einrichten!“ Dem Staatsanwalt schwannte schon, was ihm bevorstand, und mit Händen und Füßen wehrte er sich — ein wohl einzig dastehender Fall in der Strafrechtspflege —, daß auch nur die Beweisurteile verlesen würden, nachdem er vorher überhaupt jede Beweisführung absichtlich versucht hätte! An dieser juristisch unbegründeten und politisch nur zu begreiflichen Haltung des Staatsanwalts konnte man noch deutlich erkennen, wie sich die Militärbehörde die „Erledigung“ dieses Falles gedacht hatte. Es verdrug der Staatsanwaltschaft nichts, daß sie selber durch ihren Antrag, die Beweisführung von vornherein abzulehnen, die furchtbarste Armeebelcidigung beging, die denkbar war. Denn gibt es eine größere Beleidigung des glorreichen Kriegsbeeres, als sich die Ohren zuzustopfen, wenn jemand erklärt: Ich will und kann beweisen, daß in der Armee die furchterlichsten Mißhandlungen vorkommen, ohne daß ein Hahn danach kräht, daß von diesen systematisch betriebenen Verbrechen noch nicht ein Prozent zur Kenntnis der Öffentlichkeit, geschweige denn zur kriegsgerichtlichen Verhandlung kommt! — Hier konnte denn auch das Gericht nicht anders, es mußte die Beweisurteile entgegennehmen und resigniert sich auf eine lange, lange Sitzung vorbereiten.

Und so bietet sich denn zum ersten Male in der Geschichte dieses glorreichen Kriegsbeeres die Gelegenheit, den Schanddeckel abzulegen von jenem System, dessen Erlöschen der Kriegsminister in einem unbewachten Augenblick im Reichstage selber zugegeben, das man aber immer und immer wieder zu leugnen, zu beschönigen versucht, dessen Aufklärung man verhindert und in dessen Bekämpfung man bis heute keinen Schritt praktisch vorwärts gekommen wäre, wenn nicht die Sozialdemokratie immer wieder in aller Öffentlichkeit die uniformierten Schandhuden gebrandmarkt, das schlaffe öffentliche Bewußtsein wachgerüttelt und in den Massen selber das Gefühl für Ehre und Menschenwürde geweckt hätte. Und nicht vor einem Militärgericht werden diese Dinge zur Sprache gebracht werden, wo man die Öffentlichkeit meidet wie die Pest, wo man sogar Urteilsbegründungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit verliest, wenn es sich um Schändknechte in Offiziersuniform handelt, sondern vor einem bürgerlichen Strafgericht, wo man die Öffentlichkeit nicht nach Belieben zum Teufel jagen kann. Hunderte und aber Hunderte von Jungen stehen vor der Tür, bereit, mit ihrem Eide der lange gedrohten Wahrheit zum Siege zu verhelfen, die in den Katernenstuben keine Stätte hat, wo man sie durch freche Drohungen am Reden hindert. Und die blutigen Geister der Unglücklichen, die der Militarismus in den Tod gejagt hat, die er ins Wasser oder vor den Gewehrlauf gehetzt, die er an den Bettpfosten geknüpft oder hoch zum Fenster hinaus auf den Hof geschmettert hat, alle diese blutigen Leichen werden als schauerliche Blutzengen eines fluchbeladenen Systems vor Gericht beschworen werden und ihre stumme Aussage wird hier um so schwerer ins Gewicht fallen, je leichter damals ihr Tod in die Waagschale fiel. „Mein Sohn, Du hast gut getroffen!“ das waren die Worte, mit denen ein trefflicher Militärarzt die Leiche eines in den Tod Gehetzten begrüßte! Wozu denn auch große Aufregung!

Und so wird sich denn an dem Militarismus das Geschick vollziehen, das der ahnungslose Engel im Kriegsministerium über ihn heraufbeschworen hat. Dieser Prozeß ist nicht bloß die Sache der zufällig angeklagten Genossin Luxemburg — wir sagen zufällig angeklagt; denn die Worte, die hier unter Auflage stehen, hat jeder Sozialdemokrat, ja jeder normale Mensch hundertmal gesagt und sagt sie immer wieder —, er ist der große Prozeß der Öffentlichkeit gegen die geheime Seite des Militarismus, er ist der Ausschrei der unterdrückten geschändeten Massen gegen das fluchbeladene System

Soldatenschänders, er ist der Prozeß der „Gemeinen“ gegen die — Feinen.

Aber gerade deshalb soll man sich über den Ausgang des Prozesses keinen Einbildungen hingeben. Wir stehen seiner Leitung mit tiefem Mißtrauen, dem kommenden Urteilspruch ohne jede Illusion gegenüber.

Und einen wie trefflichen Instinkt die bürgerliche Presse diesem Prozeß gegenüber hat, das geht sehr deutlich aus der Haltung dieser Blätter hervor. Der „Volkswacht“, das Hoforgan, bringt so wenig wie möglich. Die „Tägliche Rundschau“ beschimpft in ihrer gestrigen Nummer die Zeugen, von denen sie noch kein Wort vernommen hat, von denen sie nur weiß, daß sie existieren, gemißrauten a conto ihrer künftigen Aussagen. Und die „S. z. am Mittag“, die vorne ein Demokrat und hinten ein Kodesch ist, riß am ersten Tage gar gewaltig über den „Sensationsprozeß der Rosa“ die wohlgepflegten Kiefer auseinander, am zweiten aber, wo die „Sensation“ erst losging, schmeig sie wie ein Trappist. Das Weltblatt, die „Kölnische Zeitung“, bringt wohlgeredete 50 Zeilen. Das ist dieselbe Presse, die so laut und so bierehrlich ihr Bedauern ausdrückt, daß es immer noch „verzelebte“ Soldatenschändungen gibt. Hier aber, wo sie Gelegenheit hat, den Kampf gegen die Soldatenschänder einmal ernsthaft zu führen, verlagert sie und macht sich dadurch zu Mitschuldigen dieser Schänderknechte.

Doch wundert das jemanden? Das „glorreiche Kriegsbeere“ ist für diese Leute ein Kräutlein Rühmchen, bei dessen bloßer Erwähnung sie, heiligen Schauers voll, ihre Knieköpfe dreimal auf den Boden schlagen und leise murmeln: Allah ist groß! Um so größeres Interesse hat die Arbeiterpresse an diesem Prozeß. Er muß der Ausgang eines noch intensiveren Feldzuges gegen den Militarismus werden, als wir ihn gemeinsam führen. Da durch ihn entfachte Interesse gilt es gegen das gesamte militärische System zu konzentrieren, das ohne Soldatenschändereien so wenig denkbar ist, wie die bürgerliche Gesellschaft ohne die Prostitution.

Der Erfolg der Roten Woche.

Der Parteivorstand gibt jetzt über den Erfolg der Roten Woche eine Uebersicht, der wir nachstehende Zahlen entnehmen. Es wurden gewonnen:

In den Bezirken	Mitglieder	Lezer der Parteipresse	In den Bezirken	Mitglieder	Lezer der Parteipresse
Westpreußen . . .	1463	467	Riedersheim . . .	8070	7704
Ostpreußen . . .	829	841	Nordböhern . . .	4304	6261
Groß-Berlin . . .	15573	9069	Südböhern . . .	2885	4315
Brandenburg . . .	6082	4107	Wesl	1348	1261
Pommern	1685	1212	Dresden	4120	1285
Polen	179	46	Chemnitz	8018	3245
Sachsen	2388	1846	Leipzig	7706	1976
Schlesien	960	500	Witten	2818	1356
Ob- u. Niederrhein . . .	1575	1697	Württemberg . . .	5201	3073
Hannover	369	646	Baden	4522	2367
Bayern	4163	625	Hessen	3099	2896
Sachsen	4027	1302	Württemberg . . .	1419	454
Frankfurt a. M.	2639	1025	Groß-Hertingen . .	4579	3109
Frankfurt a. M.	6334	1783	Oldenburg	1233	349
Frankfurt a. M.	3216	1000	Braunschweig . . .	1979	675
Frankfurt a. M.	1366	1138	Mecklenburg . . .	1556	448
Frankfurt a. M.	3744	3680	Hamburg	10604	1332
Frankfurt a. M.	5384	3153	Köln	4400	2266
Frankfurt a. M.	469	309	Lübeck	2096	360
Frankfurt a. M.	2478	1276	Schleswig-Holstein .	1171	990

Der Gesamterfolg bezieht sich auf die Neuzugänge von 148 100 Mitgliedern, darunter 32 208 weiblichen. Außerdem wurden 83 784 neue Lezer für die Parteipresse gewonnen. In der Roten Woche fanden in Deutschland 1669 Agitationsversammlungen statt; 6 730 230 Flugblätter und 1 582 010 Agitationschriften wurden verbreitet. In 4288 Orten wurden Hausagitationen vorgenommen. — Die Polizei ließ es an Strafmandaten nicht fehlen; selbst Haftstrafen wurden verhängt.

Zur Erhaltung des Gewonnenen wird in der Uebersicht des Parteivorstandes empfohlen, daß Einrichtungen, die zur Erhaltung des Mitgliederzuges dienen, geschaffen oder ausgebaut werden. Die neuen Genossen und Genossinnen müssen möglichst mit den Grundlagen und Zielen der sozialistischen Bewegung vertraut gemacht werden durch die Parteipresse und durch aufklärende Agitationsbrochüren. Die Mitgliederversammlungen und Bezirksabende sollen möglichst interessant ausgestaltet werden, um der Aufklärungsarbeit in weitgehendster Nähe zu dienen und die jungen Mitglieder zu festeln. Als besonders wirksam für die Erhaltung des Mitgliederzuges habe sich die Hausaffizierung erwiesen. Eine gute Hausaffizierung ist nicht nur für eine feste Grundlage unseres Kampfes notwendig, sondern hat weiter den Vorteil, daß dadurch eine ständige Verbindung mit den Mitgliedern besteht und dabei auch auf die Frauen und die übrigen Hausgenossen aufklärend eingewirkt werden kann. Die guten Erfahrungen, die in vielen Organisationen mit der Hausaffizierung gemacht worden sind, sollten Veranlassung sein, sich über nebenamtliche Bedenken hinwegzusetzen und baldigt dort die Durchführung einer geregelten Hausaffizierung in die Wege zu leiten, wo eine solche noch nicht vorhanden ist.

Ueber die Wiederholung der Roten Woche wird gesagt: Einmütigkeit herrsche darüber, daß selbstverständlich die Agitationsarbeit in den Orten ständig fortgesetzt werden müsse. Ob diese durch periodisch wiederholte Hausagitation, durch Agitation

in den Werkstätten und Betrieben, durch Versammlungen usw. geschieht, müsse dem Ermessen der örtlichen Parteileitung resp. der Kreisleitung überlassen werden. Eine rote Woche dürfte aber nicht oft, sondern nur zur rechten Zeit wiederholt werden. Jetzt gelte es, das Errungene zu befestigen, die Organisation und ihre Einrichtungen auszubauen, sowie Prüfung und Verfestigung der Agitationsmittel!

Folgen des Sarajewoer Attentats.

Aus Wien wird uns vom Dienstag, den 30. Juni, geschrieben:

Will man über die Folgen, die die Bluttat von Sarajewo nach sich ziehen wird, Klarheit gewinnen, so braucht man sich nur die folgende Tatsache zu vergegenwärtigen: der regierende Kaiser ist 84 Jahre alt und der Anwärter auf den Thron steht im 27. Lebensjahre. Nun ist das habsburgische „Reich“ ein ungemein verwickelter Staat, und die so vielgerühmte Regentenweisheit Franz Josephs, an der wenigstens eine lange, in Zerungen und Wirrungen gewonnene Erfahrung echt ist, hat es nicht verhindert, daß das „Reich“ unfähig war, sich auch nur aus den größtenteils schwierigsten herauszuarbeiten, daß der Zusammenhang seiner Teile brüchiger ist denn je und die auseinanderdringenden Kräfte zu einer Einheit nicht geknüpft sind; wie werden sich aber die Dinge erst anstellen, wenn die organische Spitze ohne jede Erprobung ist, wenn ihr die Erfahrung fehlt, wenn sie auch der Autorität entbehrt, die der alte Kaiser, der das Ungemach des Lebens nicht selten so hart erfuhr, in einem so starken Maße darstellte! Und das ganze Gefühl der Patrioten steigert sich natürlich noch durch die Erwägung, daß der Kaiser schon wirklich recht alt ist, der Tag also immer näher kommt, da sich die Zeit der menschlichen Kreatur vollendet, der Uebergang von dem hohen Alter zur Unerschöpflichkeit der Jugend den Staat nun ohne jede Vorbereitung treffen wird! Wohl haben die einsichtigen Leute in Oesterreich dem Ferdinandsischen Regieren mit unverkennbarer Bestimmtheit entgegengeblendet; aber der Altersschwäche oder der jugendlichen Unreife zu verfallen, ist gleichfalls keine angenehme Aussicht. Es mag sein, daß die Vorstellung von der Kraft und Energie, von dem zielbewußten Willen und den geistigen Anschauungen Franz Ferdinands, was alles jetzt in den Retrologen so farbenprächtig gemalt wird, mehr und minder Einbildung war. Aber manche Patrioten glaubten daran, und so schien ihnen die Zukunft geborgen. Nun hat die Kugel des serbischen Fanatikers in das, was das sicherste schien in dem Staate, in dem so ziemlich alles unsicher ist, die stärkste Lücke gerissen. Und so entsteht und verbreitet sich das Gefühl, daß alles wankt und schwankt!

Man mag über die Angemessenheit der monarchischen Regierungsform mit dem prinzipiellen Urteil zu Ende sein; in Oesterreich hat aber der Monarch Aufgaben über die bloße Repräsentation hinaus. In dem Krieg der Nationen, in dem staatsrechtlichen Wirrwarr ist er eben der naturnahe Mittler! Schon das Dasein des Dualismus legt ihm diese Aufgabe auf. Dazu kommen noch die Wirren in beiden Staaten, die, wohl gemerkt, nicht das Resultat der Klassenkämpfe allein sind, bei denen der Monarch also, wenn er für die Besitzenden nicht gerade Partei nehmen will, nicht viel zu tun hat, die vielmehr die unermittbare Folge der Zusammenfügung dieser Staaten, also von ihnen nicht zu trennen sind, die also vielleicht gemildert und beschwichtigt werden können, im Rahmen dieser Staatenordnung aber nicht lösbar sind. Und die ungelagte dieser die natürliche Entwicklung störenden und hemmenden Tatsachen: die Angliederung Bosniens und der Herzegovina, aus der die Todfeindschaft Serbiens entstanden ist, die nun, durch die Verknüpfung mit den Bosheitsabsichten des Jarrismus, die ständige Gefahr des Krieges heraufbeschwört, der ein Weltkrieg werden könnte und jedenfalls der Krieg um Bestand und Zukunft des ganzen Habsburgerstaates wäre. In diesem Staatschaos hat nun der Kaiser die Aufgabe, den zentrifugalen Tendenzen zum Trotz, die an dem Bau rütteln, den jeder totgeglaubt, wenigstens die oberste Einheit des Reiches zu erhalten, die Daseinsmöglichkeiten, die ja die Existenz seiner Herrschaft einschließen, ihm zu sichern. Und das soll nun ein Monarch leisten, dem dafür wohl alle Vorbedingungen fehlen! Die individuellen Begabung, der Kenntnis der Dinge, der Erfahrung von der Gewalt der Tatsachen — eben alles, was unerlässlich ist, soll die österreichische Staatlichkeit nicht wie ein Bruch an ihrer Schwierigkeiten zerschellen!

Mit diesem bedrohlichen Sachstum der inneren und dieses Staates vermehrt sich aber auch seine internationale Gefahr; er wird immer mehr die eigentliche Gefahr in Europa. Nun galt Franz Ferdinand, der Jüngling wohl immer als das Haupt jener autonomen Kriegs-Oesterreich, die man zwar nicht sieht, deren unheilvoll aber immer fühlbarer ward. Indes besteht diese Gefahr hauptsächlich in dem Mangel der Konsolidation des Staates; je brüchiger der Zusammengepresste Teile wird, desto größer der Appell an die Nachbarn, die an ihm Beute machen können; desto mehr der Anreiz, den „großen Tanz“ zu wagen, von dem Bestand Oesterreichs als Großmacht abhängt.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichtigungen und Berichtigungen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Pfg. (jeweils 2 fertige Wörter), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenvermittlungen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geschlossen.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

die Kräftigung des Staates, natürlich nicht etwa jene militärische Kräftigung, woran die Imperialisten immer denken und die allein sie im Sinne haben, sondern seine Kräftigung als Staat, seine Entwicklung zu einem gesunden und den Fortschritt für alle Nationen verbürgenden Staatswesen, ganz bestimmt die Milderung der Gefahr; der Appetit würde danach dem Gegner eher vergehen. Ob Franz Ferdinand sich der Notwendigkeit dieser Entwicklung bewusst war, ob er die Fähigkeit gehabt hätte, sie zu begreifen, ob er der Mann gewesen wäre, sie zu erfüllen: das alles sind heute Fragen ohne Wert, wären mühsame Erwägungen. Wohl aber erhebt sich vor Oesterreich-Ungarn und erhebt sich vor Europa die Frage, ob es das Regime, das wir heute haben, oder das, was wir in Würde haben werden, zuwege bringen wird, und diese Frage wird wohl niemand bejahen wollen. Für die Habsburgische Monarchie ist es aber die wahre Schicksalsfrage, und so ist es nur allzu begreiflich, daß die Patrioten das Gefühl haben, es sei von den schwachen Stützpunkten der schwarzgelben Staatlichkeit am Sonntag der vergleichsweise tragfähigste abgerissen worden. Man baute davor, was mit der Aera Ferdinands kommen könnte, und hängt nun davor, wie es ohne Franz Ferdinand werden soll!

Es ist wirklich ein trauriger, ein kranker Staat, dieses Habsburgische Imperium, das von der Macht und Gewalt der nationalen Strömungen und Bedürfnisse zerrissen und zerbröckelt wird. Ein Staat eben, der immer in Frage steht und sich nie zu finden vermag; zu dem man sich nicht bekehren kann und von dem man nicht fortzukommen wird. Die Kräfte der Vergangenheit taugen nicht, und neue Ideen müßten sich durchbringen, um ordnend auf die Bahn der Gesundung zu führen.

Schwarz-gelbe Treiberzeilen.

Die ganze Verfahrenheit der schwarz-gelben chauvinistischen Kreise, die schon während der Balkankriege geradezu gemeingefährliche Formen aufwies, zeigt sich auch jetzt in den Verlesungen, die Bluttat von Sarajewo in nationalstümlicher Interesse auszunutzen. In den letzten 24 Stunden haben Wiener Blätter mit vollen Baden gegen Serbien geheut und das wüste Hebelblatt „Die Reichspost“ hat sogar den letzten „unabwendbaren Schritt gegen dieses Volk der Fürstenmörder“ verlangt. Man verkündete schon eine Art Ultimatum der österreichischen Regierung in dem Sinne, daß Serbien die Untersuchung gegen die Attentäter gleichsam unter österreichischer Kontrolle im eigenen Lande durchzuführen habe. Diese Nachricht ist dann wieder dementiert worden; die Wiener Blätter wurden etwas zahmer und fanden auch Worte gegen die wüsten Serbenverfolgungen in den slavischen Kronländern. Aber schon morgen kann die Hebe von neuem losgehen.

Die Erklärungen der serbischen Regierung zu dem Attentat sind korrekt gehalten. Aber auch sie scheint die Gelegenheit benutzen zu wollen, die Situation gegen unliebbare oppositionelle Elemente im eigenen Lande auszunutzen.

Die Untersuchung gegen die Attentäter.

Sarajewo, 1. August. Die Einzelheiten der Untersuchung wegen des Attentates werden geheim gehalten; doch weiß man aus dem bisherigen Verlauf der Untersuchung, daß Cabrinowitsch und Princip in Belgrad von einem Komitatstschik Namens Miko Tschiganowitsch für den Mord gedungen und mit Bomben und Revolverpistolen ausgerüstet worden sind. Princip hat ausgesagt, daß er das Attentat ursprünglich in Tatzschin, dem Hauptquartier der Mandoverleitung, habe verüben wollen, aber wegen der strengen militärischen Überwachung diese Absicht aufgegeben habe. Mehrere Verhafteten konnte nur nachgewiesen werden, daß sie mit Cabrinowitsch und Princip in persönlichem Verkehr gestanden haben.

Auf Anregung des hiesigen Majors Piffi, Lehrer am Militär-Inhabenpensionat, haben hier Sammlungen für ein Gedenkmünzchen begonnen, die erste Gedenksteife weist bereits zweitausend Kronen aus.

Die Serbenhege in Kroatien.

Wien, 1. Juli. Nach privaten Meldungen aus Agram dauerten die gestrigen Kundgebungen gegen die Serben bis in die Morgenstunden an. Bei dem Gebäude der serbischen Kirchengemeinde, beim serbischen Solobereim und bei zahlreichen Geschäftslokalen wurden die Fenster eingeschlagen und die Firmenschilder abgerissen. Das Café National, aus dessen Inneren Sineine gegen das von der Menge getragene Bild des Thronfolgers geworfen worden waren, wurde von der Menge gestürmt. Tische, Stühle und Lüster sowie die herausgerissenen Fensterrahmen mit den Vorhängen wurden auf die Straße geworfen. Mehrere serbische Gäste in dem Kaffeehaus erlitten Verletzungen. Zwischen den Demonstranten und der Polizei kam es wiederholt zu Zusammenstößen. Die Polizei machte von der blanken Waffe Gebrauch und verletzete eine Reihe von Demonstranten. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Agram, 1. Juli. Hier ist es zu erneuten serbenfeindlichen Kundgebungen gekommen. Die Menge zog vor das Haus des Bürgermeisters und forderte diesen auf, den Serben, den er jüngst erhalten hatte, zurückzuschicken. Auch gegen den Präsidenten des Landtages, den Serben Webałowicz, wurden Kundgebungen veranstaltet. Es wurden zehn Verhaftungen vorgenommen, doch wurden die Verhafteten später wieder freigelassen.

Antiserbische Demonstrationen in der Herzegowina.

Rastar, 30. Juni. Hier ereigneten sich gestern wieder patriotische Kundgebungen der Muselmanen und Katholiken und antiserbische Demonstrationen, wobei in einigen serbischen Häusern die Fenster eingeschlagen wurden. Heute kam ein Kroat in ein serbisches Geschäft, um etwas einzukaufen. Der Kaufmann machte gegenüber dem Kroaten eine den ermordeten Erzherzog verunglimpfende Bemerkung, worauf der Kroat in seiner Wut dem serbischen Kaufmann einen Messerstich versetzte. Der Kroat wurde verhaftet. — Auch aus Doboj, Schornac und Wido sowie anderen Orten werden Demonstrationen und kleinere Ausschreitungen gemeldet. — Die gestrige Blättermeldung von der Verhaftung des geordneten Anagnie Sola bestätigt sich nicht.

Die Serbenverfolgungen in Bosnien.

Sarajewo, 1. Juli. Die Stadt zeigt das gewohnte Bild. Die öffentlichen Läden sind geöffnet, und es herrscht vollkommene Ruhe. In Konica in der Herzegowina fanden gestern antiserbische Kundgebungen der Muselmanen und Katholiken statt. Mehrere serbische Häuser wurden die Fenster zertrümmert. Die Wache zerstreute die Kundgebungen. Auch in Livno, wo serbische Läden und die Häuser bombardiert wurden, ferner in Stolac,

Poljici, Sienika, Bosnisch Brod und Teschanj veranstalteten die Muselmanen und Katholiken Trauerfeiern und antiserbische Kundgebungen, bei denen die Fenster zahlreicher serbischer Häuser und Gebäude eingeworfen und die Einrichtungen in Gasthöfen und Geschäftsläden zertrümmert wurden. In allen Fällen wurde die Ruhe wiederhergestellt. In Banjaluka nahmen an der Trauerfeier auch die serbisch-nationalen Vereine teil. In Javidovic sammelte sich vorgestern eine große Zahl von Muselmanen und Katholiken vor dem serbischen Leseverein an. Man sah durch das Fenster das Bild König Peters an der Wand hängen. Die Menge drang in das Haus ein und zertrümmerte die Einrichtung. Gendarmerie zerstreute die Demonstranten.

Sarajewo, 1. Juli. Die drei oppositionellen Blätter „Srpska Rijec“, „Narod“ und „Djaskina“ erscheinen vorläufig nicht, da ihre Druckereien verwüstet sind.

Orgien des „patriotischen“ Fanatismus.

Sarajewo, 1. Juli. An ausländischer Stelle wird erklärt: Die gestrigen serbenfeindlichen Kundgebungen sind aus der ungeheuren Entzündung der erdrückenden Mehrheit der katholischen und der muslimanischen Bevölkerung hervorgegangen. An den Kundgebungen beteiligten sich alle Schichten der Bevölkerung, sogar vornehme Damen. Bezeichnend ist aber, daß kein einziger Serbe getötet, dagegen ein Katholik und ein Muslim von Serben erschlagen wurden, weiter, daß nicht geplündert wurde, bis auf vereinzelte Fälle, in denen der Mob die Gelegenheit auszunutzen. Die Plünderer wurden jedoch sofort von den Demonstranten selbst vertrieben. Militär, Gendarmerie und Polizei befanden sich angesichts der Beweggründe des Vorgehens der Demonstranten und ihrer patriotischen Kundgebungen (!) in der denkbare schwierigsten Lage. Von der Waffe wurde kein Gebrauch gemacht, weil die Demonstranten sich überall, wo das Militär zum Aus-einandergehen aufforderte, zerstreuten. Hervorzuheben ist, daß die Volksmüt sich vor allem gegen das großserbischen Tendenzen zuneigende Element richtete, während das lokale serbische Element verschont blieb.

Verhängung des Standrechts.

Sarajewo, 1. Juli. Da in Dolsna-Tuzla und Maglaj Ausschreitungen vorgekommen sind, ist heute in beiden Orten das Standrecht verkündet worden.

Eine Erklärung der serbischen Regierung.

Belgrad, 30. Juni. Das serbische Vredbureau veröffentlicht mit Ermächtigung der Regierung folgende Erklärung: Serbien ist gleich wie die ganze übrige Kulturwelt von Abscheu erfüllt gegen das Attentat und die Täter. Wir wundern uns, wie es möglich ist, daß deutsche und österreichisch-ungarische Blätter diese unqualifizierbare Tat eines verworrenen geisteskranken Menschen zum Anlaß nehmen konnten, um Serbien zu beschuldigen und anzugreifen, das in jüngster Zeit nichts unterlassen hat, um die Beziehungen zur Nachbarmonarchie besser und freundschaftlicher zu gestalten. Die serbische Regierung ist der Ansicht, daß das traurige Ereignis von Sarajewo es ihr zum Gebot macht, ihr ganzes Augenmerk auf die Umtriebe verdächtiger Elemente zu richten, wenn diese sich auf serbischem Gebiet befinden, und strengste Maßregeln zu ergreifen, um ihr Treiben zu vereiteln, insofern diese bei anormalen und exaltierten Menschen möglich ist. Der serbischen Regierung, die alles tut, um die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien auf eine freundschaftliche Grundlage zu stellen, sind Ereignisse wie das jüngste in Sarajewo ebenso unangenehm wie der österreichisch-ungarischen, und sie wird nichts unterlassen, soweit es in ihrer Macht steht, damit die Feindschaft zwischen den beiden Nationen normal werden. Die serbische Regierung müßte es daher tief bedauern, wenn die weitere Entwicklung guter politischer und ökonomischer Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien eine Unterbrechung erfahren würde wegen Geschehnisse, für die man Serbien und die serbische Regierung nicht verantwortlich machen darf.

Vereinigung Montenegros mit Serbien?

Der Pariser „Figaro“ brachte Mittwoch früh folgende Mitteilung:

Wir sind in der Lage melden zu können, daß Serbien und Montenegro den Entschluß gefaßt haben, ihre Vereinigung zu proklamieren. Dieser Beschluß sollte am Jahresende der Schlacht von Kossowa, also vorgestern, bekannt gegeben werden. Durch die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin ist das Datum der Belanngabe jedoch hinausgeschoben worden, doch handelt es sich nur um eine Verzögerung. Serbien und Montenegro sind von Völkern derselben Rasse, derselben Sprache und derselben Religion bewohnt. Die Dynastien beider Länder unterhalten sehr enge Beziehungen, da König Peter von Serbien eine montenegrinische Prinzessin geheiratet hat. Die serbische und montenegrinische Armee haben Seite an Seite in den letzten Balkankriegen gekämpft und beide Regierungen haben zusammen den Friedensvertrag unterzeichnet. Es ist also sehr natürlich, daß diese beiden Völker den Wunsch haben, sich miteinander zu vereinigen, um durch diese Verschmelzung eine Kräftevermehrung zu erzielen. Sie sind entschlossen, etappenweise bis zur vollkommenen Verschmelzung vorzugehen. Man wollte zunächst die Völkereinheit proklamieren und die Finanzministerien und Ministerien der Aeußeren miteinander verbinden. Es ist dies, wie man sieht, ein sehr wichtiger Schritt. Die Angelegenheit war bis in die kleinsten Details geregelt, die Verhandlungen wurden unter Beobachtung des größten Stillschweigens zwischen den Kabinetten von Belgrad und Cetinje geführt unter der ermunternden Regide Russlands, das von Anfang an auf dem laufenden gehalten wurde. Was die Situation der Dynastien anbelangt, so wird zu Lebzeiten König Peters und König Niklas nichts geändert werden. Sobald diese Herrscher jedoch die Augen geschlossen haben, werden beide Länder ineinander vollkommen aufgehen unter der Herrschaft des Kronprinzen Alexander von Serbien.

Eine empörende Erpressungsanfrage.

Die tolle Ausweitung des Erpressungsbegriffs Arbeitern gegenüber führte durch gütige Vermittlung des Landratsamts zu einer Anklage wegen „Erpressung“ gegen vier ehrliebe Arbeiter, die sich am Dienstag vor der Strafkammer zu Hannover zu verantworten hatten.

Auf einem Neubau in Gr.-Berfel bei Hameln, wurde im Sommer v. J. u. a. von dem Maurermeister Thoms auch der Arbeiter Ritterbusch beschäftigt, dem bereits im Jahre 1912 wegen Nichtzahlung der Beiträge das Verbandsbuch des Bauarbeiter-Verbandes eingeschlossen werden mußte. Nichtbestimmter erwarb er am 1. Juli v. J. neu die Mitgliedschaft, wofür der Hilfskassier Maurer Schmiebung bei der Zahlstelle in Hameln 2,90 M. bar vorauslagte, von Ritterbusch aber trotz energischer Bemühungen nur 1 M. zurückerhalten konnte. Der die Zahlstelle Hameln leitende Geschäftsführer und Kassierer

Ritterbusch, dem Ritterbusch als eingeschobener Mitgliedschaft — R. war bis vor einigen Jahren sieben Jahre unter der Branntweinsteuer und ist auch heute durchaus kein Absteiner — wohl bekannt war, erschien daraufhin eines Tages im September v. J. auf dem Bau in Gr.-Berfel, wo er dem R. Vorstellungen machte und auch „Versprechungen“ erzielte, aber auch die Bemerkung, daß R. nicht weiter leben, bezog. aus dem Verbandsbuch streichen wolle. Nach dem Weggange des R. soll R. gefaßt haben, es fielen ihm gar nicht ein, die restierenden Beiträge zu bezahlen, das Geld könne er besser verkaufen! Von einigen Mitarbeitern sind ihm dann ernste Vorhaltungen gemacht worden. Ritterbusch hat er die Arbeit niedergelegt.

Dann ist er zu dem Landratsamt in Hameln gewandert, wo er das ihm widerfahrene Herzleid zu Protokoll gab. Besonders den energischen Bemühungen des Landrats zu Hameln um das „arme Opfer gewerkschaftlicher Willkür“ war es zu danken, daß aus der schnapsduftenden Materie nach langwierigen Ermittlungen doch ein Strafprozeß gegen den Geschäftsführer Ritterbusch, sowie die Maurer Z. und V. und den Tischler L. wegen Erpressung bzw. Erpressungsversuches zustande kam.

In der Verhandlung vor der Strafkammer wurde den Angeklagten zur Last gelegt, durch „drohende Redensarten“ in Ritterbusch den Entschluß, die Arbeit niederzulegen, gezeitigt zu haben. Das bestritten die Angeklagten energisch. Ritterbusch, der sich gefallen lassen mußte, daß sein Alkoholverbrauch gerichtlich festgestellt wurde, behauptete, er hätte durch die Redensarten seiner Mitarbeiter gezwungen, in dem Bauarbeiter-Verbande festgehalten werden sollen. Der Angeklagte V. gab als möglich an, daß er zu R. gesagt haben könnte, dieser wäre ein großer Lump, wenn er den eigenen Arbeitskollegen um dessen Auslagen schädige. L. bemerkte, er habe zu R. lediglich gesagt: „Das Geld mußt Du zahlen.“ Der Staatsanwalt beantragte, jeden der Angeklagten wegen Erpressungsversuches zu je drei Wochen Gefängnis zu verurteilen, während der Vertheidiger Rechtsanwalt Handmann Hannover für die Freisprechung seiner Klienten eintrat. Das Gericht gelangte zur kostenlosen Freisprechung sämtlicher Angeklagten, da für den Tatbestand des Erpressungsversuches nichts vorliege. Es fehle das Vorhandensein eines Zwanges oder einer Drohung gegen Ritterbusch, der übrigens als Zeuge doch ziemlich unzuverlässig in die Erscheinung getreten sei. Dergleichen könne vor einem rechtswidrigen Vermögensvorteil keine Rede sein. Denn die gegen Ritterbusch geltend gemachten Anforderungen basierten doch schließlich auf dessen ungewisselhaft eingegangener Verpflichtung zur Zahlung der Verbandsbeiträge.

Politische Uebersicht.

Klerikale Insamien.

Als die ersten Meldungen über die Politischerklärungen freier Gewerkschaften durch die Presse gingen, verhielten sich die Klerikale Blätter zunächst zurückhaltend; die „Kölnische Volkszeitung“ bezweifelste sehr, ob diese Maßregeln der Regierung politisch klug seien. Inzwischen hat man sich in Klerikalen Kreisen wieder anders besonnen; in einem Artikel der Zentrums-Parlaments-Korrespondenz: „Die Personalunion der freien Gewerkschaften“, der jetzt die Kunde durch die ganze Klerikale Provinzpresse macht, wird gegen den Münchener Gewerkschaftskongreß scharf gemacht, der bewiesen habe, daß die beiden Körperschaften, sozialdemokratische Partei und freie Gewerkschaften, in Wirklichkeit eines Geistes seien. Man halte diese Trennung absichtlich aufrecht, um das Netz weiterspinnen und auch solche Gesinnungsgenossen erschaffen zu können, die aus bestimmten Gründen der einen von beiden Körperschaften nicht beitreten wollten oder könnten. Am Schlusse heißt es:

„Nicht und nachdrücklicher als heute können die roten Gewerkschaften, selbst wenn sie wollten, die Sozialdemokratie nicht unterstützen. Auf jeden Fall ist die neueste Entwicklung der beherrschenden Praxis gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht mit Wortprotesten, die in ihrer talmudischen Rabulistik wie Hohn klingen müssen, aufzuhalten. Wir freuen uns über die Haltung der Regierung gegenüber diesen sozialdemokratischen Zumutungen, weil wir in dieser Haltung nicht eine ausnahmsweise Behandlung zu erblicken vermögen, sondern lediglich eine gesunde, folgerichtige Konsequenz, die sich aus den Tatsachen ergeben muß.“

So hat sich denn der Klerikalismus zu einer rückhaltlosen Deckung der Maßregeln gegen die freien Gewerkschaften durchgemauert, und alle Scharfmacher werden ihre helle Freude haben. Man wundert sich darüber heute nicht mehr; der Haß gegen die moderne Arbeiterbewegung ist bei diesen noch größer als die Rücksichtnahme auf die christlichen Gewerkschaften, die nicht für alle Zeiten dagegen gefeit sind, daß man sie gleichfalls für politisch erklärt.

Eine Refordleistung der Zentrumspreffe.

„Kölnische Volkszeitung“ und „Schlesische Volkszeitung“ machen Stimmung für zwei jährige Statsperioden. Und zwar soll dieses skandalöse Attentat auf die Rechte des Reichsparlaments ansehnend der Preis für die Sammlung der bürgerlichen Parteien sein. Die „Schlesische Volkszeitung“ sagt darüber:

„Wenn jetzt von der „Sammlung“ der bürgerlichen Parteien die Rede ist, so betont man mit Recht die Notwendigkeit, einen vernünftigen Arbeitsplan zu vereinbaren und mit vereinten Kräften durchzuführen. Ein wesentliches Stück dieses Arbeitsplanes muß auch die Beschränkung der Statsberatungen auf ein erträgliches Maß bilden.“

Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß die Zentrumsblätter ihren Vorstoß nicht offen wagen, daß sie vorgeben, die zwei jährigen Statsperioden selbst nicht zu wollen, aber der böse Reichstaa treibe es soweit, daß gar keine andere Lösung übrig bleibe. Die Regierung wird förmlich genötigt, diesen Rückschritt in Erwägung zu ziehen.

Das Zentrum schreckt, wie diese Leistung aufs neue zeigt, vor seiner politischen Lumperei zurück; es legt auch die Art an den Parlamentarismus, wenn es damit die Regierungsgunst und die Führung im Bloß der Reaktionen erhalten kann.

Gewütmenschen.

Wie andere nationale Blätter auch, geben sich die „Samburger Nachrichten“ allerhand tiefgründigen Betrachtungen über die Mordtat an dem österreichischen Thronfolger hin, und da sie weit davon entfernt sind, die tieferen Ursachen des grasthaften Attentats zu erfassen, toben sie ihre Entrüstung an den jugendlichen Mördern und ihren angeblichen serbischen Hintermännern aus. Dabei entringt sich nun dem genannten Blatt das folgende schöne Bekenntnis einer edlen Seele:

„Die ersten Drahtberichte über den Mord von Sarajewo am Sonntag und die inzwischen bekannt gewordenen Berichte von

Gewerkschaftliches.

Kuliffengeheimnisse aus dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter.

Es ist bekannt, daß der christlichen Gewerksvereinsführung wegen des beim großen Bergarbeiterstreik verübten Betrugs innerhalb der Organisation eine starke Opposition entstanden ist. Viele tausend Mitglieder haben sich des Streikbruchs wegen treiben lassen, viele der Verbliebenen strengen sich noch an, den Gewerksverein so zu reformieren, daß sich ein solcher Verrat wie 1912 nicht wiederholen kann.

Als der Ruhrstreik begann, befanden sich die Siegerländer Bergarbeiter gleichfalls in einer Lohnbewegung. Herr Effert hatte eigens seinen Wohnsitz nach dem Siegerland verlegt und wühlte mit starken Worten die Belegschaften gegen die Besondere auf. Am 10. März 1912 wurde im Ruhrbeden der Streik beschlossen, am 9. März erhielt Herr Effert vom Vorstand des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter einen Brief, in dem der christliche Generalsekretär aufgefordert wird, es im Siegerlande nicht zum äußersten kommen zu lassen.

Die „Köln. Volkszeitung“ sowie andere Zeitungen bringen Nachrichten von Lohnbewegungen im Siegerland. Es darf jetzt unter keinen Umständen im Siegerland zum Streik kommen, der Gewerksverein kämpft jetzt den schwersten Kampf, den er je gekämpft hat. Die ganze Siegerländer Presse mag schreiben, was sie will, aber es darf unter keinen Umständen etwas von Lohnbewegungen über die Grenzen des Siegerlandes hinauskommen!

Die „Christliche Arbeiterzeitung“ in Siegen, die die Vorführerin der Siegerländer Gewerksvereins-Oppositionen ist, veröffentlicht außer diesem Brief weitere Einsendungen aus christlichen Bergarbeiterkreisen. In einer dieser Hefen wird die Handlungsweise der Gewerksvereinsleitung im Ruhrbeden als Verrat an den Bergleuten gebrandmarkt. Die Zeit sei damals zum Streik im Ruhrbeden sehr günstig gewesen, und ebenso für eine Lohnbewegung im Siegerlande! Um aber Ellbogenfreiheit für den Streikbruch zu haben, um sich Ausreden gegen den Streik der Ruhrbedenleute loszusagen aus den Fingern zu saugen, mußte die Gewerksvereinsführung die von ihr selbst eingeleitete Siegerländer Lohnbewegung erst zu schanden machen. Daß die Gewerksvereinsleitung eine Kon-

junktur für so gut hält, daß sie eine Lohnbewegung im Siegerlande einleitet, darf nach außen hin nicht bekannt werden, um so weniger, als man den Streikbruch im Ruhrbergbau durch Hinweis auf die „schwache Konjunktur“ doch rechtfertigen wollte! Daher wurde Herr Effert, der sich hin und wieder als radikaler Streikrompeter geriert, davor gewarnt, nach außen hin etwas von einer Lohnbewegung der Siegerländer Bergleute bekannt werden zu lassen.

So haben die Leute gearbeitet, die an der Spitze des Gewerksvereins stehen. Ist es da ein Wunder, daß die christlichen Mitglieder, die noch ein Gefühl für Arbeiterrechte besitzen, von einer solchen Organisationsleitung abtrüben, sobald sie hinter deren Sächliche kommen? Und so frachtete der Gewerksverein zusammen im Saargebiet, in Hessen-Kassau und in anderen Bezirken und jetzt auch im Siegerlande, Mag er mit den „Erfolgen“ der von ihm unternommenen Hausagitation noch so sehr prunken, er geht dennoch seinem Verfall entgegen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik der Klein-, Zinn- und Zinkgießer bei der Firma Emil Stein dauert unverändert fort. Da die Firma bis jetzt vergeblich nach Gießern gesucht hat, muß auch für die Folge jede Arbeitsannahme, gleichviel in welcher Form immer, unterbleiben.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Zum Streik der Holzbildhauer.

Im großen Saal des Gewerkschaftshauses nahmen am Dienstag die streikenden Bildhauer das Ergebnis der Verhandlung mit den Unternehmern entgegen. Weller gab bekannt, daß dieses Resultat gleich Null sei. Die Unternehmern standen wieder auf dem Standpunkt, daß die eine Stunde nur zugestanden werden könne und zwar 1915 mit den Tischlern gemeinsam. Ueber die Lohnaufbesserung ließe sich ja noch reden. Die Unternehmern ließen verstehen, daß die Verhandlungen eigentlich noch um fünf Wochen zu früh stattfinden. Wenn die wirtschaftliche Not die Streikenden erst heimgesucht, würden die Gehilfen den Vorschlägen der Unternehmern gefügiger sein. Es sei auch unmöglich, in gemischten Betrieben zwei verschiedene Arbeitszeiten einzuführen. Der derzeitige Markt sowie die Produkte vertragen nicht die Mehrbelastung, die durch die Forderungen der Gehilfen entstehen würden.

Hierauf die richtige Antwort zu geben, waren die Gehilfenvertreter nicht verlegen. Sie konnten alle vorgebrachten Einwände mit logischen Argumenten begegnen. Sie erklärten nach vorausgegangener Verständigung unter sich: sie seien gegebenenfalls dafür zu haben, einen Vermittlungsvorschlag das Wort zu reden, der um des Friedens willen einen Teil der Mehrkosten vom Beruf abwende. Man werde aus beruflichen Gründen von der geforderten Lohn-erhöhung bis auf die Lohnausgleiche absehen, und nur noch die Forderung der achtstündigen Arbeitszeit aufrechtzuerhalten. Jetzt aber waren es die Herren Unternehmern wieder, die den Vermittlungsvorschlag als in keiner Hinsicht akzeptabel erklärten und bemerkten, sie würden diesen Vorschlag nicht einmal ihren Kollegen im Unternehmernlager unterstützen. Das werden nunmehr die Gehilfenvertreter tun, die in einem Flugblatt sich an die Prinzipale wenden werden, um diesen die Augen zu öffnen. Die diktatorische Form, die seitens der Holzindustriellen den Bildhauerprinzipalen zuteil wird, ist eine für diese außerordentlich blamable. Es tritt klar zutage, daß es diesen Unternehmern an dem guten Willen fehlt, und die Bildhauerprinzipale

find in traurigem Abhängigkeitsverhältnis den Holzbaronen mit Haut und Haaren preisgegeben.

Die Unternehmern fußen auf der Annahme, die Streikenden befänden nicht genügend Rückgrat und würden sich in einigen Wochen ihrem Angebot gefügiger sein. Wie sehr sie sich darin täuschen, wird die Zeit lehren. Mit einem Appell, die Versammelten mögen die Antwort geben, schließt Weller unter brausendem Beifall seine Ausführungen.

In der lebhaft einsetzenden Diskussion trat die einstimmige Meinung zutage, unverkürzt auf den gestellten Forderungen zu beharren. Was andere Städte den Bildhauern zugestanden, müsse in Berlin gleichfalls zugestanden werden. Schatz wurde der Vermittlungsvorschlag bekämpft, der, allerdings unterwerflich, die gestellte Lohn-erhöhung aus Zweckmäßigkeitsgründen fallen zu lassen das Wort redet. Das Ergebnis der Diskussion ist, daß unter verschärfter Aufmerksamkeit der Streik fortgesetzt wird.

In einem Schlusswort des Versammlungsleiters Reipert geht die Mahnung an die Streikenden, in gleicher Einmütigkeit geschlossen den Kampf zu Ende zu führen. Und wollen es die Unternehmern — in 5 bis 6 Wochen mit der gleichen Begeisterung zu den Forderungen zu stehen als in der gegenwärtigen Kampfperiode.

Aus dem Fleischergerwerbe. Der Fleischermeister Gottlieb Bloch, Reußkolln, Schudomajr. 42, hat den Tarifvertrag der Organisation anerkannt. Die Fleischermeister Keugebauer, Münchener Straße, Kramer, Weiserstr. 213, und Karber, Kaiser-Friedrich-Str. 84 in Reußkolln, bleiben nach wie vor wegen Tarifbruchs beziehungsweise Nichtanerkennung des Tarifvertrags gesperrt. Die Tarifkommission.

Deutsches Reich.

Die Lohnbewegung im Straßburger Dachdeckergerwerbe ist nach dreizehnwöchigem Kampfe mit einem Erfolge für die ausgeperrten Dachdecker beendet worden. Neben anderen wesentlich verbesserten Arbeitsbedingungen wurde auch eine Erhöhung des Stundenlohnes erzielt. Bezahlt werden sofort 2 Pf. pro Stunde. Eine weitere Erhöhung um 2 Pf. tritt am 1. April 1915 und ein Jahr später eine solche um 1 Pf. ein. Die Hilfsarbeiter erhalten zu den gleichen Terminen je 2 Pf., insgesamt also 6 Pf. Lohn-erhöhung pro Stunde, sofern sie mindestens ein halbes Jahr im Dachdeckergerwerbe beschäftigt sind.

Auf den Streikbrecherfuche.

Auf den Linke-Hofmann-Werken in Breslau stehen die Metallarbeiter schon mehrere Wochen im Streik. Die Firma ist andauernd bemüht, Streikbrecher zu bekommen. In allen Gegenden Deutschlands werden entsprechende Veruche unternommen. Neuerdings erhalten sogar Arbeiter Offerten von der Firma, die nach den Fleischtöpfen der Linke-Hofmann-Werke nicht die geringste Sehnsucht verspürten. So ging einem Former in Emden folgendes Schreiben zu:

„Abt. Maschinenbau. Breslau, den 23. Juni 1914. Herrn A. S. . . Former, Emden. Wir teilen Ihnen mit, daß wir Former einstellen. Gearbeitet wird bei uns in der Hauptsache im Alford und richtet sich der Verdienst nach den Leistungen. Teilen Sie uns auf anliegender Postkarte mit, wann Sie in Breslau eintreffen. Sie werden am Hauptbahnhof an der Sperre unsere Leute vorfinden, die eine weiße Armbinde mit der Firma: Linke-Hofmann-Werke tragen. Wenden Sie sich nur an diese Leute, die Ihnen Beiseid geben und Hilfe leisten werden. Die Einstellung erfolgt in unserem Betriebsbureau 4, Montag bis Freitag von 8-6 und Sonnabends von 8-3 Uhr. Ihre Adresse erhielten wir durch den Arbeitgeberverband Unterweser. Linke-Hofmann-Werke. (Stempel).“

Die Unternehmervverbände vermitteln einander also Streikbrecheradressen. Besonders interessant ist aber, daß die Arbeitswilligen bei ihrer Ankunft auf dem Bahnhof sogleich von Leuten der Firma in Empfang genommen werden. Damit die Beauftragten der Firma auch keinen der Ankommenden verfehlen, liegt dem Schreiben eine Freikarte bei, auf der mitgeteilt werden soll, mit welchem Zuge sie in Breslau eintreffen. Um fernher zu verhindern, daß Streikende ihre arbeitswilligen Berufsgenossen zur Solidarität anhalten, haben sich die Linke-Hofmann-Werke auch die Hilfe der

Kleines Feuilleton.

Dichtung und Wahrheit. Die Unterhaltungsbeilage der „Deutschen Tageszeitung“ erfreut ihre Leser jetzt schon ein paar Wochen hindurch mit einem fingierten Briefwechsel, der angeblich ein Bild von den politischen und gesellschaftlichen Zuständen unserer Tage geben soll. Berliner Sommergenossen, jüdische Studenten, Herren und Damen aus dem Berliner Westen werden da faciliert, und von dem düsteren Hintergrund der verdobernden Bourgeoisie läßt sich der ungenannte Verfasser die Lichtgestalten einiger preußischer Junker abheben. Die ganze Geschichte ist so unanfällig albern und wihlos, daß es sich im allgemeinen nicht lohnt, auf diese sogenannte Gesellschaftskritik einzugehen.

Ein wenig interessanter sind nur die neuesten Briefe, die eine Reichstagsersitzung zum Gegenstand haben, bei der Herrmann von A., Rittergutsbesitzer auf Dombrowe als konservativer Kandidat startete. Dieser Hintergrund gibt dem „Satiriker“ der „Deutschen Tageszeitung“ Gelegenheit, seinem geprechten Vergehen Luft zu machen und in der Unterhaltungsbeilage alles das zu sagen, was ein konservativer Mann über die Lage denkt, im politischen Teil aber nicht auszusprechen den Mut hat.

Selbstverständlich ist der konservative Kandidat ein hochanständiger, feinsinniger, nur mit den sauberen Waffen kämpfender Politiker. Aber wie behandeln diesen Edlen seine Gegner? Man höre, was er an Herrn Claus von A. schreibt:

„Ich habe eine wahre Scheu, in Versammlungen noch zu reden. Das ist kein sachliches Kämpfen mehr. Die Kanaille wissen zu gut, daß unfernein Anstand und gute Erziehung verbietet, ihnen auf ein Terrain zu folgen, wo sie sich heimlich fühlen. Schlägt man wirklich mal Töne warmen Gefühls an, holt man einmal mühsam aus dem tiefsten Herzen das Wahre, Ehrliche heraus, was man sonst für heilige Stunden innerlichster Selbstbeobachtung aufspart, dann steht hinterher solch dreckiger Dösel auf, der den Zweider mit Ruhe auf der asiatischen Nase balanciert, und reißt ein paar schnoddrige Worte, und verklopft die Stimmung. Wie ein Eisenschnitzwerk streicht über das eigene Herz, man kann nicht mehr mit, weil einem das bittere Gefühl die Achse zurückt: „Sieh wie deine Volksgenossen so gern die Treder freffen, die ihnen der Stammfremde hinwirft!“

Von einem liberalen Redner heißt es dann weiter: „War da neulich so ein verlausener Pfarrer im Kreise — Neumann oder so ähnlich heißt er — neu ist er jedenfalls in seinen Heberzeugungen jedes Jahr. Der seltsame Proteus war ein Waffenknabe gegen ihn. Den hatte sich die Bande extra verschrieben, weil noch ein Abglanz seiner pastoralen Würde auf allem was er sagte, lagerte. Seine olige Redeweise, die mir beinahe Brechreiz verursachte, machte natürlich auf unsere einfachen Leute Eindruck.“

gegen Herrscherhaus und Reich, zum größten und gemeinsten Verbrechen, zum Hochverrat an der Heimat geübt!“

Der Satz stammt aber nicht aus dem erdichteten Briefe des wackeren Herrmann von A., sondern er steht in der konservativen „Lobauer Kreiszeitung.“

Kaiserliche Hoheit und die Schauspieler. Im „Neuen Weg“, dem bekannten Fachorgan der Schauspieler, veröffentlichte Joeben ein Dramaturg einen Artikel, der insofern recht trübe stimmte, als er einen Geschäftsbetrieb entwarf, in dem künstlerische Erwägungen kaum noch eine Rolle spielen. Unsere Kenntnis der Schauspielersphäre wurde dabei durch folgende Erzählung des Dramaturgen bereichert:

Als ich gelegentlich eine etwa 88. Vorstellung eines Erfolgslüdes, zu besuchen genötigt war, mich aber nicht der insipiden naturgemäß schon eingetretenen Müdigkeit und Gleichgültigkeit der Darstellung aussetzen wollte, verbreitete ich, aber lediglich vor den Kulissen, die erfundene Nachricht, der Kronprinz werde erscheinen, indem ich zunächst bei der Garderobeabgabe laut fragte, ob dieses Gerücht denn auf Wahrheit beruhe, dann beim Eintritt auffällig die — leere — Hofloge besperngelte, und schließlich meinen Nachbar zur Rechten wie den zur Linken nochmals geheimnisvoll aber deutlich fragte, ob er es denn auch schon gehört habe. In der Foyerpause raunte man bereits allgemein davon, und nach der Vorstellung fragte mich glücklich ein beschäftigt gewesener Schauspieler, weshalb wohl, da die Hofloge ja leer gewesen wäre, Seine Kaiserliche Hoheit insognito im Hause gewesen sei, wie man bald nach Beginn der Vorstellung hinter den Kulissen gewußt habe. Die das wahrhaft aus der Zeit gebrachte Gerücht dahinter gedungen, konnte keiner sagen; tatsächlich aber spielten an diesem Abend sämtliche Mitwirkende in so ausgezeichneter Stimmung, daß mein Trick durchaus seinen Zweck erreichte.

Mit dieser armseligen Abhängigkeit von der Hofloge spottete die Schauspieler ihrer selbst und wissen nicht wie. Warum fand der einst so tapfere „Neue Weg“ nicht die Zeit zu einer sehr notwendigen satirischen Anmerkung?

Der populäre Gluck. Wie populär Gluck in deutschen Landen ist, davon gibt uns Richard von Zillencron, der vor ein paar Jahren verlorene Germanist und Bibliograph, ein drohtiges Proben. Zillencron war kurze Zeit Theaterintendant in Meiningen. Aus dieser Zeit erzählt er: „Ich ging durch die Meiningener Hauptstraße mit einem ausgezeichneten fremden Virtuosen. Er hatte bei Hofe gespielt und sein Programm aus ersten Tonstücken zusammengestellt. Für ein öffentliches Konzert wollte er dagegen ein richtiges Virtuosenprogramm aufstellen. Als ich dies widerriet, hielt er mir die gewöhnliche Redensart entgegen: Das große Publikum verlangt das. Da schlenkert eben vor uns die Hände in den Hosentaschen ein Stragenjunge, der eine Melodie vor sich hinpfeift. Ich unterbrach meinen Nachbar mit der Frage: Erkennen Sie, was der Junge da pfeift? Er hörte, sah mich fragend an und rief erstaunt: Der pfeift ja eine Gluckische Melodie! Es war wirklich so: der Junge pfeift die erhabene Melodie des Oberpriesters aus Glucks „Iphigenie in Aulis“. Ihr Könige, so hoch und doch Sterbliche nur! Ja, ja,“ sagte ich lachend, „das ist die musikalische Bildung unserer Stragenjunge; berechnen Sie danach unter Konzertpublikum!“ Das klingt wie bloßer Zufall und Scherz und war dennoch viel

mehr als das. Lange, ehe auf der Bühne die „Meiningen“ als Schauspielerensemble entstanden, hatte der Herzog von Meiningen den Versuch gemacht, seine neuen Prinzipien der Darstellung zur Ausführung zu bringen, und zwar an Glucks „Iphigenie in Aulis“, wobei der Herzog selbst die Proben bis ins einzelne leitete. Es kam eine wunderbare, durch die neue Ercheinungsform doppelt ergreifende Darstellung der herrlichen Oper zustande. Nach acht Tagen lag auf fast allen Klavieren der Stadt der Klavierauszug der Gluckischen „Iphigenie“. Alles spielte und sang Gluck; die Militärmusik spielte auf der Parade die schnell populär gewordenen Melodien. Da aber hatte unser Stragenjunge seine Gluck-Studien gemacht.“

Humor und Satire.

Luxemburg und Meiningen.

Glaubst du, jemals ungerochen bliese das System? Du irrst, und du spürst, was du verbrochen, ob du Sozi oder Fürst. Ob du nun mit scharfen Worten deine Meinung munter sagst, Schinderei als allerorten gang und gäbe laut beflagst — Oder ob das Palträtieren durch Armeebefehl als Prinz du verucht zu inhibieren, indirekt, doch gleichen Sinns — Jedemal erreicht der Rächer sicher dich, wer du auch seist, denn du kränkelst, armer Schächer, des Systemes heil'gen Geiſt. Wiſt du Prinz ſogar, ſo ſetzt man dich gelassen vor die Tür: lediglich den Prinzen schlägt man, nicht den Menschenfreund in dir. Aber diese roten Viecher setzt man, umgekehrt bemüht, möglichst rasch in Nummer Sicher. Dies der ganze Unterschied.

Notizen.

Kunstchronik. Die Väter des Kubismus. Albert Gleizes und Jean Metzinger stellen zum erstenmal in Deutschland kollektiv ihre Gemälde in der Kunstausstellung „Der Sturm“, Potsdamer Straße 134a, aus.

Amundiens Nordpolfahrt gesichert. Das norwegische Storching hat seinen Beisatzer, die 200 000 Kronen zu bewilligen, die Roald Amundsen zur Durchführung seiner Nordpolpedition auf der „Fram“ noch nötig hat. Damit ist die Durchführung des Unternehmens finanziell gesichert. Das Storching hat die genannte Summe unter der Voraussetzung bewilligt, daß der Staat für etwaige Lieberschreitungen des Voranflugs mit seinen Umständen aufkommt, und daß auch die Reparaturen des Expeditionsschiffes nicht aus Staatsmitteln bestritten werden darf.

Breslauer Polizei gefichert. Dem Schreiben an den betreffenden Herrmann liegt nämlich auch noch ein Zettel bei, der folgende interessante Mitteilung enthält:

Das königliche Polizeipräsidium hat uns für unsere Arbeitswilligen den ausgiebigsten Schutz zugesagt. Sollten Sie dennoch innerhalb der Stadt oder auf dem Wege zum Werk oder vom Werk zur Wohnung durch Streikende belästigt werden oder sollten diese versuchen, Sie von Ihrem Vorhaben, bei uns zu arbeiten, abzubringen, so wollen Sie sich sofort an den nächsten Schutzmannsposten wenden."

Der Kampf im Kölner Fensterputzergewerbe ist durch einen Schiedsspruch des Kölner Gewerbegerichts vermieden worden. Die Ortsgruppe des Verbandes der Reinigungsunternehmer Deutschlands weigerte sich zuerst, einen Tarifvertrag abzuschließen und die darin festgelegten Lohnsätze zu bewilligen. Das angerufene Gewerbegericht empfahl dem Arbeitgeberverband den Abschluss des Vertrages mit dem Deutschen Transportarbeiterverband. Vom 1. Juli 1915 ab soll der Lohn für die Fensterputzer, die über zwei Jahre im Reinigungsberuf tätig sind, 4,00 M. pro Tag betragen. Beide Parteien unterwarfen sich dem Schiedsspruch.

4. Konferenz der Arbeitersekretäre.

München, 29. Juni.

Am zweiten Tag der Arbeitersekretärkonferenz wurde zunächst die Debatte über das Wissenschaftliche Referat "Die sozialen Wahlen" fortgesetzt. In der ausgedehnten Diskussion wurde von verschiedenen Seiten für den ungünstigen Ausfall der letzten Wahlen auch das Verhalten der Behörden verantwortlich gemacht, die durch ungenügende Anweisung der Wahltermine nach Ort und Zeit es vielen Wählern unmöglich machten, zur Wahl zu erscheinen. So wurde der Wahltermin in einem größeren Wahlbezirk auf die Zeit von 11—3 Uhr an einem Werktag festgesetzt; zudem hatte der Wahlort noch ungünstige Bahnverbindungen. Das Gewerkschaftsblatt mußte sich damit helfen, daß ein Extrazug bestellt wurde. Die Wählergruppen der weiblichen Wähler (Dienstmädchen, Kellnerinnen, Buchfrauen usw.) fanden fast überall unter dem terroristischen Einfluß ihrer Arbeitgeber. Der Wahlkampf selber, in den die Gegner erst die Politik hineinrugen, hätte die Wähler aufgereizelt, und die Lehren der letzten Wahl würden bei den nächsten Wahlen befolgt werden, so daß dann ein besseres Ergebnis zu erwarten wäre. Im übrigen wurde der Wunsch geäußert, daß Vorstandsmitglieder der Ortskrankenkassen nicht als Beisitzer in den Versicherungsämtern fungieren sollten. Ein Urteil des Landesversicherungsamtes Dresden hat es zwar für zulässig erklärt; es läßt sich aber gar nicht vermeiden, daß sie dann auch Richter in eigener Sache sind, wenn es sich z. B. um eine Klage gegen die Ortskrankenkasse handelt. Aus demselben Grunde müßten auch die Vertreter der Berufsvereinigungen bei der Rechtsprechung im Reichsversicherungsamt ausscheiden.

Timm-München referierte dann über die

Ausbildung der Arbeitersekretäre

und die innere Einrichtung der Sekretariate. Er legte dar, wie die Sekretariate sich aus den Notwendigkeiten des praktischen Lebens entwickelt haben. Für die Sekretäre ist die Beschäftigung vor allem mit der Versicherungsangelegenheiten notwendig, und sie haben sich ja auch allmählich zu Spezialisten auf diesem Gebiete entwickelt. Man soll sich aber vor eigener Ueberschätzung hüten und vor allem nicht glauben, daß die Arbeitersekretäre in anderen Rechtsfragen den juristisch gebildeten Rechtsanwälten ersetzen können. Bei der inneren Einrichtung haben manche Sekretariate es mit einer Teilung nach Ressorts versucht. Das kann unmöglich praktisch sein, vielmehr müßte jeder der angestellten Arbeitersekretäre zur Ausnahmefürsorge auf allen Gebieten herangezogen werden. In der Diskussion wurde dieser Standpunkt allgemein geteilt. Speziell wurde von Hamburg berichtet, wo ursprünglich die Teilung nach Ressorts bestanden hat, daß man davon zurückgekommen ist und sie keinem Sekretariat anvertrauen konnte. Großen Wertsetzten erregte die Tatsache, daß das Frankfurter Sekretariat in seiner Statistik mit einer Ausnahmefürsorge an 34.500 Personen bei nur drei Sekretären aufwartet. Es müßten danach auf jeden Sekretär täglich 112 Ausnahmefürsorgen entfallen sein, während allgemein die Arbeitskraft eines Sekretärs mit 27—30 Ausnahmefürsorgen erschöpft sei, wenn die Ausnahmefürsorge sachgemäß erfolgen solle.

Wissell erinnerte an den Wunsch, den vor drei Jahren die Konferenz der Generalkommissionen erteilt hat, zu erwägen, ob nicht eine Haftpflichtversicherung für die Arbeitersekretäre einzuführen sei. Nach den angestellten Ermittlungen sind im Laufe von zehn Jahren nur 5 Fälle vorgekommen, in denen Schadenersatzansprüche gestellt wurden, und in 3 Fällen sind sie auch befriedigt worden. Nach diesem Ergebnis würde eine Versicherung der Sekretäre so hohe Kosten erfordern, daß sie in keinem Verhältnis zu der Gefahr stehen, haftpflichtig gemacht zu werden. Die Generalkommission sieht daher vorläufig davon ab, eine Haftpflichtversicherung einzuführen. Dieser Standpunkt fand allgemeine Billigung.

In der Nachmittags Sitzung erarbeitete P a a h - Berlin ein Referat über die

Gewährung der Rechtshilfe an die Landarbeiter.

Gerade die Landarbeiter bedürfen der Rechtshilfe und des Rechtsbeistandes am allernotwendigsten. Sie unterliegen den verschiedenen Gesetzeordnungen und sind durch diese weit rechtlos als die gewerblichen Arbeiter, sie sind auch zur Wahrnehmung ihrer Interessen infolge ihrer Erziehung und geringen Kenntnisse weit unfähiger als die gewerblichen Arbeiter. Mit dem weiteren Wachstum der Organisation der Landarbeiter werden Fragen der Hilfe für Landarbeiter in immer stärkerem Maße auch an die Arbeitersekretäre herangetragen. Die Arbeitersekretäre müssen sich daher eingehender als es bisher geschehen ist, mit den Rechtsverhältnissen der ländlichen Arbeiter beschäftigen, damit falsche Auskünfte vermieden werden. Leider ist es vorgekommen, daß Arbeitersekretäre an Landarbeiter Auskünfte erteilt haben, die sich auf die Gewerbeordnung stützten. Durch derartige unrichtige Auskünfte wird den Leuten nichts genutzt und das Ansehen der Sekretariate muß Schaden leiden.

Je weiter der Landarbeiterverband wächst, um so mehr empfiehlt es sich, daß die Arbeitersekretariate bei der Ausnahmefürsorge an Landarbeiter einen Unterschied machen zwischen solchen, die der Landarbeiterorganisation angehören, und solchen, die nicht organisiert sind. Auf diese Weise kann die Organisation durch die Tätigkeit der Sekretariate gefördert werden.

In dieser letzten Auffassung traten verschiedene Diskussionsreferate, so W e i n e r - Krefeld, B i l l o w - Stettin, dem Referenten entgegen. Wenn Arbeitersekretariate im allgemeinen auch an unorganisierte Rechtsauskunft erteilen, so können unorganisierte Landarbeiter nicht davon ausgeschlossen werden. Den Augen davon hätten übrigens die Unternehmer, den Schaden die Landarbeiter. Für Pommeren erklärte es Bälow für unbedingt notwendig, auch den unorganisierten Landarbeitern die Hilfe nicht zu versagen; gerade dadurch werden sie mit auf den Wert der Organisation hingewiesen und so habe schließlich doch auch wieder die Organisation der Landarbeiter von dieser Tätigkeit der Sekretariate Vorteil.

Bauer wies ebenfalls auf die ganz besonderen Schwierigkeiten hin, unter denen gerade die Organisation der Landarbeiter zu leiden hat, die deshalb auch von der Generalkommission auf jede Weise zu fördern gesucht wird. Auch alle übrigen Einrichtungen der Arbeiterbewegung — und dazu gehören die Arbeitersekretariate — haben die Verpflichtung, dem Landarbeiterverband auf jede mögliche Weise zu helfen.

Es folgte dann ein belehrender Vortrag des Rechtsanwalts P o e n g e r - München über die Frage des Beweisrechtes und die Abgrenzung der Kosten im Zivilprozeß. Damit hatten die Arbeiten der Konferenz ihr Ende erreicht.

Aus der Partei.

Der Parteivorstand fordert die Mandatsniederlegung von vier Abgeordneten.

Rom, 29. Juni. (Fig. Ver.) Der italienische Parteivorstand hat die Abgeordneten Raimondo, Senape, Lucci und Sandulli, die bei den letzten Parlamentswahlen als Parteikandidaten in San Remo, Gallipoli, Reapel und Torre Annunziata gewählt worden sind, aufgefordert, ihr Mandat niederzulegen. Die in Frage kommenden Abgeordneten haben sich den Beschlüssen des Parteitag von Ancona nicht gefügt und sind deshalb aus der Partei ausgeschlossen worden. Raimondo und Senape haben von dem Austritt aus dem Freimaurerorden nichts wissen wollen, während Lucci und Sandulli sich den Beschlüssen über die kommunale Taktik nicht gebeugt haben. Es handelt sich um Sozialisten, die auf eine 10- bis 20jährige Parteitätigkeit zurückblicken. Bei etwaiger Mandatsniederlegung ist die Wiederwahl Raimondos gesichert, die der drei süditalienischen Abgeordneten dagegen steht in Frage gestellt.

Unsere Toten.

In Breslau starb am Montag im Alter von 76 Jahren der frühere Eisenbahnschloßer Wilhelm Kapf. Der Verstorbene war einer von den alten Garde. Als im Jahre 1889 die Eisenbahner in Breslau eine Filiale gründeten, trat Kapf sofort bei. Im Jahre 1875 wurde er im großen Scheimbundprozeß zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Bis in die letzte Zeit hinein war der Verlorbene, den des Lebens Not und die Befolgung der Segner seinen Idealen nicht untreu werden ließen, den jüngeren Genossen ein leuchtendes Beispiel treuer Pflichterfüllung im Dienste der Partei.

Aus den Organisationen.

In Anwesenheit von 15 Delegierten und 7 Vertretern der Kreisleitung fand am Sonntag in Jährze die diesjährige Wahlkreis-Konferenz für Kattowitz-Jährze statt. Der Geschäftsbericht konstatiert, daß die separatistische Bewegung im Wahlkreis im Absterben begriffen ist. Im Berichtsjahre wurden 25 öffentliche und 73 Mitgliederversammlungen abgehalten. Die Zahl der Mitglieder stieg von 671 auf 716. Die Abonnentenzahl der "Freien Presse" hat bedeutend mehr zugenommen. In Flugblättern wurden 91000, an Volkskalendern 40000 verbreitet. Einnahmen und Ausgaben balancieren bei 81,19 M. Bestand mit 4892,42 M. — Als Reichstagskandidat wurde einstimmig Genosse Köppler, Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes, aufgestellt. Ein Antrag Kattowitz, monach die Kreisleitung Maßnahmen zur möglichst baldigen Herausgabe eines polnischen Blattes treffen soll, fand einstimmige Annahme.

Auf dem niederrheinischen Bezirksparteitag, der am Sonntag und Montag in Elberfeld tagte, wurde vom Internationalen Kongreß in Wien eine Resolution beschlossen, welche sich gegen die bekannten Leitfäden des Genossen Vanderdelbe, der den Anschluß der abstinenten Parteigenossen an den "neutralen" Antitempler-Orden empfiehlt, richtet. Die bürgerlichen Abstinentenorganisationen hätten sich immer mehr in hurrapatriotisch-nationalem Sinne entwickelt, und da könne es nicht angehen, daß Parteigenossen sich in Organisationen beteiligten, deren Führer ausgesprochene Scharfmacher und Feinde des freien Koalitionsrechts seien. Als Delegierte wurde Genossin Agnes-Düffelhoff und Genosse Riebuhr-Elberfeld gewählt. Bei der Begründung des einstimmig angenommenen Antrags, der das Verhalten der Reichstagsfraktion beim Kaiserhoch billigt, führte der Antragsteller, Genosse Riebuhr, aus, daß der Anlaß zu diesem Antrage die Stellungnahme des böhmisches Parteitag sei, wo man bekanntlich ausgeführt hätte, daß keine Veranlassung vorgelegen habe, eine veränderte Taktik beim Kaiserhoch einzunehmen. Zum Vorsitzenden des niederrheinischen Agitationskomitees wurde Genosse Riebuhr-Elberfeld gewählt.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Ein schweres Vergehen.

Vor einiger Zeit wurde in Elberfeld gegen den Genossen W i n n e n wegen dessen Rekrutenbrochure vor Gericht verhandelt. Die Dortmunder "Arbeiterzeitung" hatte hierüber einen Vorbericht erhalten, der einige Partien aus der Anlage schrift enthielt. Dieser Bericht, dem das Urteil angehängt wurde, erschien am Tage nach dem Verhandlungstermin. Da aber die Verhandlung gegen Winnen unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, durfte aus der Anlage schrift nichts mitgeteilt werden. Es wurde nun gegen den Verantwortlichen der "Arbeiterzeitung" Anklage erhoben. Am Dienstag wurde Genosse D e u f l e r von der Dortmunder Strafkammer zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Wegen desselben "Vergehens" wurde in Elberfeld gegen den Genossen Riebuhr von der "Freien Presse" auf 20 M. Geldstrafe erkannt.

Vorurteilliches aus Bayern.

Gegen den verantwortlichen Redakteur der "Fränkischen Volkstribüne", Genossen D a c k e, in Bamberg ist ein Verfahren eingeleitet worden wegen "Vornahme einer unerlaubten Sammlung". Das "Verbrechen" ist dadurch begangen worden, daß die "Fränkische Volkstribüne" den Aufruf zur Unterstützung der Angehörigen der Charlottenburger Denkmalsanstreicher abdruckte.

Eine wackelige Klage.

Die "Fränkische Volkstribüne" in Bamberg hatte das Verwerfliche des Tuns eines Arbeiters Speer charakterisiert, der einen andern überredet hatte, in der Fabrik die Wellen einer neuen Bohrmaschine mit Feilspänen zu verstopfen, um den Arbeiter, der diese Maschine bedient, bei der Firma in Mißkredit zu bringen. Speer klagte wegen Verleumdung. Vor dem Schöffengericht gelang dem beklagten Redakteur der Wahrheitsbeweis so vorzüglich, daß der Vertreter des Klägers die Klage vor der Urteilsverkündung zurückzog.

Soziales.

Wieder eine einstige Reichsverbandsstütze.

Vor einigen Jahren setzte in Chemnitz eine wüste Geze gegen die Verwaltung der dortigen Ortskrankenkasse ein. Die Gegner stützten sich insbesondere auf eine Brochüre, die einen entlassenen Angestellten zum Verfasser hatte, deren intellektueller Urheber aber der Arzt Dr. Böffer war. Dieser Herr stand an der Spitze der Ortsgruppe des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.

Als sein Feldzug mißlungen war, siedelte er nach Weimar über und suchte dort ein Unterkommen als Kassenarzt; den Kampf gegen die Sozialdemokratie führte er unermüdet weiter. Die "Freie Tribüne" sah sich deshalb veranlaßt, dem Herrn Dr. Böffer einmal auf die Finger zu klopfen. Der Reichsverbandler rannte natürlich sofort zum Audi und verlangte die Verhaftung des Redakteurs. Bei dieser Gelegenheit versicherte er, daß er nichts mehr mit dem Reichsverbande zu tun habe. Er erzielte allerdings eine Verurteilung des Redakteurs wegen Verleumdung, wurde aber mit seinem weitergehenden Antrage auf Zahlung einer sehr hohen Buße abgewiesen. Dr. Böffer kehrte dann auch Weimar den Rücken und ist später in Braunschweig aufgelaucht.

Dieser Tage stand er nun vor dem Landgerichte in Weimar, und zwar in der Rolle des Angeklagten. Er hatte die Partei des bekannten ehemaligen Reichs-Professors Leh-

mann-Hohenberg genommen und an das weimarische Staatsministerium eine Eingabe gerichtet, in der er einige Prozeduren der Renner Unübersicht und einen weimarischen Amtsgerichtsrat der schwersten Vergehen bezichtigte. Für seine Behauptungen konnte er nicht den geringsten Beweis erbringen und das Landgericht verurteilte ihn zu acht Monaten Gefängnis.

Die Beitragsrückzahlung in der Angestelltenversicherung.

Die neue Angestelltenversicherung kennt bekanntlich für den Eintritt ihrer Leistungen lange Wartezeiten. Während der ersten zehn Jahre werden für männliche Versicherte überhaupt keine Renten gewährt. Um diese Härten zu mildern, sieht das Gesetz während der Warte- oder Uebergangszeit die Beitragsrückerstattung vor, die noch sehr wenig bekannt ist.

Verstirbt während dieser Zeit ein Versicherter, so steht nach § 398 des Angestelltenversicherungsgesetzes der hinterlassenen Witwe oder dem Witwer oder falls solche nicht vorhanden sind, den hinterlassenen Kindern unter 18 Jahren ein Anspruch auf Erstattung der Hälfte der für den Verstorbenen eingezahlten Beiträge zu. Bei der freiwilligen Versicherung werden drei Viertel der von dem freiwillig Versicherten eingezahlten Beiträge zurückerstattet. Der Anspruch verfällt, wenn er nicht innerhalb eines Jahres nach dem Tode des Versicherten geltend gemacht wird. Voraussetzung ist, daß der Versicherte bis zum Eintritt der Erwerbsunfähigkeit oder dem Tode die Anwartschaft aufrecht erhalten, d. h. die vorgeschriebenen Beiträge bezahlt hat.

Die Hinterbliebenen brauchen mit dem Verstorbenen zur Zeit des Todes nicht in häuslicher Gemeinschaft gelebt zu haben, von ihm auch nicht aus seinem Arbeitsverdienst unterhalten worden zu sein. Der Nachweis der Bedürftigkeit der Witwe oder des Witwers ist auch nicht erforderlich. Uneheliche Kinder einer männlichen Person haben keinen Anspruch, wohl aber diejenigen einer weiblichen. Stiefkinder kommen nicht in Betracht, ebensowenig Enkel. Bei der Pflichtversicherung wird die Hälfte der für den Versicherten eingezahlten Beiträge zurückerstattet, auch wenn sie der Arbeitgeber tatsächlich allein getragen hat. Bei teilweiser Pflichtversicherung und teilweiser freiwilliger Versicherung sind die Beiträge entsprechend zur Hälfte oder zu Dreiviertel zu erstatten.

Bei den hohen Beiträgen der Versicherung kommen ganz ansehnliche Beträge für die Rückerstattung in Betracht. Ist z. B. für einen Versicherten in der Klasse G mit dem vollen Monatsbeitrag von 16,60 M. gesteuert worden, so beläuft sich der zurückzuerstattende Betrag nach Ablauf von auch nur fünf Jahren auf rund 500 M. Die Anträge auf die Beitragsrückerstattung sind unter Verweisung der Leistungskarte und der Sterbeurkunde für den Verstorbenen direkt beim Rentenausschuß der Reichsversicherungsanstalt in Berlin-Wilmersdorf anzubringen.

Unfall auf dem Wege zum Betriebe.

Der von der sozialdemokratischen Fraktion wiederholt gestellte Antrag, alle Unfälle, die sich auf dem Wege von der Arbeit nach Hause und von Hause nach der Arbeit ereignen, als Betriebsunfälle anzuerkennen, ist vom Reichstag wiederholt abgelehnt. Aber es ist bei den Debatten und in der Rechtsprechung vom Reichsversicherungsamt zugegeben, daß ein Unfall auf dem Wege zur oder von der Arbeit unter besonderen Umständen als Betriebsunfall zu rechnen sei. In demselben Sinne hat kürzlich das Oberversicherungsamt in Breslau in folgendem Falle entschieden:

Ein am Lungenleiden erkrankter Markstallarbeiter befand sich auf dem Wege vom Arzt nach der Markstallinspektion, um dort seine Erkrankung zu melden. Infolge Glatteis kam er auf der Straße zu Fall und erlitt einen Beinbruch, durch den er in seiner Erwerbsfähigkeit wesentlich beeinträchtigt wurde. Er stellte deshalb Ansprüche an die Unfallversicherung. Der Magistrat Breslau als Ausführungsbehörde lehnte die Ansprüche ab, weil der Weg vom Arzt zur Markstallverwaltung keine Betriebsfähigkeit darstelle, mithin der Unfall kein Betriebsunfall sei. Die gegen den Bescheid eingelegte Berufung hatte Erfolg. Das Oberversicherungsamt Breslau erkannte den Betriebsunfall an. In der Begründung des Urteils heißt es: Der Kläger ist zwar nicht während der Arbeit im Betriebe selbst verunglückt, der Weg des Klägers vom Arzt zur Markstallinspektion war aber infolgedessen noch dem Betriebe zuzurechnen, als der Kläger nach der Auskunft der Markstallinspektion vom 6. Februar 1914 verpflichtet war, bald nach der ärztlichen Untersuchung die Krankheitsbescheinigung in der Inspektion als Ausweis vorzulegen. Die Inspektion mußte dies rechtzeitig wissen, um eventuell für Ersatz sorgen zu können. Der Weg des Klägers muß daher als im Interesse des Betriebes unternommen angesehen werden. Ist dies aber der Fall, so kann auch nicht in Abrede gestellt werden, daß der Unfall, der dem Kläger auf diesem Wege zugefallen ist, und der an sich zu den Unfällen des täglichen Lebens gehört, infolge der Beschäftigung des Klägers im Betriebe entstanden ist.

Aus den Berufsvereinigungen.

Die schlesisch-polenische Bauberufsvereinigungen stellt in ihrem Bericht für das Geschäftsjahr 1913 fest, daß die Löhne von 102.765 917 M. im Jahre 1912 auf 95.440.574 M. im Jahre 1913 gesunken sind. 29.907 M. Beiträge der Berufsvereinigungen konnten nicht eingezogen werden.

Die Rentenauflösung wird in dem Bericht durch die Bemerkung bestätigt, daß im Berichtsjahre auf Grund der neueren strengen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts zahlreiche Renten gemindert beziehungsweise entzogen worden sind. Die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle ist dann auch von 92 im Vorjahre auf 69 im Berichtsjahre zurückgegangen.

Aus Industrie und Handel.

Die Konsumentenorganisationen und der Detailmarkt.

So groß auch die absoluten Ziffern der Mitglieder der Konsumvereine, der Umfänge, der Kapitalkost dieser Organisationen sein mögen, so sind diese Vereine auf dem Gebiete des Detailverkehrs doch noch eine junge Macht, deren Umfänge im Verhältnis zu dem Gesamtumfange der gewerblichen Detailgeschäfte sehr bescheiden sind. Instruktives Material darüber gibt uns Professor Totomianz in einem Buche über Theorie, Geschichte und Praxis der Konsumentenorganisation. Wir sehen daraus z. B., daß auf 100 Einwohner in Deutschland erst 2,5 Konsumvereinsmitglieder entfallen. Selbst wenn man annimmt, daß jedes Mitglied ein Haushaltsvorstand sei, also die 2,5 Mitglieder 10 Konsumenten repräsentieren, würden von 100 Einwohnern erst 10 organisierte Konsumenten sein. Das ist zwar eine beachtenswerte Ziffer, aber 90 heben noch immer außerhalb der organisierten Konsumenten. Doch es ist auch noch zu berücksichtigen, daß die organisierten Konsumenten keineswegs ihren gesamten Warenbedarf im Konsumverein decken, sondern nur einen Teil davon. In Deutschland kommt — es ist bei der Berechnung das Jahr 1910 zugrunde gelegt — auf das Mitglied ein durchschnittlicher Umsatz von 283 M., oder wenn wir jedes Mitglied als Haushaltsvorstand nehmen, auf den Kopf des organisierten Konsumenten ein Umsatz von rund 71 M., der inzwischen vielleicht auf 75 M. angewachsen sein dürfte. Schon weit kräftiger sind die Konsumvereine in Großbritannien, in Dänemark und in der Schweiz. Dort kommen auf 100 Einwohner schon 5,6 bzw. 6,8 und 5,8 organisierte Konsumenten. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung würden bei einer Annahme von 4 Einwohnern auf einen organisierten Konsumenten in Dänemark 27,2, in Großbritannien und der Schweiz 22,4 Proz. der Bevölkerung einen Teil ihres Bedarfs auf

Parteiangelegenheiten.

Zur Lokalliste.

In Marienfelde feiert am Sonnabend, den 4. Juli, der Kaninchenzüchterverein im Lokale von W. Geride, Berliner Str. 114, sein Sommerfest. Da eifrig versucht wird, in Arbeiterkreisen Willetts umzusetzen, sei darauf aufmerksam gemacht, daß obiges Lokal zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht und daher streng zu meiden ist.

Folgende Lokale werden als Verkehrskolale den Ausflüglern empfohlen: Alt-Hartmannsdorf T. B., Willi Grogeit, Restaurant zur Ede. Spreenhagen, Gasthof zum Deutschen Haus, Artur Enge. Friedersdorf, Aug. Paschen, Lindower und Storkower Ede. Die Lokalkommission.

Dabendorf, Sonnabend, den 4. Juli, abends 1/2 9 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Wiese. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung.

Berliner Nachrichten.

Blütenpracht auf dem Friedhof.

Verstärkender ist jetzt die Natur. In ein Meer von Blüten taucht sie die Welt, die Welt der Lebenden und — der Toten. Wie im schönsten Garten blüht und duftet es auf dem Friedhof, als ob die allgütige Natur den Abgestorbenen geben will, was so viele von ihnen im Leben bitter vermisst haben. Viele Tausende, die Sinn haben für diesen stillen Sommerfrieden, zieht es alliontäglich hinaus vor die Tore, um sich zu berauschen an dem bunten, in allen Farben schillernden Naturleben.

Jedes Grab ist ein einziger Garten für sich in zehntausendfacher Abwechslung. In strobender Fülle entfalten dunkelrote Velargonien ihre schweren Kelche, lassen Zuchthei die feinen weifroten Köpfchen hängen, säumen sich Veilchen, Meinnacht und Stiefmütterchen, Begonien und Anprinthnen zu lieblichem Kranze um den grünen Rasen. Und wo es gar zu viel werden will des schimmernden, latten Farbenspiels, schiebt sich wundernder Efeu oder die Eispflanze kühn dazwischen. An hohem Stamm hält zu Häupten treue Sommerwacke die Rose, noch höher wölbt sich beschattend die Eide oder steigt in düsterer Schönheit ferngerade der Lebensbaum auf. Ringelblumen aber erfüllt aus tausend Büschen und Sträuchern gerade jetzt mit seinem berückenden Duft der Nasmin die Friedhofsnatur, und ein scharfer Windstoß überschüttet die unabsehbare Menge der Gräber mit einem Regen von weifschneen Blüten.

Wirklich, ist jedes Grab ein Garten? Ach nein, es stimmt nicht ganz mit dem Wort der frommen Schriftgelehrten: „Die Liebe hört nimmer auf.“ Sie scheint aufzuhören, wo der mittellose Verstorbene, der von der Liebe auch im Leben so wenig kennen lernte, mit der notwendigsten Rücksichtnahme auf den Menschengeist, verdrängt ist. Dort hinten, wo die Natur, von gärtnerischer Friedhofskunst und Menschenliebe ungetrieben, dem unter glühendem Sonnenbrand verbrannten Rasen, den niedrigen trostlosen Sandhaufen der Massengräber ihr möglichstes abruht. Da blühen keine Rosen, beschatten keine Trauererfthen die letzte Ruhestatt der Armut, vor der die Brüder und Schwestern da vorn auch noch im Tode die Blütenpracht des Friedhofes vorous haben. Nur meterhohe Gräber und mächtige Nachtkaktusbüschel schieben in regelloser Ungebundenheit aus dem dünnen Boden, überwuchern weite Strecken und machen die einzelnen Nummerngräber fast unkenntlich. Muß dieser krasse Unterschied in der Friedhofspflege sein? Ist es wirklich nicht möglich, aus dem öden, unkrautbefäten Totenacker dort hinten einen Totenpark zu machen? Es sollte etwas derartiges, um das ziemlich Absterbende zu verwöhnen, geschehen. Man hat jedoch die armen Toten, die nicht zahlen konnten, in diesem Jahre wieder vergessen.

Polizeibesuch im Krankenhaus.

Aus dem neu eröffneten Leichtkrankenhanse der Stadt Berlin berichtet man einen Vorgang, der unter den Kranken große Erregung hervorgerufen hat. Vor einigen Tagen meldeten sich in dieser Anstalt um 8 Uhr morgens zwei Schulleute, um einen Patienten abzuholen. Es handelte sich um einen Hürforgezögling, der etwa eine Woche vorher aus dem Birkow-Krankenhanse als Leichtfranker hierher überwiesen worden war. Er sollte wohl nach dem Berliner Erziehungshanse zu Lichtenberg, von wo er gekommen war, zurücktransportiert werden. Vermutet wird auch, daß er eine Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte. Ob es nötig war, ihn überhaupt durch Polizei abholen zu lassen, kann dahingestellt bleiben. Das aber war sicherlich nicht nötig. Schulleute in Uniform nach dem Krankenhaus zu schicken. Auch ein paar Kriminalbeamte in Zivilkleidung hätten wahrscheinlich genügt, eine etwa zu beschützende Blut des jungen Mannes zu verhindern. Es läßt sich denken, daß die beiden uniformierten Beamten, sobald sie an dem Portierhäuschen bemerkt wurden, in der Anstalt ein nicht geringes Aufsehen erregten. Obwohl im Garten der Anstalt um diese Zeit viele Kranke weilten, legten sie dem in Empfang genommenen Arrestanten sogar Pfeifen an. Kranke, die Zeugen dieses Vorganges waren, gerieten in Erregung und äußerten sie in entrüsteten Worten. Das veranlaßte einen der Schulleute, einem Kranken zu drohen, er werde ihm, wenn er nicht still sei, „etwas anderes zeigen“. Wen trifft die Schuld, daß Polizei im Krankenhaus so aufzutreten durfte? Hat der Leiter dieser Anstalt oder sonst eine für die Leitung verantwortliche Person davon gewußt, daß der Hürforgezögling durch Polizisten abgeholt werden sollte? Hätte nicht die Polizei nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht werden müssen, daß an solcher Stelle jedes Kusschen und jede Erregung verhärtet werden muß? Acht Tage vorher war derselbe Hürforgezögling aus dem Birkow-Krankenhanse zusammen mit 9 anderen von dort überwiefsenen Kranken durch einen einzigen Anstaltsleiter nach dem Leichtkrankenhanse geführt worden, ohne daß jemand eine Blut befürchtete zu haben scheint. Warum ging denn da, ohne daß Polizisten — und noch dazu uniformierte und mit Revolver bewaffnete — ihm das Geleit gaben?

Mit der Sperrung einer Mietkaserne im Osten von Berlin hatte sich die Armenverwaltung in ihrer letzten Sitzung zu beschäftigen. Die Sperrung war auf Betreiben der betretenden Armenkommission verhängt, da in dem Hause 40 Almosenempfänger und auch emige extra unterstützte Personen ihren dauernden Aufenthalt genommen hatten. Wegen der Sperrung hatte der Besitzer des Hauses bei der Direktion Beschwerde erhoben und den Kammer geführt, daß von den 40 Almosenempfängern die große Mehrzahl aus Frauen von über 60 Jahren bestehe, dieselben schon viele Jahre im

Hause wohnten und sich auch dort recht wohl fühlten; dies wurde noch durch eine besondere Petition der Einwohner bestätigt. Die Armenverwaltung hat nun eine besondere Prüfung der Wohnungsverhältnisse durch das städtische Wohnungsamt und durch die Polizei vornehmen lassen; hierbei wurde festgestellt, daß sich das Haus bis auf kleinere Mängel in gutem Zustande befindet und daß auch sonst Ordnung herrscht. Da sich der Miet weiter bereit erklärte, für die Almosenempfänger eine Mietermäßigung von 10 Proz. einzutreten zu lassen, wurde beschloffen, die Sperrung bis auf weiteres auszuheben. In der Debatte wurde darauf hingewiesen, daß es in Berlin sehr schwer sei, einzelne Stuben oder Küchen zu bekommen; die Armenverwaltung müsse die Unterstügungen derart bemessen, daß die Armen Stuben und Küche bewohnen könnten. Ebe nicht eine Erhöhung eintrete, würden die Verhältnisse in den Kleinwohnungen nicht besser werden.

Es mag noch auf eine Maßnahme hingewiesen werden, die wieder mal eine Verschlechterung der Unterstügungen in Krankheitsfällen mit sich bringt.

Wähler waren die Armenärzte in der Lage, nicht nur schwer erkrankten Unterstügungsbedürftigen Fleisch und Milch zu verschreiben, sondern auch in leichteren Fällen und alten Personen gegenüber konnte die Wohltät eintreten. Sehr oft mußten die Ärzte die verweigernde Hilfe der Kommissionsvorsitender korrigieren, um solchen schwachen Personen die nötige Nahrung zu gewähren. Dies soll nun aus Sparmaßstättmaßnahmen anders werden. Die Armenärzte sollen in Zukunft nur schwer erkrankten Personen diese Stärkungsmittel verschreiben dürfen, und hierüber soll auch der Armenverwaltung noch jeden Monat eine Aufstellung eingereicht werden. Das ganze Verfahren läuft auf eine Einschränkung der Naturalunterstügung hinaus. Untere neue Armenverwaltung sollte solche schwerwiegenden Eingriffe zum mindesten vorher gründlich prüfen und erörtern, aber nicht vom grünen Tisch verfügen. Das Pleum der Armenverwaltung wird sich noch mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben.

Ein „Schmuckvervollständiger“.

Den Großkaufmann aus Stettin spielte ein Heiratschwindler, der jetzt entlarvt und festgenommen wurde. Sein Sonderneff war die „Vervollständigung des Schmuckes“. Der Mann suchte und fand die Belanntschast heiratslustiger Mädchen und Witwen und wußte es bald dahin zu bringen, daß er auch in deren Wohnungen eingeladen wurde. In der Regel richtete er es so ein, daß ihm seine „Pränter“ zu Hause ihre Schmuckstücke zeigten. Er befreundete stets ein lebhaftes Interesse für diese Sachen, meinte aber, daß sie gerade wegen ihrer Eigenart noch viel besser wirken würden, wenn sie noch durch dieses oder jenes Stück vervollständigt werden. Diese Ergänzung konnte er zweckmäßig bei einem ihm bekannten Juwelier in Stettin besorgen lassen. Die vertrauensvollen Damen überließen nun ihrem vermeintlichen Zukünftigen gern die Schmuckstücke. Im Besitz des Schmuckes aber ließ sich der Zreler nicht wieder sehen. Wo er diesen Weg nicht einschlagen konnte, geriet der Großkaufmann auch einmal in „augenblickliche Berlegenheit“, aus der dann die Prämte mit Beträgen bis zu 100 und 150 Mark gegen ihn herausgeholt. Mehrere Anzeigen mit übereinstimmender Beschreibung des „Großkaufmanns“ lenkten den Verdacht der Kriminalpolizei auf einen Mann, der wegen solcher Schwindelereien schon 12 1/2 Jahre Gefängnis hinter sich hat. Die Vermutung erwies sich als richtig. Man fand und verhaftete den Gefuchten in seiner Behausung in der Strelitzer Straße und mehrere Petrogene erkannten ihn auch sofort wieder.

Der neue Filmkrieg.

Am gestrigen Tage ist die Filmgebührenordnung beim Berliner Polizeipräsidenten in Kraft getreten. Die Filmfabrikanten erblinden in dieser Weifstrennung mit ihren hohen Sagen eine abetmalige schwere Belastung, die sie nicht mehr ertragen zu können glauben. Da nun die zuständigen Minister zu einer Abänderung oder Aufhebung der Gebührenordnung nicht zu bewegen waren, so haben die Filmfabrikanten und Vertreter in einer Dienstag abgehaltenen Konferenz einstimmig beschloffen, die Fensur ihrer Filme ab 1. Juli beim Polizeipräsidenten Berlin einzuflehen.

Welche Belastung die neue Gebührenordnung mit sich bringen würde, zeigt die Tatsache, daß eine große Filmfabrik in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni nach ihrer Berechnung 94 000 M. an Fensur- und Beglaubigungsgebühren zu zahlen gehabt hätte. Eine mittlere Firma hat ihre Gebühren für dieselbe Zeit auf 28 520 M. und eine kleine Fabrik auf 8387 M. berechnet. Diese drei Firmen allein würden also nach ihren Angaben eine jährliche Fensurgebühr von etwa 250 000 M. zu zahlen haben. Die Filmfabrikanten erstreben daher außer einer Ermäßigung der Gebühren die einheitliche Ausdehnung der Filmzensur auf ganz Preußen und die Regelung der Angelegenheit von einer Zentralstelle aus, damit nicht noch an andere Polizeiverwaltungen für denselben Film, der bereits in Berlin geprüft worden ist, weitere Filmgebühren gezahlt zu werden brauchen.

Die Schuldeputation beschloß in ihrer gestrigen Sitzung u. a. die Errichtung einer Präparandenanstalt in Verbindung mit einer hiesigen privaten höheren Mädchenschule und die Bewahrung von Freiflächen an begabte Gemeindedienerinnen an dieser Anstalt beim Magistrat zu befürworten. Stadtschulrat Dr. Fischer machte in der Sitzung Mitteilung von dem Urteil des Geh. Regierungsrats Professor Dr. Hermann Reichsmar über den Befangunterricht an den Berliner Gemeindefchulen. In einem Aufsatz über „Die Reformen des Schulwesens in Preußen“ sagt Geheimrat Reichsmar u. a.: „Es gibt Dörfer und Städte, wo die älteren Schulkinder selbst dem „Heil dir im Siegerkranz“ in rhytmischer Genauigkeit und reiner Intonation, in der Aussprache und Klangschönheit sehr viel schuldig bleiben, wo die zwei Stunden Schulgang als verlorene Zeit erscheinen. Hört man dann aber eine der berühmten Massen-ausführungen Berliner Schulkinder, so steht man vor wunderbaren, unübergebliebenen Kunstleistungen und kann sich durch den Besuch irgendeiner Berliner Gemeindefchule leicht überzeugen, daß jener Gehang der 6000 kein Triumph des Drills, sondern daß er die Frucht einer richtigen Methode war.“

Ein schwerer Baunfall hat sich vorgestern bei den Biehlsberger Wasserwerken ereignet. Dort war bei einem Neubau der Arbeiter Friedrich Schulzafowski, Stralauer Platz 11/12 wohnhaft, beschäftigt. Als er in einer Höhe von etwa fünf Metern, auf einem Gerüst liegend, arbeitete, trat er fehl und stürzte rücklings in die Tiefe. Sch. erlitt eine Schadelbruch und Verwunde mehrerer Rippen, sowie schwere innere Verletzungen. Er wurde in hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhaus Westend geschafft.

Der Segen der Rangvorrichtung. Die seit einiger Zeit an fast allen Straßenbahnwagen der „Großen Berliner“ angebrachte Rangvorrichtung hat sich vorgestern wiederum in zwei Fällen bewährt. Vor dem Hause Adalbertstraße 40 wollte der 63jährige Rentier Jggusch unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 45 das Geleit überfahren. Der Fahrer vermontete auf so kurze Entfernung hin den Wagen nicht mehr rechtzeitig zum Dakten zu bringen, und so geriet J. unter den Vorderperson, wodurch die Rangvorrichtung ausgelöst wurde, von der der Verunglückte aufgefangen wurde. A. erlitt eine leichte Kopfverletzung und konnte sich selbst nach seiner Wohnung begeben. — In der Kaiser Friedrichstraße in Neufölln lief die 14jährige Erna Balle kurz vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie V auf das Geleit und wurde umgefahren. Die Kleine geriet ebenfalls unter den Vorderperson, wurde aber von der Rangvorrichtung aufgefangen und kam so ohne jede Verletzung davon.

Das staatsgefährliche Rot hat es, so schreibt man uns, wieder einmal der Polizei angetan. Als am vergangenen prächtigen Som-

mer-Sonnagnachmittag der Arbeiter-Kauehnbund in dem mit roten Fahnen und Emblemen prächtig decorierten Garten der Bronneri Friedrichshain sein 10. Stiftungsfest feiern wollte und Vorstand und Kontrolleure sich kaum zur Eröffnung des Lokals eingedrungen hatten, erfaschte ein Polizeibeamter in Zivil und verlangte kategorisch die Abnahme des staatsgefährlichen roten Zeugs. Widerstreben wäre fruchtlos gewesen und so wurde denn der Dekorateur, der die schönen Sachen angemacht hatte, herbeigeholt, um sie wieder abzunehmen. Schade, daß er nicht auch die feurigen Velargonienblüten aus den Anpflanzungen oder die roten Scharpen einiger schon antwiesender junger Damen und sonstiges Rot mitnehmen konnte. Die Wirkung dieser Maßregel war natürlich wie immer „konträr“. Denn als unter den Tausenden von Teilnehmern die Sache bekannt und besprochen wurde, da konnten wir aus verschiedenen Aeußerungen feststellen, daß die rosarote Gefinnung mancher Festteilnehmer um einige Töne dunkler gefärbt war. —

Wegen eines großen Dachstuhlbrandes

wurde gestern die 2. Kompanie nach der Voigtstraße 42 alarmiert. Als die Wehr erschien, stand der Dachstuhl des Wohnhauses schon in ganzer Ausdehnung in Flammen. Der Wehr gelang es, den Brand, dessen Entstehung nicht ermittelt werden konnte, auf den Dachstuhl zu beschränken.

Mit seiner Gattin in den Tod gegangen ist in der vorhergehenden Nacht der Fabrikbesitzer M. Croner aus der Ludauer Straße 4. Der betagte Mann betrieb eine Luxuspapierfabrik am Elisabethufer 44, ein altes Geschäft, das zuecht in der Form einer G. m. b. H. bestand. Das Ehepaar wohnte nach der Verheiratung der erwachsenen Kinder für sich allein im ersten Stock des Vorderhauses mit einem Dienstmädchen. Gestern morgen gegen 9 Uhr fand man das Ehepaar tot in der Wohnung auf. Es hatte die Gasbühne geöffnet und sich vergiftet. Ein Arzt konnte bei beiden Eheleuten nur noch den Tod feststellen. Geheißliche Verluste sollen die Ursache des Selbstmords sein.

Arbeiter-Bildungsschule. Die letzte Unterrichtsstunde des Literaturkursus, die am vorigen Montag ausfallen mußte, wird Freitag abend (3. Juli) abgehalten werden.

Kleine Nachrichten. Mit Lofel vergiftet hat sich die 16jährige Verkäuferin Ch. F., weil die Eltern ein Verheirathungsverhältnis nicht dulden wollten. In bedeutendem Zustande wurde das junge Mädchen nach dem Krankenhaus geschafft. Als der Brautigam des Mädchens, der 18 Jahre alte Kaufmann B. A., die Nachricht von dem Selbstmord seiner Frau erhielt, sah er sich eine Angel in die rechte Schläfe. Sein Zustand gilt als hoffnungslos. — Vierzehn Tage tot in der Wohnung gelegen hat der Sekretär F. aus der Schützenstraße in Steglitz, der einem Schlaganfall erlegen ist. — Einen Selbstmordversuch machte die 19jährige Ehefrau A. aus Weig. Während eines Besuchs bei einer Tante sah sie sich eine Revolverkugel in die rechte Brust. In hoffnungslosem Zustande wurde sie nach einem Krankenhaus übergeführt.

Im Berliner Aquarium sind zwei interessante Schemnwürdige fischen eingetroffen. Zunächst ein Doppelschelm-Bastard mit geteiltem hohen Kamm auf dem Kopfe und einem mächtigen Rücken- und Schwanzfloss. Das arnlange Tier ist grün gefärbt, während die Augen gelb sind und dem Gesicht etwas Vogelartiges verleihen. Die von Linné als benanntem Fossilfisch, unter denen die Alten besanntlich ein angeblich ungeheuer giftiges Fabeltier verstanden, sind baumbewohnende Eidechsen, die sich an Klauenschnauzen auhohlen und bei Gefahr gern ins Wasser reiten. — Die andere Schemnwürdigkeit betrifft ganz junge Seeperldchen, welche im Aquarium zur Welt gekommen sind. Vom Vater in einer Brutkammer bis zur Reife geborgen, schänderten sie häufig aus und erzeugen durch ihre zierlichen Bewegungen das größte Interesse der Besucher. Leider hatten sich diese jungen Seeperldchen in der Gefangenschaft nicht.

Breuen gesund! Personen, welche gesehen haben, wie am Sonntag den 14. d. Mts., abends 9 Uhr 30 Min., Ede Müller- und Seestraße eine ältere Frau beim Absteigen von einem Motorwagen mit Anhänger Linie 188 herunterfiel, werden um Angabe ihrer Adresse an G. Köhlig, Steglitz, Duppelstr. 27, gebeten.

Vorortnachrichten.

Neufölln.

Die Tätigkeit des Reichstages. Ueber dieses Thema referierte der Reichstagsabgeordnete Genosse Juchel in der am Dienstag stattgefundenen, fast beschudigen Generalversammlung des Wahlvereins, Anknüpfend an die Hoffnungen, die nach dem Wahlsieg 1912 so mancher Parteigenosse gehegt habe, und die ursprünglich durch die vierwöchige Vizepräsidentenschaft Scheidemanns noch gehebt wurden, zeigte Referent, wie seit dieser Zeit die Verhältnisse sich völlig geändert haben. Der immer mehr zunehmende Haß aller ungerlichen Gegner habe seit dieser Zeit die Fraktion in ständige Anwehstellung gedrängt, so daß es fast scheine, als ob die mit jowiel Hoffnungen begrüßte Fraktion der 110 zur völligen Chumant verurteilt sei. Singu konnte, daß die bürgerlichen Fraktionen in wohlbedachter Absicht früher abgelehnt, sozialdemokratische Anträge etwas abgeändert wieder neu einbringen und damit den Anschein erwecken wollen, als sei die Unwissenheit der Sozialdemokratie im Reichstag überhaupt überflüssig. Wie notwendig sie aber gerade ist, zeigte Referent lobann bei der Besprechung aller seit 1912 vom Reichstag behandelten Gesetzentwürfe, deren Ausdeute für die Arbeiterklasse allerdings nur als eine sehr minimale bezeichnet werden könne. In längeren Ausführungen behandelte Referent schließlich noch die Abstimmung der Fraktion bei der Befolgungsordnungsnovelle für die Unterbeamten. Die ablehnende Haltung der Fraktion sei hier in dem Moment eine Selbstverhöhnlichkeit geworden, als entgegen den einstimmigen Beschlüssen der Budgetkommission und des Pleums in der dritten Lesung einzelne Beamtenkategorien zum Schaden anderer herangehoben werden sollten. Den Parteigenossen gegenüber, die gerade von dieser Haltung einen Rückschlag auf die Beamtenwahl befürchteten, sei zu bedeuten, daß wir unsere Haltung niemals davon abhängig machen können, ob wir einzelne Schichten der Wähler verlieren oder gewinnen. Der Haß des Bürgertums, der allen Verhandlungen des Reichstags seinen Stempel aufdrückt, habe dann zum Schluß noch einmal Orgien feiern können beim Sündenböcken der Fraktion in der Schlusssitzung. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien scheinen freilich ganz vergessen zu haben, daß ihre Väter zu anderen Zeiten, als noch wirklich demokratischer Geist bei ihnen vorhanden war, noch in ganz anderer Art und Weise aufgetreten seien. Die eigenen Parteigenossen aber, die in der gegenwärtigen Sache gegen die Partei aus diesem Haß noch Wasser auf die Mühlen der Gegner leiten, scheinen jedes kollegiale und Solidaritätsgefühl verloren zu haben. (Stürmisches Erbe richtig!) Wir haben freilich schon, und betonen dies auch heute noch, daß wir republikanisch gefinnt sein und wir haben das Recht, hierin selbst im gegenwärtigen monarchischen Staate. Diese ganze Debe solle doch nur dazu herhalten, neue Konditionen zu finden, um der Arbeiterklasse in anderen Beziehungen die Hande anlegen zu können. Und wenn das Volkblatt des Teilmeyer Kreises, das amtliche „Archivblatt“, als Sühne für die „unerhörte Beleidigung“ (das Eigenbleiben) für den Herbst dieses Jahres auch die Aufzählung des Reichstags in sichere Aussicht stelle, so sehen wir ihr, wir freilich, mit frohem, frischem Mute entgegen. Hat uns heilte es auch in Zukunft nur: Vorwärts, vorwärts! Durch Kampf zum Sieg! — Die 17stündigen Ausdrückungen wurden mit frischem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion fand nicht statt. Einstimmige Annahme aber fand eine Resolution, die sich mit der Haltung der Fraktion

dem Komitee einberufen erklärt und diese Fassung für bedeutend würdiger hält, als das bisherige Dinoulaufen. — Sodann erledigte die Versammlung die im Mai zurückgestellte Wahl des Genossen Kiewewetter zum Viertelführer des 2. Viertels ohne Debatte. — Genossin Lieisch verwies auf das am Sonntag, den 5. Juli, als Einleitung der Ferienspiele auf dem Sperber-Sportplatz (Köllnische Allee) veranstaltete Anspielen und ersuchte um rasche Beteiligung. — Genosse Preuß ersuchte als Vertreter des Arbeiter-Sportklubs, auch die wahrscheinlich am 12. Juli stattfindende Einweihung des aus städtischen Mitteln geschaffenen Sportplatzes an der Grenzallee recht zahlreich zu besuchen, da hierzu auch die Arbeitersportler eingeladen sind und hierbei mit an erster Stelle stehen werden. — Es folgte sodann die Beratung einiger am 19. Mai zurückgestellter Anträge. Ein Antrag des Vorstandes: „Zum 1. Oktober ab ist die „Neue Zeit“ den Funktionären (Vorstand, Bezirksführer, Bezirksführerinnen, Bezirkskassierern, Zahlabendeleitern und den Mitgliedern dieser Kommissionen) gratis zu liefern“, fand einstimmige Annahme. — Ein Antrag Schubert: „Mitglieder, die wegen Schulden gefristet worden sind, haben, wenn sie sich wieder zur Neuaufnahme melden, als Strafe mindestens 2 oder 3 Monatsbeiträge zu zahlen, ehe sie wieder in die Organisation aufgenommen werden können“, den der Antragsteller begründete, wurde, nachdem der Vorsitzende sich dagegen gewandt, abgelehnt. — Angenommen wurde ferner ein Antrag des Bezirks 10d: „Der Parteivorstand ist zu ersuchen, auf die Tagesordnung des Parteitagess noch die Arbeitslosenfrage zu setzen.“ — Nachdem sodann noch Genosse Scholz im Hinblick auf die zukünftigen, wieder einmal im Zeichen des Wahlrechtsbraudes stattfindenden Stabsordnungen wahllos, zur rasigen Agitation und intensiver Vorarbeit aufgefordert, fand die Versammlung ihre Ende.

Wilmerdorf.

„Der Massenstreik und die Standhalten“ lautete das Thema, über das Genosse Groger in der letzten Wahlvereinsversammlung referierte. Er führte ungefähr aus: Durch die Anträge der Genossen Luxemburg und des Genossen Adolf Hoffmann in der Verbandsgeneralsammlung, sei diese Frage des Massenstreiks neu aufgerollt worden. Die angenommene Resolution Luxemburg gehe ihm aber nicht weit genug. Sie verlangt nur die Anwendung des Massenstreiks im preussischen Wahlrechtskampf. Der Streik müsse aber auch evtl. zur Verteidigung des Koalitionsrechtes angewendet werden. In längeren Ausführungen zeigte dann der Referent aus, welche Schwierigkeiten jetzt der Durchführung des Massenstreiks noch entgegenstehen. Jetztzeit sind die Massen für diesen Kampf noch nicht reif. Die große Masse der Unorganisierten, der Gelben und der nationalen Jugendvereine stehen uns entgegen. Die Gewerkschaften als Korporationen in den Massenstreik zu ziehen, ist nicht unter allen Umständen nötig, aber die Gewerkschaftsmitglieder müssen für den Massenstreik erzogen werden. Der beachtlichste Kampf des Massenstreiks ist der Kampf gegen die Wahlrechtsfrage. Die Frage des Massenstreiks kann auch nicht von Groß-Berlin allein gelöst werden, sondern hierzu muß die gesamte Partei Stellung nehmen. Die nächsten Jahrelänge werden sich mit der Sache beschäftigen, um die Ansichten der Groß-Berliner Parteigenossen kennen zu lernen. Daher muß für einen guten Besuch der nächsten Jahrelänge gesorgt werden. — In der Diskussion sprachen sich Leberhagen und Hilbig gegen den Kampf des Massenstreiks. Die Erfahrungen mit der Durchführung des Arbeitertages ermutigen wirklich nicht zu einer dergleichen Gründung. Dr. Breitscheid führte aus, daß die Art, wie das italienische Proletariat seine Kämpfe und Massenstreiks führte, für Deutschland kein Vorbild sein könne. Die deutsche Arbeiterbewegung habe durch ihre festen Organisationen mehr erreicht, als die italienische, deren Kraft nach wenigen Tagen Massenstreik sofort zusammenbrach. Wenn er auch nicht mit dem beschlossenen Kampf, sondern sympathisierend, so haben seine persönlichen Erfahrungen beim schwebenden Generalstreik ihn doch belehrt, daß ohne Geldmittel kein Massenstreik zu führen sei. Genosse Fabian beurteilte die Planmacheri. Das sei keine Art, die Massen für den politischen Streik zu erziehen. Mit dem Wachsen des Kampfes würde auch der Mut für den Massenstreik wachsen. Genosse Schneider beurteilte die passive Haltung des Münchener Gewerkschaftsverbandes in dieser Frage. Ohne Hilfe der Gewerkschaften sei kein Massenstreik zu führen. Derselbe Ansicht bezog auch Dieringer, der sogar Fühlungnahme mit den Genossen Gassen beschränkte, da diese während eines solchen Kampfes die Lebensmittel beschaffen müßten. Gleich Fabian erklärten sich auch die Genossen Böttcher und Kaban gegen die Planmacheri. Die Arbeiter müßten oft bis zu 26 Wochen drohen auf der Straße liegen. Auch während eines Massenstreiks würden sie genug Opfermut besitzen, um einige Tage oder Wochen zu hungern. Im Schlußwort widerlegte der Genosse Groger die gegen seine Ausführungen gemachten Einwendungen. — Die Wahl des 1. Schriftführers wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt.

Charlottenburg.

Eisenverein für freie Erziehung. Sonntag, den 5. Juli, findet ein großer Familienausflug nach Seewinkel statt. Treffpunkt: Vormittag 9 Uhr pünktlich vor dem Bahnhof Jungfernheide. Abmarsch 9 1/2 Uhr. Auch Nichtmitglieder und deren Kinder können daran teilnehmen.

Schöneberg.

Ein Großfeuer hatte die Schöneberger Feuerwehr am Sackendamm zu löschen. Dort stand das Beamtenwohnhaus auf dem Gelände der Eisenbahnbetriebswerkstätten in Tempelhof vollständig in Flammen. Diese waren aus noch nicht ermittelter Ursache im Dachstuhl ausgebrochen und hatten schnell eine solche Ausdehnung erlangt, daß die Schöneberger Feuerwehr gleich über zwei mechanische Leitern sechs Schlauchleitungen vornehmen mußte, um den Brand zu lokalisieren. Die Tempelhofer Behr war ebenfalls zur Stelle. Der Schaden ist bedeutend und trifft besonders Beamte und die Eisenbahnverwaltung.

Lichterfelde.

Die letzte Gemeindevertretersitzung vor den großen Ferien beschäftigte sich in der Hauptsache mit Verwaltungsangelegenheiten. Nur wenige Punkte boten einiges Interesse für die Öffentlichkeit. Zu den geschäftlichen Mitteilungen gab Bürgermeister Brohm bekannt, daß die Aufsichtsbehörde das Statut für das kommunale Hypothekensamt, das hauptsächlich dazu dienen soll, die Garantie für zweifelhafte Hypotheken unter gewissen Voraussetzungen zu übernehmen, unter anderem deshalb nicht genehmigt habe, weil die Förderung von Kleinwohnungsbauten darin nicht enthalten sei. Ueber die Forderung des Statuts soll in der nächsten Sitzung nach den Ferien verhandelt und beschlossen werden.

Die Regierung scheint demnach zu der vernünftigen Ansicht gekommen zu sein, daß es zu den Aufgaben der Gemeinden gehöre, das Wohnungswesen der unbemittelten Bevölkerungsschichten wenigstens dadurch zu mildern, daß der Bau von Kleinwohnungen gefördert werden müsse. Aber die Gemeindevertretung von Lichterfelde, deren soziale Minderheit kaum noch überboten werden kann, steht auf dem entgegengegesetzten Standpunkte. Bei jeder Gelegenheit hat die herrschende Grundbesitzerpartei unter Führung der Herren Born, Jäger und Konjosten kategorisch verlangt — und sie hat es auch durchgesetzt —, daß nur Wohnungen von mindestens vier Zimmern errichtet werden dürfen — ein Zustand, der dem geforderten direkten Verbot des Baues von Kleinwohnungen gleichkommt. Die Wohnungsfürsorge der Gemeindeverwaltung Lichterfelde gipfelt darin, den Zugang von Kinderheimen zu verhindern oder soweit solche hier noch wohnen, sie allmählich auszuraubern. Daß bei dieser sozialen Wohnungspolitik die Kleinwohnungen immer knapper, die Mietpreise immer höhere werden, kann weiter nicht überraschen. So hat erst jüngst in der Chausseestraße eine allgemeine und erhebliche Steigerung der kleinen Mietpreise stattgefunden, da die Hauswirte infolge Zuganges einer großen Zahl von Angestellten der Berliner Straßenbahn gelegentlich der Errichtung des nahegelegenen Depots ihre Wohnungen zu hohen Preisen vermieten können. Für sie ist also Hochkonjunktur. Ob und inwieweit das Grundbesitzerforum auf dem Rathaus der Mahnung vom Regierungsausschuss Folge leisten wird, muß die Zukunft lehren. — Die Jahresrechnung pro 1912, die einen Gehalt von 8000 M. ergibt, wird genehmigt. Der Rathauskeller soll renoviert und mit elektrischem Licht versehen werden. Die Kosten für die Beleuchtungskörper trägt die Löwenbrauerei, deren Mietvertrag auf weitere drei Jahre verlängert wurde.

Um die Petruskirche auch im kommenden Winter ausreichend aufzuwärmen, soll an Stelle des jetzigen schadhaften Kessels ein neuer mit einem Kostenaufwand von 1800 M. angeschafft werden. Gemeindevertreter Frause betont mit Recht, daß diese Erneuerung des Kessels eine Angelegenheit der Kirchengemeinde sei, die für die Kosten aufzukommen habe.

Bürgermeister Brohm glaubt, daß die Frage strittig sei in Anbetracht der Eigenschaft der Gemeinde als Kirchenpatron; jedenfalls würde aber die Gemeinde in ähnlichen Fällen künftig vorsichtiger verfahren.

Gefunden wurden folgende Gegenstände bei dem am Sonntag festgefundenen Sängereffekt: 1 Schirm, 1 Stimmgabel, 1 Uhrseite und 1 Handtasche. Die Gegenstände können beim Genossen Warendorf, Babelst. 7, abgeholt werden.

Tempelhof.

Ein schwieriges Problem scheint für den Bürgermeister und Amtsvorsteher Wiesner die Veranstaltung einer politischen Versammlung unter freiem Himmel zu sein. Das muß man aus folgendem Vorgang schließen: Unsere Parteigenossen wollen, da ihnen am Ort kein Versammlungsort zur Verfügung steht, am nächsten Sonntag eine Versammlung unter freiem Himmel abhalten. Um nun die Genehmigung für die Abhaltung dieser Versammlung so schnell wie möglich zu erlangen, ging der Vorsitzende des Wahlvereins, Genosse Ewald, persönlich zum Amtsvorsteher Bürgermeister Wiesner. Nachdem er sein Anliegen vorgetragen hatte, erklärte Herr Wiesner: „Ja, Herr Ewald, ich werde die Sache prüfen und mich über die geeigneten Bestimmungen informieren. Im übrigen müssen Sie Ihr Gesuch schriftlich einreichen.“ Sofort legte E. ein bereits mitgebrachtes schriftliches Gesuch vor. „Na schön“, sagte Herr Wiesner, „ich werde die Sache bearbeiten lassen.“ Nachdem E. noch darum ersucht hatte, die Angelegenheit möglichst zu beschleunigen, verabschiedete er sich in der stillen Hoffnung, wenigstens am nächsten Tage einen Bescheid zu erhalten. Ein Bescheid kam auch, aber in anderer Form, als es E. erwartete. Hier ist er: „Ihr mir heute überreichtes Gesuch um Genehmigung einer Versammlung unter freiem Himmel ist, wie ich annehme, irrtümlich an den Gemeindevorstand gerichtet. Ich werde dasselbe in meiner Eigenschaft als Amtsvorsteher bearbeiten lassen. Wiesner.“ Wirklich, E. hatte das Schreiben irrtümlich statt an den Amtsvorsteher an den Gemeindevorstand adressiert. Wohl verstanden, Herr Wiesner hatte bei der persönlichen Rücksprache das Schreiben durchgesehen, er mußte wissen, daß E. sich nur an den Amtsvorsteher Wiesner in dieser Angelegenheit wenden konnte und wollte, aber dennoch mußte diese Sache erst richtiggestellt werden, indem E. das obige Schreiben am Dienstagabend durch die vorletzte Postbestellung zugestellt wurde. Es ist ja aber auch wichtig, zu wissen, daß nicht der Gemeindevorsteher Wiesner das Schreiben empfangen hatte, sondern daß dieser es erst dem Amtsvorsteher Wiesner übergeben mußte. Ob die Versammlung genehmigt ist oder nicht, das braucht er ja vorläufig nicht zu wissen, das hat ja schließlich Zeit bis zum — Sonnabend. Bis zur Stunde, nämlich Mittwochabend hat E. immer noch keinen Bescheid auf sein Ersuchen. Hier muß man sich einmal die Frage vorlegen, was denn würde, wenn E. von seinem Recht Gebrauch gemacht hätte, das ihm § 7 des Reichsverfassungsgesetzes gibt, nämlich die Genehmigung erst 24 Stunden vor Stattfinden der Versammlung einzuholen? Hätte er denn auch mehrere Tage warten müssen, weil die Sache erst zu „bearbeiten“ war? E. trägt sich ja mit der stillen Hoffnung, noch vor Sonntag eine Antwort zu erhalten.

Reinickendorf-Ost.

Zum Kandidaten für die am kommenden Sonntag, den 5. Juli, nachmittags von 2 bis 7 Uhr, stattfindende Gemeindevertreterwahl nominierte die Mitgliederversammlung des Wahlvereins den Genossen Reinhold Lorenz, Kardorffstr. 58/59. Weiter beschloß die Versammlung nach einem Rekurs der Genossin Ruben die Erhebung eines obligatorischen Monatsbeitrages von 10 Pf., von allen männlichen Mitgliedern. Die zu erwartenden Reibereinnahmen sollen für die proletarische Jugendpflege Verwendung finden.

Neuenhagen (Ostbahn).

Aus der Gemeindevertretung. Von einem Parzellierungsterrain im Ortsteil Niederheide will der Besitzer Straßenland

an die Gemeinde kaufen und lastenfrei auflassen. Der Gemeindevorstand macht die Liebernahme von der Abschließung eines privatrechtlichen Vertrages abhängig und verlangt die unentgeltliche Pergabe eines circa 3 1/2 Morgen großen Platzes für die Gemeinde. Nach dem Vertrage darf die Gemeinde bei Erteilung von Bauerlaubnis in diesem Parzellierungsterrain eine Anliebergebühren von 20 Pf. pro Quadratmeter Grundstücksfläche erheben. Es wurde Vertagung und nochmalige Verhandlung mit dem Antragsteller beschlossen. — Genosse Köseling wurde in die Rechnungs- und in die Bibliotheks-Kommission und Genosse Höller in die Regierungskommission gewählt. — Auf Antrag des Gemeindevorstehers sollen die Angestellten der Gemeinde von der Krankenversicherungspflicht befreit werden. Nach eingehender Beratung wurde die Befreiung abgelehnt und beschlossen, die Krankenversicherungsbeiträge der Angestellten in voller Höhe auf die Gemeindefasse zu übernehmen. — Die späte Ausdehnung zur Verpachtung der Badeanstalt wurde gerügt. — Ferner wurde eine Vorlage über die Abrechnung des Schulneubaus verlangt.

Buckow.

Ueber die Frau in ihrer wirtschaftlichen Stellung einst und jetzt sprach in einer öffentlichen Versammlung im Gasthof Klotz Genossin Martha Demming. In ausführlicher Weise schilderte sie die Lage der Arbeiterklasse, die verheerenden Folgen der Frauen- und Kinderarbeit, die politische Rechtlosigkeit und die unzureichende Stellung der Frau in der heutigen Gesellschaft. Die Rednerin zeigte, wie die Frau als Arbeiterin genau so der Unterwerfung ausgesetzt sei, wie der Mann, und nur durch den Sozialismus sich befreien könne. Die Versammelten nahmen die Darlegungen mit lebhaftem Beifall entgegen.

Friedrichshagen.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst wurde vom Kassentribunalsprotokoll am 28. Mai Kenntnis genommen. Die Plätze L und K, welche die Gemeinde bisher vom Forstfiskus zu Spielwägen gepachtet hatte, sind nunmehr der Gemeinde kostenfrei zur Liebernahme angeboten worden. Die Vertretung stimmte dem Angebote zu. An Stelle des Herrn Schreiber wurde Herr Dornau als Bezirksvorsteher für die Armenverwaltung gewählt. Unter Mitteilungen gab der Bürgermeister bekannt, daß die Beschwerde des Haus- und Grundbesitzers wegen Festsetzung des Haushaltsbetrags, insbesondere wegen der erhöhten Wassergebühren, vom Kreisandrusch am 11. Juni abgewiesen sei. — In der geheimen Sitzung wurde beschlossen, das Parzellierungsterrain des Herrn Goldmann an der Rosanien-Allee und verlängerten Kurzstraße gegen eine jährlich zu zahlende Rente zu erwerben.

Petershagen-Fredersdorf.

Sein diesjähriges Sommerfest veranstaltet der Wahlverein am 5. Juli im Votum zum „Alten Deffauer“ in Petershagen. Außer Konzert eines starken Orchesters finden Gesangsvorträge des Gesangsvereins Sangeslust sowie turnerische Aufführungen der Freien Turnerschaft, Feuerwerk, Kanu-Fahrt für Kinder statt. Anfang 8 Uhr. Die Kaffeelücke ist von 2 Uhr ab geöffnet. Der Eintrittspreis beträgt 25 Pf.

Spandan.

Die städtische Wälderholungsstätte erfüllt noch immer nicht die Anforderungen, die an eine solche Anstalt gestellt werden müssen. Das liegt daran, daß die Stadt nur ungenügende Mittel zur Verfügung stellt. Sind doch in diesem Jahre nur 900 M. bewilligt worden, um erholungsbedürftige Kinder hier unterzubringen. Dieselben werden unentgeltlich mit der Straßenbahn hin und zurück befördert und erhalten in dem Erholungsheim auch das Mittagessen gratis. Weitere Nahrungsmittel bekommen die Kinder von der Stadt nicht.

Wir erwarten von einer Stadtverwaltung — die doch sonst für allen möglichen patriotischen Kram ein Geld übrig hat —, daß sie für die vollständige Verpflegung der Kinder sorgt und den Kindern wenigstens täglich 1 Liter Milch reichen läßt.

Klosterfelde.

„Von unten auf“. Dieses Thema behandelte am letzten Sonntag Genosse Stadthagen in einer Versammlung unter freiem Himmel. Ueber 200 Personen lauschten den Ausführungen des Redners. Großer Beifall folgte den Ausführungen des Referenten. Da sich zur Diskussion niemand zum Wort meldete, ersuchte Genosse Siebel, die proletarische Jugend zu sammeln, um die Bestrebungen der Jungdeutschlandbündler zu durchkreuzen, wenn auch für diesen Ort 200 M. aus dem Millionenfonds bewilligt worden sind. Mit einem brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie schloß Genosse Junter die imposante Versammlung.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Kaulsdorf. Donnerstag, den 2. Juli, abends 7 Uhr, im Gemeindejugendklub, Adolfftr. 25.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Witterungsübersicht vom 1. Juli 1914.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temper. in Grad C.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temper. in Grad C.
Stinnewitz	764,5	SSW	1	wolkig	22	Caparanda	757,5	SSW	3	bedeckt	14
Hamburg	764,5	SSW	1	Dunst	21	Petersburg	762,5	SSW	1	heiter	16
Berlin	765,5	SS	1	wolkig	23	Schw.	770,5	SSW	7	halb bed.	15
Frankfurt a. M.	765,5	SS	1	wolkig	19	Aberdeen	763,5	SSW	3	halb bed.	13
Ramgen	763,5	SS	2	wolkig	20	Paris	762,5	SSW	1	wolkig	24
Wien	764,5	SS	1	heiter	18						

Wetterprognose für Donnerstag, den 2. Juli 1914.

Zunächst wieder vielwolkeiger, sehr warm und schwül, später neue Zunahme der Bewölkung, Gewitterneigung und etwas Abkühlung.

Berliner Wetterbureau.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitagmittag: Anfangs größtenteils heiter, sehr warm und schwül. Später zunehmende Bewölkung. Im Westen weitverbreitete, östlich der Ober vereinzelt Gewitter. Etwas Abkühlung.

Für Dauerwäsche ist nur das Beste gut genug!

ADLER

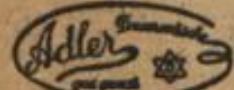
Dauerwäsche

Minderwertige Nachahmungen weisen man zurück!



Kalt abwaschbar!
Wirklich dauerhaft!
Elegantes Aussehen!
Große Ersparnis!
Nicht lackiert!
Unentbehrlich
für Reise, Sport u. Beruf!

Jedes Stück trägt diesen Stempel



Die Marke Adler ist geschützt!

Spezial-Verkaufsstellen:

Berlin S.: Dresdener Str. 50-51
" C.: Alte Schönhauser Str. 41
" N.: Chausseestraße 100
" N.: Behmstraße 30
" O.: Frankfurter Allee 18
Schöneberg: Akazienstraße 8
Charlottenb.: Wilmerdorf, Str. 143
Lichterfelde-W.: Knebeckstr. 11
Brandenburg a. H.: Hauptstr. 33



Adler-Dauerwäsche ist auch in vielen guten einschlägigen Geschäften zu haben oder durch die Zentrale: Berlin S 16, Dresdener Straße 50-51.

Katalog gratis und franko. Achten Sie aber auf den Namen „Adler“!

Kaiserhoch.

Genosse Wolfgang Heine sendet uns folgende Zuschrift:

Die Erörterung über das Eigenbleiben der Fraktion beim Kaiserhoch beim Schluß der Session ist im vollen Gange. Bereits wird die Frage auf Landesparteitagen und in Wahlkreis-Konferenzen besprochen, und es werden Beschlüsse gefaßt, die die Partei für die Zukunft auf gleichartige Aktionen verpflichten sollen.

Inzwischen tritt auch von Tag zu Tag in den immer festere Gestalt annehmenden Anschlägen der Reaktionskräfte die Wirkung dieser neuen Maßregel der Fraktion hervor. Man spricht in unterrichteten Kreisen von einer Reichstagsauflösung im Herbst, zu der natürlich ein beliebiger Vorwand herbeigezogen werden würde, die aber die Möglichkeit zu einer Wahlfrage unter „patriotischer“ Flagge geben würde. Was man am liebsten sogleich nach der Wahl von 1912 getan hätte, was man 1913 dank der umfänglichen Haltung der Fraktion zu den Deckungsgeboten bei der Militärvorlage nicht wagen konnte, das hofft man jetzt mit Hilfe der Verweigerung des Kaiserhochs erreichen zu können: Dezimierung der sozialdemokratischen Abgeordneten, Wiederherstellung der konservativ-meritokratischen Mehrheit, und als Folge Befehle gegen den „Umsturz“ und gegen das Koalitionsrecht.

Es ist absolut nichts zu gewinnen, wenn man in der Sozialdemokratie jetzt den Kopf in den Sand steckt und schweigt, zumal ja die Verteidiger des Vorganges vom 20. Mai keineswegs schweigen, sondern den Genossen zu beweisen suchen, daß darin eine besondere Klugheit gelegen hätte.

Wer wie ich davon überzeugt ist, daß die Fraktion unter den jetzigen Verhältnissen gar keinen schädlicheren Schritt tun können, der ist verpflichtet, den Genossen dies und seine Gründe dafür mitzuteilen. Ich habe das in den „Sozialistischen Monatsheften“ Nr. 11 getan, sehe mich aber genötigt, mich noch an das Zentralorgan zu wenden, nachdem der größte Teil der Parteipresse die geltend gemachten Einwände bis jetzt nicht mitgeteilt, sondern sich auf eine Verherrlichung oder doch Rechtfertigung des Vorganges beschränkt hat.

Eine solche Erörterung wäre Pflicht, selbst wenn die reaktionären Feinde der Partei daraus irgendwie Kapital schlagen könnten. Aber dies ist gar nicht einmal der Fall. Im Gegenteil: wer das Verhalten der Fraktion beim Sessionsschluß zu einer besonders großartigen prinzipiellen Aktion aufbaut, der erleichtert den Feinden der Sozialdemokratie ihr Spiel. Hingegen bereitet man ihnen eine Enttäuschung, wenn man der Öffentlichkeit die Wahrheit sagt, daß es nämlich ein verkehrter, durch die Grundzüge der Sozialdemokratie absolut nicht gebotener Schritt gewesen ist, daß er der Partei durch eine winzige Zufallsmehrheit, die nicht einmal die Mehrheit der Fraktion war, aufgezwungen worden ist, daß dies geschehen ist den Warnungen erfahrener Genossen zum Trotz, ohne Rücksicht auf die weit über die Bedeutung einer Augenblicksumgebung hinausgehenden Tragweite des Schrittes und — wie sich jetzt herausstellt — ohne daß die Mehrheit in sich selber klar und einig gewesen wäre, was sie damit eigentlich beabsichtigte.

Schon diese Feststellung erschwert die niederträchtige Ausschächtung des Vorganges gegen die Sozialdemokratie und gegen die parlamentarische Immunität und Bewegungsfreiheit.

Aber auch die Parteigenossen im Lande, die vielleicht anfänglich in dem Eigenbleiben eine heroische Demonstration oder einen famosen Witz gesehen haben mögen, erhalten auf diese Art reinen Wein eingeschenkt. Und das entspricht sowohl demokratischen Grundsätzen als der praktischen Notwendigkeit.

Das Stimmverhältnis bei der Entscheidung in der Fraktion ist bereits mehrfach öffentlich erörtert worden. Es stimmten 50 für und 47 gegen das Eigenbleiben. Nachträglich erklärten sich von den Nichtenden 8 dagegen, 2 dafür, so daß die Stimmen standen: 52 dafür, 55 dagegen. Die Fraktion hatte damals 110 Mitglieder. Selbst wenn man alle drei, die nicht gestimmt haben, im Widerspruch zu aller parlamentarischen Praxis für das Abgehen von der bisherigen Sitte zählen wollte, stünden die Stimmen gleich, die Mehrheit hätte also keine Mehrheit gehabt. Es darf aber wohl daran erinnert werden, daß so folgenschwere Entscheidungen in der Gewerkschaften nur mit verstärkter Mehrheit beschlossen werden dürfen. Das politische Verantwortlichkeitsgefühl hätte erfordert, auch hier nicht gegen den Widerspruch der Hälfte der Fraktion eine Neuerung, von so bedenklichen Konsequenzen einzuführen.

Und wie gelang, ohne daß die entscheidende relative Mehrheit sich über die Gründe klar gewesen wäre. Der „Vorwärts“ rechtfertigte die Demonstration am ersten Tage als Protest gegen die Unterdrückungspolitik der Regierung, später feierte er sie als dringend notwendige und höchst wirkungsvolle Kundgebung gegen den Byzantinismus, am 8. Juni entdeckte er darin eine Keuschung des „Klassenkampfes“. Die „Leipziger Volkszeitung“ feiert die Betonung der republikanischen Grundzüge. Genosse Dittmann aber, der es eigentlich wissen muß, sagt, das Eigenbleiben sei überhaupt keine Demonstration gewesen, sondern nur bestimmt gewesen, das unschöne Hinauslaufen zu vermeiden und die Fraktion vor Ueberumpelungen zu schützen. Ja selbst kann nicht ausagen, was beabsichtigt war, denn ich war verhindert, an den betreffenden Besprechungen teilzunehmen. Es scheint aber, daß die Einzelnen sich sehr verschiedenes bei der Sache gedacht haben. Hat auch einer an den Einfluß auf die Machtstellung der Partei gedacht?

Auf diese Folgen für die Partei — selbstverständlich nicht für einzelne Personen — lege ich das Gewicht. Nicht auf juristische Epigrammen, wie der „Vorwärts“ es darstellt, ohne seinen Lesern das mitzuteilen, was ich wirklich gesagt habe. Die staatsrechtlichen Erwägungen kamen für mich nur in Betracht zum Beweise, daß keine Rücksicht auf politische Ehre und Ansehen, von der bisherigen Gepflogenheit abzugehen. Auch nicht ängstliche Rücksicht auf als jüngerliches sogenanntes Tatgefühl wollte ich nehmen, wie der „Vorwärts“ in einem Heftchen vom 12. Juni den Gegnern des Eigenbleibens billig genug unterstellt. Meinestwegen hätten alle Prüftler jammern können, wenn für unsere Sache ein Erfolg, eine Steigerung unserer Macht herausgekommen wäre.

Aber das Gegenteil davon ist die Folge: das habe ich nachgewiesen, und das hat niemand wiederlegt. Den Fall verlange ich allerdings von Politikern, daß sie fühlen, was ihre Sache fördert und was sie schädigt.

Die Sozialdemokratie hat ohnehin nicht die Macht, die ihren mehr als vier Millionen Reichstagsstimmen und 111 Abgeordneten entspräche. Wir sind bei aller zahlenmäßigen Ausdehnung nicht imstande, die Regierung an der Befestigung unserer Stellung und der Verfolgung unserer Anhänger zu hindern. Die Reaktion droht dreist mit neuen Ausnahmegesetzen und mit Vernichtung des Koalitionsrechtes.

Die Hoffnung dieser arbeitereindlichen Politik beruht auf der Sammlung aller Parteien gegen die Sozialdemokratie. Ist diese gelungen, so helfen uns alle Reden und Demonstrationen nichts.

Dagegen beruhen unsere Aussichten für das nächste Jahrzehnt, ja wahrscheinlich darüber hinaus, darauf, daß wir diese volkreiche Sammlung hinterziehen, daß wir der politischen und freilichen Reaktion eine freiheitsfreundliche Samm-

*) Reine von verschiedenen Seiten bezweifelte Mitteilung über die Auflösung der Webel noch 1913 bis zum Ende seiner parlamentarischen Tätigkeit von dieser Frage gehabt hat, beruht auf einer Keuschung Webels nach der mehrfach erwähnten letzten von ihm geleiteten Fraktionsitzung, in der die Beibehaltung der bisherigen Praxis beschlossen wurde. Diese Keuschung ließ nichts weniger erkennen als eine „Enttäuschung“ Webels durch den Beschluß.

lung entgegenstellen. Oder weiß jemand etwas anderes wirksames zu empfehlen?

Natürlich würden wir auch mit Hilfe solcher Koalition nicht ebensowenig einen sozialistischen Zukunftsstaat errichten können, und auch die freilichlichen und sozialen Reformen würden unanziehlich der Stellung unserer Bundesgenossen von rechts zu diesen Fragen und des unter den Verbündeten Regierungen herrschenden Geistes nur stösend vorwärtskommen. Aber eine durch Koalition gewonnene halbe Macht ist immer besser als eine intransigente Ohnmacht. Auch von agitatorischen Gesichtspunkten aus; denn wir dürfen dem Volke nicht das Schauspiel bieten, daß die größte Partei, der es sein Vertrauen geschenkt hat, nicht das geringste zum Schutze seiner Rechte erreichen kann. Mit Reden und Anträgen allein kann eine kleine Sekte wirken, an deren Zukunft man glaubt. Von einer großen Partei verlangt das Volk Gegenwart, Leistungen, Erfolge; und ganz mit Recht!

Die Kaiserhochaffäre hat nun die Hoffnungen aller Scharfmacher schweren lassen. Es ist eine Irrführung, wenn jetzt den Genossen erzählt wird, die Demonstration hätte wie eine Bombe gewirkt, hätte erzieherische Folgen gehabt, hätte die Gegner in bloßen Schreden versetzt usw. Das Gegenteil ist der Fall: Die größten Feinde des Volkes geben sich gar keine Mühe, ihre Freude über diese ihnen so gelegene Aktion unserer Partei zu verbergen. Haben wir wirklich Grund, stolz zu sein auf einen Schritt, der uns nicht das geringste nützt, aber den Gegnern das Schreien nach Ausnahme- und Mauthochgesetzen, nach Einigung aller bürgerlichen Elemente, nach einer Reichstagswahl unter dem Feldgeschrei „Das Vaterland in Gefahr“ erleichtert?

Die Konzeptionen und Zentrumsleute samt ihrem rechtsnational-liberalen Anhang haben auch nie verhehlt, worin sie sich am meisten fürchten, nämlich vor einer Wiederholung und einem Ausbau des bei den letzten Wahlen zum erstenmal versuchten planmäßigen Zusammenwirkens der Sozialdemokratie mit der bürgerlichen Linken bei den Wahlen, wovon allerdings ihre Herrschaft einen völligen Zusammenbruch zu erwarten hätte. Was man nun zehnmal beweisen, daß die Fraktion aus wer weiß wieviel Gründen berechtigt gewesen wäre, auf ihren Stühlen sitzen zu bleiben, oder daß sogar eine sehr große und schöne Genügnung sich darin offenbarte, so fragt sich doch: war es wirklich klug, von diesem Rechte Gebrauch zu machen zu einer Zeit, wo es uns die notwendige Wahlkraft erschwerte und den Volkseindern einen Stein vom Herzen nimmt?

Daß solche Schädigung unserer Wahlarbeit eintreten wird, gibt die „Leipziger Volkszeitung“ zu. Dasselbe gilt aber auch von unserer Stellung im Reichstage. Aus diesem Grunde und nicht aus Imperiosität habe ich darauf hingewiesen, daß die parlamentarische Zusammenarbeit erschwert wird durch Demonstrationen, die den größeren Teil des Hauses unnötig in seinen Gefühlen verletzen. Es ist nun einmal nicht anders: Wenn vierhundert Leute verschiedener Ansichten in einem Saale miteinander arbeiten wollen, so muß man zu den sachlichen Schärpen, die in keiner Weise abgehempft werden dürfen und sollen, nicht überflüssige Verschärfungen der Form hinzufügen. Ich bin überzeugt, daß das alle Genossen sehr wohl verstehen; halten doch gerade die Arbeiter in den Versammlungen mit weitgehender Strenge auf parlamentarische Korrektheit. Nun ist dies Kaiserhoch eine alte, eingebürgerte Sitte, eine Kundgebung, die der staatsrechtlichen Stellung derjenigen Persönlichkeit gilt, der nun einmal nach Art. 11 der Verfassung das Präsidium des Bundes zusteht. Es ist gewiß eine überflüssige Sitte, aber eine, die bisher nur alle paar Jahre einmal zur Anwendung kam, und noch lange nicht so abgeschmackt, wie sehr vieles in anderen Parlamenten. Fast 50 Jahre sind verfloßen, seit Sozialdemokraten im Reichstage sitzen, und nie hat einer diesen Gebrauch durch etwas gestört, das gleichgültig, was beabsichtigt war) von der Mehrheit als Demonstration gegen eine von ihr dem Reichsoberhaupt gewidmete Höflichkeit empfunden werden konnte. Was es 47 Jahre lang nicht gegen die Ehre der Partei, diese Kaiserhochs nicht zu feiern, so wäre es wohl auch noch weiter in der alten Weise gegangen.

Man hat dagegen angeführt, die Reichsheitsparteien sollten doch auf unsere Gefühle Rücksicht nehmen und im Reichstage solche Kundgebungen ihrer Genügnung unterlassen. Aber das ist nur ein Scheingrund, denn sie sind eben die Mehrheit, und sie zwingen uns ja nicht, in ihr Hoch einzuknien, was freilich eine Vergewaltigung wäre. Außerdem entspricht ihr Vorgehen tatsächlich den Verhältnissen des staatsrechtlichen Gebäudes, von dem das Parlament einen Teil bildet; so aufgelöst enthält eine so seltene, nicht eigens zu unserer Kränkung herbeigezogene Cavation nichts, das unsere Gefühle verletzen könnte.

Der „Vorwärts“ pries das Eigenbleiben anfänglich als Protest gegen die schlechte Regierungspolitik, dann als Mittel zur Bekämpfung des Byzantinismus.

Die Verquickung des persönlichen Regiments mit konstitutionellen Formen ist freilich ein Grundübel unseres noch halbfeudalen, niemals wirklich bürgerlich, geschweige denn demokratisch gewordenen Staatswesens. Aber man befreit die Webel nicht, indem man sich seiner Phrasologie anbequemt. Wenn der Säkularisationskonzeption jeden Erfolg der Nation dem Herrscher als persönliches Verdienst anrechnet, dient dies den Zwecken des Byzantinismus; wenn aber die Sozialdemokratie den Kaiser für die verkehrte Regierungspolitik verantwortlich macht, so verfällt sie derselben Unklarheit, ja sie verleugnet die Grundgedanken der marxistischen Geschichtstheorie und sie schädigt ihre eigenen Interessen, die eine strenge Auseinandersetzung von Staat und Dynastie erheischen.

Zur Bekämpfung des Byzantinismus haben wir andere Mittel und haben — denke ich — es nie an ihrer Anwendung fehlen lassen. Das Uebel der Fürstendämmerung, heuchlerischen und unwürdigen Anheimelung der Fürstendämmerung hat seine Wurzel im Gefühlsleben und ist deshalb nicht so leicht auszurotten. Berechtigte Empfindungen der Liebe zum Vaterland und zum eigenen Volke verbinden sich darin mit völlig schiefen Vorstellungen von den wirklichen Leistungen der Dynastie. Gefühlsmäßiger Personenkult ist immer bequemer als sachliche Würdigung. Diese Verwirrungen unentwickelten Geistes löst man jedoch nicht mittels Ueberlegen; als solche aber empfinden die noch in diesen Ideen Stedenden die Störung ihrer Ehrfurchtsbeziehung.

Auf diese Art wird kein Mensch gebessert und aufgearbeitet und keinem etwas gesagt; denn daß wir Sozialdemokraten keine byzantinischen Empfindungen haben, brauchen wir doch wahrlich nicht mehr zu beweisen.

Und mit der Betonung des republikanischen Charakters der Partei, worin die „Leipziger Volkszeitung“ den Wert der Tat sieht, steht es nicht besser. Die Republik ist gewiß eine ideale Staatsform, die einige, die sich vernunftgemäß begründen läßt; und tausend Dinge, die wir in Deutschland erleben, sind nicht angeht, die monarchische Staatsform zu rechtfertigen. Aber vernünftige Ideen vertritt man mit Vernunftgründen, nicht mit einer Handlung, die schon rein in ihrer äußeren Erscheinung mit Gedanken nicht zu tun hat. Außerdem liegt die Herstellung der Republik im Deutschen Reiche gegenwärtig und für lange Zeit so außerhalb aller absehbaren Möglichkeiten, daß sie wirklich nicht Gegenstand unserer Tagespolitik ist. Es gibt doch keine deutschen Sozialdemokraten mehr, die es für eine Aufgabe unserer heutigen Politik hielten, die gegenwärtige Staatsform mit Waffengewalt zu stürzen; dies aber wäre die Voraussetzung der deutschen Republik. Nein, die Sozialdemokratie hat sich näherliegende, praktisch denkbare, durch die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse gegebene Ziele und Aufgaben gesetzt. Die Arbeit für diese ist jetzt das Wichtigste. Deshalb scheint mir auch eine Demonstration für die Republik jetzt nicht so unerlässlich, daß es zu rechtfertigen wäre, ihre wegen der Partei politische Schwierigkeiten zu schaffen.

Eine solche Notwendigkeit scheint allerdings der „Leipziger Volkszeitung“ vorzuschweben, wenn sie schreibt, daß die Politik der Partei auch auf die nicht materiellen Bedürfnisse der Anhänger Rücksicht nehmen müsse. Ich bin nun der letzte, der die Erheblichkeit solcher seelischer Faktoren in der Politik bestreite. Jetzt die Regierungspolitik den Anhängern unserer Partei unaufhörlich, daß sie außerhalb des Rechts stehen, wird schon der Verkehr mit ihnen als infamierend behandelt, wird ihnen jede notwendige, ungenügende, edle Arbeit für ihre und ihrer Familien und Klassenangehörigen Wohl und Heile durch Willkür und Unterdrückung verweigert, so begreife ich es vollkommen, daß es Genossen gibt, die sich freuen, wenn auf alle diese fortgesetzten Niederträchtigkeiten derb geantwortet wird. Und nachdem wiederholt gerade Mitglieder regierender Familien sich in den fränklichsten Worten über die Sozialdemokratie geäußert haben, ist es schon begreiflich, daß der Wunsch sich regt, eine Antwort auch gerade an die Dynastie als solche zu richten. Das ist der einzige Zusammenhang, der hier mit dem „Klassenkampf“ konstruiert werden kann.

Aber wenn ich dies alles zugebe, so steckt in der Aktion und ihrer Ausführung eben doch ein Irrtum, der durch einen Teil der jetzigen Erörterungen in der Partei verstärkt wird. In Wahrheit wirkt dies Eigenbleiben beim Kaiserhoch gar nicht als eine derbe, kraftvolle Antwort. Der Akt sieht nicht einmal so aus, sollte auch, wie wir von Genossen Dittmann wissen, gar nicht so ausgeführt werden, sondern wird nur nachträglich auf dem Zeitungspapier so ausgeschmückt.

Und ferner: so starke Bedeutung solche Gefühlsmomente als Triebkraft zum politischen Handeln haben, dies Handeln selbst muß immer durch den Verstand reguliert sein, durch Berechnung des dadurch zu Erzielenden und seiner ungewollten Folgen. Auch die schönste Befriedigung des berechtigten Gefühls wird eine politische Torheit, wenn sie der Sache schadet. Man denke auch nicht, daß es ein weniger starkes Empfinden, eine geringere Entrüstung über unsere unerträglichen Verhältnisse verriete, wenn wir solche Gefühlsausbrüche unterließen; es beweist nur mehr Selbstbetrügnung und Verantwortlichkeitsgefühl, also mehr politischen Sinn. Ich möchte wahrhaftig auch manchmal lieber meine Entrüstung ausstößen; aber das Vergnügen Fensterzerbrechen einzuschmeißen wird etwas teurer, wenn es die eigenen sind.

Wenn man der großen Masse der Genossen dies deutlich sagte und ihnen klar machte, wie der Vorgang geschadet und die Arbeit unserer schlichten Feinde erleichtert hat, in welche Schwierigkeiten und unmöglichen Konsequenzen die Partei hineingetrieben wird, wieviel wirksamere Formen es andererseits gibt, um an unseren politischen Zuständen, am persönlichen Regiment und dem Servilismus der Politik scharfe Kritik zu üben, so zweifle ich nicht einen Augenblick, daß die meisten Genossen, namentlich die Arbeiter, die so oft im Leben genötigt sind, sich den äußeren Tatsachen anzubequemen, mit der ihnen eignen Ruhe sagen würden: „A dann nicht!“

Die Konsequenzen des Vorganges sind in der Tat ganz unaussprechbar. Auf meine Frage, ob diese Demonstration fortgesetzt werden sollte, bis unsere Ansprüche auf Gerechtigkeit befriedigt sind, ob es dann nicht nötig wäre, je nach dem größeren oder geringeren Entgegenkommen der Regierungspolitik Abstriche einzutreten zu lassen, habe ich noch keine Antwort bekommen. Niemand hat widerlegt, daß solche Kundgebungen, regelmäßig wiederholt, zu völlig leeren Formen werden, selbst wenn sie äußerlich eindrucksvoller und aktiver ausfallen als diese.

Ferner aber: soll es Pflicht für die Genossen werden, dieselbe Demonstration auch in allen Landtagen, Gemeindevorstellungen, Stadtverordnetenversammlungen, und wo sie sonst gerade sind, regelmäßig auszuführen? — Oder ist das nur Pflicht, wo die parlamentarische Immunität vor unangenehmen Folgen schützt? — Das wäre doch wohl wenig prinzipienfest.

Und wenn (worüber die Reaktionskräfte beraten) die Verpflichtung zur Teilnahme an solchen Kundgebungen für alle im Saal befindlichen Mitglieder des Hauses in der Geschäftsordnung festgelegt würde; sollen wir dann erzwungen werden zu dem alten Verfahren zurückkehren? — Wäre das würdiger, als wenn wir es nie verlassen hätten? — Oder sollen wir dieser Höflichkeit größere Bedeutung beilegen als dem Eid auf die Verfassung mit allen seinen monarchistischen Klauseln, dem sich unsere Genossen überall anbequemen, wo er staatsrechtlich erfordert wird?

Von welcher Seite man diese unglückliche Aktion auch ansieht, sie bringt die Partei in Schanden und Schwierigkeiten, sie ist unlogisch und niemals konsequent durchzuführen.

Diente sie nun gar, wie Dittmann behauptet, überhaupt nicht einer Demonstration, sondern sollte sie nur den nicht sehr erhebenden annuitenden pöblichen Klassenmarktschreier und vor Ueberumpelungen schützen, so war sie erst recht solche Folgen nicht wert, denn beide Ergebnisse hätten sich auch auf andere Weise leicht erreichen lassen.

So ist und bleibt die ganze Maßregel ein verunglücktes, verlorenes Unternehmen; es hat die Partei in eine Sackgasse hineingetrieben, aus der ihr herauszubekommen die Pflicht jedes Genossen ist.

Verständlich und zu rechtfertigen wäre der Akt seiner Wirkungen wegen nur, wenn eben diese Folgen gewollt wären, wenn die Absicht bestünde, die Partei vor jeder Zusammenarbeit mit anderen bei den Wahlen und im Parlament fernzuhalten, sie zu isolieren, sie auf eine Politik ohnmächtiger Proteste, auf eine inhaltlose Intransigenz festzusetzen. Und wenn man (da dies, konsequenter durchgeführt, die Vertretung der Partei im Reichstage, den Landtagen und den Kommunen lähmen und die Unterdrückungspolitik der Gegner fördern würde) einer politisch niedergeborenen Sozialdemokratie die moralische Kraft und den Rückhalt im Volke zutraute, die nötig wären, um auf dem Wege der Gewalt das zu versuchen, was ihr auf dem Wege der Agitation nicht glückte.

Das wäre der Weg, auf dem die reaktionären Gewaltmenschen die Sozialdemokratie gern hätten möchten, von dem aber alle unsere Volkstümper die Partei zurückgehalten haben, selbst der Schmach des Sozialistengesetzes gegenüber.

Ich glaube verheimlichen zu können, daß unter den 52 Genossen, die für das Eigenbleiben beim Kaiserhoch gestimmt haben, auch nicht einer ist, der solche Absichten hätte. Um so eher kann ich sagen, daß ihr Beschluß wenig gut überlegt war. Ein Versuch, diese „neue Taktik“ zu vereinigen und jeden Sozialdemokraten zur Beteiligung daran zu zwingen, würde daraus erst das machen, was sie gar nicht sein sollte, nämlich eine fortgesetzte, alle anderen Parteien gegen die Sozialdemokratie aufreizende und zusammenführende Störung der parlamentarischen Gepflogenheiten.

Die Einigung der einzelnen Mitglieder würde nun gar einen ganz undenkbar Zustand schaffen. Als einige Genossen bei den Abstimmungen über die Erbschaftsteuer die Abstimmung fernhielten, hat kein Mensch ihnen einen Vorwurf daraus gemacht, obgleich es sich doch um wichtige politische Unternehmungen der Partei und praktische Ergebnisse handelte. Um wieviel weniger kann man jemand zwingen, an einer bloßen Demonstration teilzunehmen!

Wolfgang Heine.

„Den Akt,“ sagt Genosse Heine, „verlange ich allerdings von Politikern, daß sie fühlen, was ihre Sache fördert und was sie schädigt.“ Jawohl! Und deshalb ist es ein durchaus berechtigtes Verlangen, das mit vereinzelten Ausnahmen die ganze Partei an ihre verantwortlichen Politiker stellt, daß sie nicht zur Zeit einer beispiellos verlogenen Hege auch noch gegen die Haltung der Partei Stellung nehmen, statt den Gegnern entgegenzutreten. Wenn Genosse Heine freilich sich Augen von der Wirkung seines Aufstretens verspricht, so fehlt uns für eine solche Illusionsfähigkeit jedes Ver-

händnis. Die Gegner werden seine harte, falsche und ungerechte Kritik rückwärts für ihre Zwecke benutzen, ohne sich um die Motive oder auch um die Einschränkungen Heines zu kümmern.

Aber wir sind stark genug, um mit unseren Gegnern fertig zu werden, selbst wenn sie aus den Reihen der eigenen Partei zwar nicht beabsichtigte, aber ihnen sehr erwünschte Unterstützung finden, und wir sind stolz genug, die Toleranz und die Meinungsfreiheit, die in unserer Partei herrscht, Freund und Feind zu demonstrieren, selbst wenn wir meinen, daß der Gebrauch in manchen Situationen sehr an Mißbrauch grenzt.

Und nun zu den Ausführungen Heines selbst. Mit einigem Erstaunen werden wohl die meisten Parteigenossen diese Schwarzmalerei gelesen haben. Glaubte man Heine, so würde ein an sich wirklich nicht weltbewegendes Ereignis, wie es die Kenderung der Art der Nichtbeteiligung an einer höflichen Kundgebung ist, die schwersten politischen Folgen nach sich ziehen. Die Sozialdemokratie wäre völlig isoliert, jedes Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien für alle Zukunft unmöglich, die Gewinnung neuer Anhänger unterbunden, die Bahn frei für alle von den Scharfmachern gewünschten Ausnahmemaßnahmen.

Und das alles, weil unsere Fraktion ihrer republikanischen Gesinnung einen anderen — wie wir glauben — würdigeren Ausdruck gegeben hat! Der französische Luftschiffpiloter Scribe läßt einen blutigen Krieg aus einem — Rasenstüber entstehen. Genosse Heine schreibt keine Komödien, aber die erste Wirkung seines Artikels auf die Masse der Parteigenossen wird kaum eine andere sein, als die einst Scribe auf unsere Väter ausübte.

In der Tat, es fällt trotz allem und trotzdem wir wissen, daß aus Heines Artikel ja wirklich ernste Sorge spricht, es fällt trotzdem schwer, bei diesen Debatten ernst zu bleiben. Man denke sich nur folgenden: Die sozialdemokratische Fraktion wäre bisher bei dem Kaiserhof stets auf den Plätzen geblieben; nun beschloß sie, ihre Nichtbeteiligung schärfer zu betonen und den Saal zu verlassen. Ja, zweifelt denn jemand, daß alsdann dieselbe verlogene Hege losgegangen wäre, daß die konservativen Interessenpolitiker nicht das selbe heuchlerische Spiel getrieben hätten? Und eine Partei, wie die deutsche Sozialdemokratie, sollte sich wirklich dadurch einschüchtern lassen und ein reumütiges pater peccavi, Vater, ich habe gesündigt, stammeln? Die Frage stellen, heißt sie beantworten.

In Wirklichkeit sind die Befürchtungen Heines maßlos übertrieben. Aber träfen sie zu, würde wirklich die konservative Hege solche Erfolge zeitigen, dann wäre das für uns erst recht kein Grund, dem Kampf auszuweichen. Denn hätte Heine recht, wäre Deutschland wirklich noch so sehr die politische Kinderstube, wären die Massen so hilflos und unreif, dieses Spiel ihrer Todfeinde nicht zu durchschauen, dann müßte erst recht dieser Kampf ausgefochten werden, dann müßten wir uns mit aller Energie dieser Aufklärungsarbeit unterziehen, um wenigstens für die Zukunft vor Enttäuschungen und Mißschlüssen sicher zu sein.

Heine sieht aber Gelpenster. Die sozialdemokratischen Massen in Deutschland wissen, daß ihre Partei republikanisch ist, sie wollen keine Verhüllung ihrer Ziele, und was sie verlangen, ist nicht anglistische Rücksichtnahme auf die immer rücksichtsloser werdenden Gegner, sondern Verschärfung des Kampfes und stürmischeres Vorgehen.

Heine gelangt allerdings zu seiner Stellungnahme aus Auffassungen heraus, die der großen Mehrheit der Partei — und auch der Fraktion — völlig fremd sind. Er besorgt, daß unsere Bewegung einen Rückschlag erleide, wenn sie nicht den Massen unmittelbare, greifbare, positive Erfolge bringen könne. Diese Sorge ist so alt wie die sozialdemokratische Bewegung selbst und sie erfüllt nicht nur sehr rechtsprechende Genossen, sondern manchmal auch sehr linksstehende. Und sie verführt beide zu — im Grunde genommen wesensgleichen — falschen Schlussfolgerungen. Ist die Situation für die Erregung von Erfolgen ungünstig, so schieben sie die Schuld auf taktische Mängel. Meinen die einen, wir müßten die Gegner durch größere Zurückhaltung zu Zugeständnissen geneigter machen, so glauben umgekehrt die anderen, daß nur die allzu große Behutsamkeit der Taktik die Schuld an dem langsamen Tempo unseres Vormarsches trage. Die marxistische Auffassung hat diesen Wunderglauben an die Taktik nie geteilt. Für sie war immer das entscheidende die Situation, der die Taktik angepaßt werden muß, und nicht die Taktik, die angeblich die erwünschte Situation herbeiführen kann. Sie hat deshalb immer und immer wieder den Massen einzupreigen versucht, daß innerhalb des Kapitalismus der Spielraum für Erregung von Reformen nur ein begrenzter ist und daß keine Taktik irgendwelcher Art daran viel ändern kann. Gerade deshalb sind wir ja Sozialrevolutionäre und nicht Sozialreformer, die sich einbilden, schon innerhalb des Kapitalismus freie Bahn für die Durchführung immer weiterer Reformen zu haben.

Deshalb haben wir auch den Massen immer gesagt: Mit der Macht der Sozialdemokratie wächst zugleich der Widerstand, die Organisierung und der Abwehrwille der Gegner. Die Entwicklung verläuft nicht so, daß mit Zunahme unserer Macht die unserer Gegner ausgehöhlt wird. Sondern es handelt sich um den Kampf zweier in immer festeren Organisationen zusammengeschlossener Machtzentren. Gerade unser Wachstum hindert die Gegner an Zugeständnissen. Nicht auf einzelne positive Erfolge, so erstrebenswert sie sind, können wir unter allen Umständen rechnen, sondern auf das Wachsen und das Sammeln der Kraft des Proletariats für die schließliche

Durchführung seines Klasseninteresses, der Beseitigung des Kapitalismus. Deshalb lehnen wir auch jede Taktik der Zurückhaltung, des Verhüllens unserer Ziele ab. Sie täuscht nicht unsere Gegner, sondern nur die Massen. Sie hindert uns an der Verwirklichung unserer Macht, an der Aufklärung unserer Anhänger, sie verdunkelt die klare Erkenntnis der Interessen und Aufgaben der Arbeiterklasse.

Und diese Politik ist nicht etwa nur richtig vom Standpunkt des sozialistischen Endziels, sie ist auch die ungleich praktischere für die Gegenwartspolitik. Heine fürchtet den Erfolg der Sammlungspolitik und Scharfmacher, weil die Fraktion sitzen geblieben ist. Ach nein! Diese abgebrühten Leute, die die Vorbereitungen für den neuen Fühlerzug bei dem Postamt durch die Knebelung der Arbeiterklasse treffen wollen, bekämpfen uns wahrlich nicht wegen unserer republikanischen Gesinnung. Würde die Republik bessere Gewähr für Forderungen und vermehrte Abstufungen, sie wären alle begeistert Republikaner. Sie kämpfen ihren Klassenkampf für Erhaltung ihrer Herrschaft und unserer Knechtschaft, und um den Vorwand sind sie nie verlegen. Die Arbeiterklasse mühte sich nicht bloß auf die eine oder andere an sich nicht sehr bedeutende Demonstration verzichten, sondern sie mühte sich selbst aufzugeben, um ihre Gegner zu verzögern.

Wenn diese Politik der Sammlung, für die starke Interessen der Besitzenden sprechen, Widerstände bei bürgerlichen Parteien findet, so nur dann und nur soweit, als sie die Macht der Arbeiterklasse hervorruft. Wenn die Fortschrittspartei diese Sammlungspolitik nicht mitmacht, so deshalb, weil sie durch ihr Interesse daran — zunächst wenigstens — gehindert wird. Sie muß einmal Rücksicht nehmen auf die großstädtischen Konsumtenten, auf die immer mehr Bedeutung gewinnende Klasse der Angestellten in Handel und Industrie, und so dann auf die gewaltige Stimmennacht der Sozialdemokratie. Nicht weil wir unsere Politik abschwächen, sondern weil wir stark geworden sind, müssen andere Rücksicht auf uns nehmen. Können wir selbst Konzessionen, stumpfen wir die Schärfe des Klassenkampfes ab, so — das beweisen die Mißerfolge der Großblockpolitik — schwächen wir uns nur selbst und fördern damit letzten Endes erst recht die Sammlungspolitik.

Wir wollen schließen. Nur um die Auseinandersetzung über die grundsätzliche Motivierung, die Heine seiner Stellungnahme gab, war es uns zu tun. Der Anlaß selbst ist so kleinlich, daß wir darüber nicht viel Worte verlieren brauchen, und das um so weniger, als die Stellungnahme der Parteigenossen eine fast einmütige zu sein scheint. Die Gegner verjüchen, die Stellungnahme der Fraktion zu einer Auseinandersetzung über die Frage der Staatsform zu gestalten, sie suchen nach Mitteln, das Wesentliche zur Republik unmöglich zu machen. Wir begrüßen diese Auseinandersetzung als Gelegenheit, nächste Aufklärungsarbeit zu verrichten, und warten die angebotenen Maßnahmen in aller Gemütsruhe ab. Uns jetzt über künstliches Verhalten zu äußern, lehnen wir als unpraktisch ab. Im übrigen: Wange machen gilt nicht. Wir wissen, daß wir in Zeiten verschärften Kampfes, gesteigerten Gegensätze leben. Das zu verhehlen, halten wir für zwecklos und schädlich. Je klarer die Massen sehen, je weniger Illusionen sie sich machen, um so besser. Das Eigenbleiben wie das Verhalten unserer Vertreter zum höchsten Schnid-schnos überhaupt hat an sich keine große Bedeutung. Es gewinnt solche aber, wenn es zum Symptom taktischer Auffassung wird wie bei Heine, oder wenn es zum Anlaß eines konzernistischen Angriffs der Gegner auf Grundüberzeugungen der Partei wird, wie es jetzt geschehen ist. Dann werden solche Demonstrationen Signale zu neuen Kämpfen. Das Signal ist unwichtig, aber um so wichtiger der Kampf. Und in diesem Kampf wird die Partei — hinter sich in unerschütterlicher einiger Front die Massen des arbeitenden Volkes — ihren Mann stellen wie bisher, so auch in Zukunft. Vor dem Ansturm der Gegner keinen Schritt zurück, sondern v o r w ä r t s !

Der Denkmalsprozess und die Klassenstaatliche Rechtsprechung.

Dieses Thema beschäftigte am Dienstag zwei Parteiversammlungen, von denen die eine im zweiten, die andere im sechsten Kreise stattfand. Der schöne Garten der Vordrauerer am Tempelhofer Berg lodte an dem schönen Sommerabend die herankommenden Massen zum Verweilen. Doch der Zweck des Kommens war nicht, im Garten zu ruhen und der Erholung zu pflegen. Das Ziel der vielen Arbeiter und Arbeiterfrauen war vielmehr der große Saal der Vordrauerer, in dem die Genossen des 2. Reichstagswahlkreises gegen die Klassenjustiz im allgemeinen und gegen das Urteil, das über die Charlottenburger Denkmalschmüher gefällt wurde, im besonderen zu protestieren. Man sah es den Frauen und Männern an, welche innere Erregung sie ergriff, als der Referent Genosse Dr. Weissbach aus dem ungeheuren Buß der Klassenurteile einige in die Erinnerung zurückrief.

Die Urteile waren den Anwesenden zum großen Teil schon durch den „Vorwärts“ bekannt und dennoch wirkte die Besprechung derselben erneut wie Feilschenhebe. Besondere Entrüstung rief die Gegenüberstellung der milden Bestrafung von Soldatenschildern hervor, die der Verletzung des Menschentums, ja der Gesundheit ihrer Untergebenen angeklagt sind, mit der ungeheuerlichen Bestrafung von 1½ Jahren Gefängnis für die Beschmutzung toten Steins.

Die Stimmung der Versammlung ließ es deutlich erkennen, wie verhebt die Massen sind. Verhebt aber nicht durch die Sozial-

Demokratie, sondern durch die, die solche Urteile fällen, sie billigen und zu noch immer größeren Ungeheuerlichkeiten aufordern.

Die Tellerfammler wurde infolge einer Anordnung aus der Versammlung den Angehörigen der Charlottenburger Opfer überwiegen.

Im dichtbesetzten Saal des Pratertheaters hielt Genosse Ledebour am Dienstag den zweiten Vortrag der Serie, die der sechste Wahlkreis veranstaltet hat, um seinem Abgeordneten Gelegenheit zu geben, den Wählern einen Rechenschaftsbericht zu erhalten. Mit einer Besprechung des Charlottenburger Denkmalsprozesses begann der Redner, um dann an einer Reihe anderer Auffehen erregender Urteile das Wesen des Klassenstaates und der durch Klassenurteile beeinflussten Justiz zu kennzeichnen.

Daß die Worte „rote Woche“ an das Denkmals geschriebe wurden — sagte Genosse Ledebour — ist, selbst vom bürgerlichen Standpunkt aus betrachtet, eine Lappalie. Wenn man im bürgerlichen Lager diese Angelegenheit nicht als Lappalie behandelt, sondern sie zu einer an Hochverrat grenzenden Handlung gestempelt hat, so hat das seine Ursache in der erneuten Verschärfung der Klassengegensätze und der offenkundigen Feindseligkeiten, die in allen Schichten des Bürgertums gegen die Sozialdemokratie zum Durchbruch gekommen ist. Dem Einfluß solcher feindseligen Stimmung gegen die Sozialdemokratie können sich die Richter auch beim besten Willen nicht entziehen. Schon die Tatsache, daß die Bemalung des Denkmals in einem Bezirk, also an einem öffentlichen Ort, verabschiedet wurde, beweist, daß die Teilnehmer keine andere Absicht hatten, als einen Akt zu verüben, und daß keiner die Tat für so schwerwiegend hielt, wie sie nachher hingestellt und durch das Urteil gekennzeichnet worden ist. Dies unerhörte Schreckensurteil steht so wenig im Einklang mit der Tat, daß man sagen muß: Die Angeklagten sind so schwer bestraft worden, nicht wegen ihrer Handlung, sondern weil sie Sozialdemokraten sind und weil man die ganze Partei durch das Urteil treffen wollte. Wenn wir auch das, was die Verurteilten taten, nicht gutheißen können, so sprechen wir ihnen doch unser Mitgefühl aus, weil sie nicht wegen ihrer Tat, sondern wegen ihrer Parteimitgliedschaft so hart bestraft worden sind. (Lebhafter Beifall.)

Der Redner verwies auf eine Reihe von Fällen, wo ähnliche Denkmalsbemalungen, ja noch viel schwere Ausschreitungen, von Studenten und sonstigen hoffnungsvollen Sproßlingen bürgerlicher und feudaler Väter mit auffallend milden Strafen davonkamen. Er erinnerte, um die das ganze öffentliche Leben beherrschenden Klassengegensätze zu illustrieren, an die bekannte Streikjustiz: Die schärfste Bestrafung der geringsten Ungehörigkeiten, wenn sie von Streikenden begangen wurden und im Gegensatz dazu die größte Milde bei der Beurteilung schwerster Ausschreitungen von Streikbrechern, was bei dem berühmten Streikbrotactum die Ansicht entstehen ließ: Wir Arbeitwillige können einen todschlagenden, uns passiert nicht. — Auch an die gerichtlichen Verfolgungen der Kritik an der Monarchie und am Militarismus erinnerte Genosse Ledebour. In diesem Zusammenhang berührte er das Frankfurter Urteil gegen die Genossen Luxemburg und ihren gegenwärtigen Prozess wegen Militärbeteiligung. In diesem Falle wird der Genossin Luxemburg zum Vorwurf gemacht, daß sie sagte, es verhebe kein Tag, an dem sich nicht in irgend einer Kaserne ein Drama abspiele. Nun gibt der Staatsanwalt dem Worte „Drama“ eine ganz falsche Deutung, wenn er meint, es sei damit gesagt, es müsse jeden Tag ein Soldat zu Tode gequält worden sein oder infolge von Mißhandlungen Selbstmord verübt haben. Ein derartiger Vorgang ist eine Tragödie. Drama bedeutet eine ernste Handlung im Gegensatz zur Komödie, die heitere Vorgänge umfasst. Aber der Staatsanwalt kümmert sich an das Wort „Drama“. Der französische Staatsmann Talleyrand sagte seinerzeit: Gebt mir nur drei Worte von der Hand eines Menschen und ich bringe ihn an den Galgen.“ Deut braucht der Staatsanwalt nur ein Wort, um die Angeklagte ins Gefängnis zu bringen. Man sieht, welche Fortschritte die Anklagebehörde seit den Zeiten Talleyrands gemacht hat. (Beifall.)

Weiter verwies der Redner auf die unterschiedliche Behandlung von Vorgesetzten und Untergebenen vor den Militärgerichten. Auch hier bekundete sich der Klassen Gegensatz und die Verschärfung der Klassenurteile. Die Regierung und die Vertreter des Bürgertums benutzen jede Gelegenheit, um die Klassengegensätze zu verschärfen und sie verlangen, daß die Sozialdemokratie, solange sie noch nicht unter Ausnahmegerichte gestellt wird, eine verschärfte Klassenjustiz zu kosten bekommt. Wird doch sogar das von serbischen Nationalisten in Sarajewo verübte Attentat von der „Deutschen Tageszeitung“, der „Post“ und anderen reaktionären Blättern benutzt, um Unterdrückungsmaßregeln gegen die Sozialdemokratie zu fordern. Diese schamlose Hege, so unbegründet sie auch ist, wird gegen uns wirken. — Die hat man gegen uns geht, weil wir am Schluß des Reichstages beim Kaiserhof sitzen geblieben sind. Aus den schon öfter dargelegten Gründen konnten wir vor dem Hoch nicht hinausgehen. Diese Taktik war nicht mehr angebracht. Wir mußten im Saale bleiben und wenn wir darin bleiben, bleiben wir auch sitzen. (Stürmischer Beifall und Zustimmung.) Auch durch diese Hege, die ja nur eine lebende Heuchelei ist, läßt sich unsere Partei nicht irre machen. Sie geht vorwärts, geradeaus bis zu ihrem endgültigen Siege. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem Pianfeld persönliche Erfahrungen beim Denkmalsprozess vortrug und der Vorsitzende Dabrowski die Versammlung mit einer zur unermüdbaren Agitation auffordernden Rede geschlossen hatte, wurde die Tellerfammlerung zu Gunsten der Familien der im Denkmalsprozess Verurteilten fortgesetzt.

Eingegangene Druckschriften.

Illustrierte Länderkunde. Herausgegeben von E. Banke. 6 B., geb. 4 M. George Wetternann, Braunschweig. In luttanischer Sonne. Erzählung von Hedwig Wigger. Buchh. 1,20 M., geb. 2 M. 2. Heft. Schneidm.

Der Schluß des Saison-Ausverkaufs

in unserem Stammhause Am Oranienplatz

Wir haben nochmals die Preise ganz bedeutend ermäßigt und wollen wir den Rest der Sommerwaren unbedingt räumen. Es bieten sich Gelegenheitskäufe, wie sich solche in dieser Saison nicht wiederholen werden. Einige Beispiele unserer Offerte:

Blusen früher 10.50, jetzt 5⁹⁰	Kostüme früher 48.—, jetzt 24⁰⁰	Mäntel früher 36.—, jetzt 18⁰⁰	Kleider früher 34.—, jetzt 16⁵⁰	Kostüm-Röcke früher 8.25, jetzt 3⁹⁰
--	---	--	---	---

Straßenbahnlinien:
5 11 12 18 19 20 27
28 29 30 47 48 56 58
65 93 95 98 119 R

R. M. MAASSEN

Hochbahnstation:
Kottbuser Tor
Autobuslinien:
11 24 B

Kugengüssen erzählen übereinstimmend, daß die Nordbamben, der Bombenwerfer ebenso wie der Gymnasiast, von den Jahrgängen, zunächst stehenden Zuschauern mit Häuten, Stöcken und was sonst gerade bereit war, strafend bearbeitet worden sind, bis die schnell zureichenden Sicherheitsbeamten die Verbrecher in ihren Schuß nahmen. Man möchte das wiederum, wie schon früher so manchemal, lebhaft bedauern. In Sarajewo hat sich das gesunde Empfinden und das Gerechtigkeitsgefühl gegen unehrliche unmenschliche Greuel aufgebäumt. Darum steht die Humanität immer ein, um den Verbrecher, die Bestie im Menschen, zu schonen und zu hegen, daß ihr nur ja kein Leid geschieht. Jetzt befinden sich die Schandbuben, mit denen kein christlicher Kerl etwas gemein haben möchte, wohlverwahrt und gut verpflegt bei ihrem Wohlergehen im Kerker und zeigen die typische zynische Dünkelhaftigkeit; sie fühlen sich als bedeutende Männer der Weltgeschichte, und wissen ganz genau aus früheren Begegnungen ähnlicher Art, daß über ihre werten Personen und ihre Aussagen im Verhör genau in allen Zeitungen berichtet wird. . . . Wenn der Sicherheitsdienst, der in Sarajewo beim Schutz des Thronfolgers und seiner unglücklichen heldenmütigen Frau, beim Schutz des bedeutenden Mannes für die ganze habsburgische Monarchie und ihre Zukunft, so traurig verfaßt hat, auch bei der Beschäftigung der Nordbamben etwas zurückhaltend gewesen wäre, so hätte das vielleicht eine heilsame Wirkung haben können. Wenn erst einmal ein derartig vertiefter Richtwärtiger von der ungerechten Jornempörung Volksmenge zerföhren, zertrümmert, zertrümmert worden ist; dann bestimmt sich doch wohl mancher, ob er eine Schandtat verüben will, bei der er ruhmlos in ein Häuflein Urat verwandelt werden kann, ohne daß von ihm die Öffentlichkeit näheres erfährt.

Wir haben aus unserer Empörung über das sinnlose Verbreiten der Sarajewer Attentäter kein Hehl gemacht. Angesichts solcher Blutdelirien, wie sie das Hamburger christlich-nationale Blatt produziert, muß man aber doch im Ernste fragen: Wer ist hier mehr vertiert — der Attentäter oder der Redakteur, der sich in dieser Weise an den bluttriefenden Wünschen seiner brutalen Phantasia berauscht?

Freiheit, dein Name ist — „Deutsche Tageszeitung“.

Das Schwindeln und Verleumben gehört zum Lebenschema der Massen, die in der „Deutschen Tageszeitung“ den Kampf für Kaiser und Reich und deutsche Art führen. Einen drapierischen Beleg für diese saubere Kampfmethode liefert das ehrenwerte Organeln jetzt wieder in einer Polemik mit der „Freisinnigen Zeitung“. Diese hatte, um die Unwahrscheinlichkeit des Wundlerblattes nachzuweisen, unter anderem auch auf eine Meldung der „Deutschen Tageszeitung“ Bezug genommen, wonach schweizerische sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Landesverrat verübt haben sollten. An diese Schwindelnotiz, die natürlich sofort in die übrige nationale Presse überging, knüpften die Wahheitskämpfer der „Deutschen Tageszeitung“, ohne ihre Bestätigung abzuwarten, sofort den üblichen Kommentar, der den Landesverrat als eine notwendige Konsequenz der sozialdemokratischen Internationalität hinstellte. Die Schwindelnotiz war kaum ins Land geflogen, als auch schon ihre Nichtigstellung erfolgte, und zwar nicht nur durch die unmittelbare Weisung selbst, sondern auch durch eine amtliche Erklärung der Schweizer Bundesversammlung. Die ganze Geschichte war, wie gesagt, glatt erschwandelt, was auch sofort in der deutschen sozialdemokratischen Presse festgestellt wurde. Anstatt aber von dieser Feststellung loyalerweise Notiz zu nehmen, unterföhren die Schwendelkämpfer des Herrn Czeret sie ohne irgendwelche Gewissensstrüpfel und sehen sich obendrein noch aufs hohe Pferd edler sittlicher Entrüstung, weil unter Leipziger Bruderblättern ihnen für ihre frechen Verleumdungsmanöver etwas derb auf die schmutzigen Hinterköpfe klopfte. Das dreiste Stück aber leisten sich die agrarischen Herrschaften doch in der eingangs erwähnten Polemik. Mit ungeschuldigem Augenaufschlag, als ob ihnen das größte Unrecht geschehen wäre, schreiben sie:

„Die Freisinnige Zeitung“ wirft uns unwahre Verleumdungen über die Untersuchung gegen sozialistische Abgeordnete in der Schweiz wegen Landesverrats vor. Dieser Vorwurf ist ganz besonders leichtfertig. Wir haben, wie eine Reihe anderer größerer Zeitungen, die Nachricht über die Verhaftung eines schweizerischen sozialistischen Abgeordneten wiedergegeben, die durchaus auf Wahrheit beruhte. Auch von sozialdemokratischer Seite ist unseres Wissens nicht diese Meldung, sondern nur unser Kommentar dazu angegriffen worden, der aber einzig und allein Sache der Auffassung ist.“

Wohlgemerkt: in der Parteipresse ist nicht nur der agrarblödeliche Kommentar zu jener Schwindelnotiz zurückgewiesen, sondern auch ihr sachlicher Kern ausdrücklich richtiggestellt worden. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat auf diese Festmagerung geantwortet, kann sich also nicht darauf berufen, jene Nichtigstellung übersehen zu haben. Trotzdem wird ruhig weitergeschwändelt, und im Wahlfreie Labiau-Wehlau gehen inzwischen schon die Gefinnungsgenossen des Wundlerblattes mit dem dreisten Lügenmärchen gegen die „waterlandlose und landesverräterische Sozialdemokratie“ eifrig hantieren. Wie heißt doch gleich der alte bewährte Grundsatz? Verleumde nur frech drauf los — etwas bleibt schon hängen!

Unsere „teure“ Kolonialbureaucratie.

Die durchaus kolonialbegeisterte „Koloniale Korrespondenz“ macht auf eine recht üppige Blüte am Baume unseres kolonialen Bureaukratismus aufmerksam. Sie schreibt:

„Die Reisekosten für die deutschen Kolonialbeamten erfordern alljährlich im kolonialen Haushalt recht erhebliche Beträge. Am meisten sollen sie bei Deutsch-Südwestafrika ins Gewicht, da sie dort bei der Steuerfreiheit der wenig zahlreichen Eingeborenen ausschließlich von der weißen Kolonialbevölkerung aufgebracht werden müssen. Im südwestafrikanischen Staat für 1914 sind die Reise- und Umzugskosten einschließlich der Ausstattungsgegenstände allein für die Zivilbeamten mit 802.000 Mark veranschlagt. Rechnet man hierzu noch die mit 368.000 Mark veranschlagten Frachtkosten, die größtenteils durch den Umzug der Beamten bedingt sind, so ergibt sich die Summe von 1.170.000 Mark. Der Staat für das Jahr 1913 belief sich die weiße Bevölkerung der Kolonie auf 14.830 Seelen. Bringt man hieron 2000 Angehörige der Schutztruppe und 878 Regierungsbeamte in Abzug, so verteilt sich die Last der Reisekosten der Kolonialbeamten auf rund 12.000 Kolonisten. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen demnach von den eigentlichen Reisekosten 67 Mark, unter Eingerechnung der Frachtkosten gar 91 Mark. Der gleiche Satz auf die 67 Millionen Einwohner des Deutschen Reiches umgerechnet, würde die Summe von 4.489 Millionen betragen. Die Reisekosten der Kolonialbeamten belaufen demnach das Wirtschaftswesen von Deutsch-Südwestafrika in einer Höhe, welche die Kosten des deutschen Militärs und Reichsmarinechefs verhältnismäßig um das Vier- bis Fünffache übersteigt.“

Der zufällig bei Deutsch-Südwestafrika vorhandene Diamantenrohstoff ist in keiner Weise, daß die für systematische Wassererschließung hochnotigen Mittel des Landes angeht, angesichts seines ge-

jurden Klimas für wirtschaftlich unproduktive Spozierfahrten der Beamten zwischen Europa und Afrika in einem derartigen Umfange Verwendung finden. Was soll denn werden, wenn der Diamantenreichtum verfehlt ist?“

Der Kampf gegen die gemeindliche Wertzuwachssteuer wird in der Kommunalabgabekommission des preussischen Dreiklassenhauses mit großer Intensität fortgesetzt. Sogar die Regierung hat schon mehrfach energische Worte im Interesse der Gemeinden sprechen müssen. Die Kommissionmehrheit läßt sich aber dadurch nicht anstecken und streicht an den Einkommensquellen der Gemeinden herum, wie sie nur kann. Am Mittwoch hat man auf Zentrumsantrag beschloffen, die in dem aufgehobenen Reichswertzuwachssteuergesetz enthaltenen Sätze, die jetzt den Gemeinden als Entschädigung zugute kommen sollen, auf die Hälfte zu verkleinern. Auch sonst wurden verschiedene Begünstigungen für die Rückgeber des unterdrückten Wertzuwachses beschloffen.

Türkische und griechische Emigranten.

Aus Konstantinopel schreibt uns Genosse Parvus: Die Emigrantenfrage hat beinahe zum Krieg zwischen Griechenland und der Türkei geführt. Aber der Krieg ist keine Lösung für die Frage der Emigration, der Krieg ist vielmehr deren Ursache. Ein neuer Krieg würde nur eine neue Flut der Emigration zur Folge haben.

Es ist richtig, daß die Griechen in der Türkei seitens der muslimanischen Bevölkerung, besonders seitens der Einwanderer aus Griechenland bedrängt wurden und daß die Ortsbehörden sich den Griechen gegenüber feindlich gestellt haben. Die türkische Regierung hat das ja anfangs gelehnet; aber die ganze Reihe des Ministers des Innern Talaat-Bei mit ihren Verdrehungen und ihrem Beamtenwechsel ist eine offizielle Bestätigung der früher erhobenen Beschuldigungen.

Ebenso steht es fest, daß die Muselmanen in Griechenland entschieden noch grausameren Verfolgungen und noch brutaleren Pressionen seitens der Ortsbehörden unterworfen werden. Das wurde vom Parlament selbst anerkannt.

Aber die Verfolgungen und Drangsalierungen, die haben und drüben stattfinden, sind nur die äußeren Ausläufer eines Zustandes, der durch den vorangegangenen Krieg geschaffen wurde.

Die Brutalitäten des Krieges waren es, die das Zusammenleben der verschiedenen Volkselemente in Griechenland wie in der Türkei ungemein erschwert, beinahe unmöglich gemacht hatte. Wir können ja einander nicht mehr in die Augen sehen, wie sollen wir da noch beisammen bleiben? — So äußerte sich ein türkischer Auswanderer. Wie soll man mit Leuten in nachbarlichen Beziehungen bleiben, von denen man soeben vergewaltigt und auf das schändlichste beleidigt worden? Und da der Krieg unter nationaler und religiöser Devisen stattfand, so werden die Kränkungen entweder auf die ganze Nation oder Religion übertragen.

Die erste Flut der Emigration entstand während des Krieges selbst. Man floh vor den Granaten und Schrapnells, vor den Brandstiftungen, vor den Raub- und Mordgelüsten der jagelosen Soldateska. Fast alle diese Flüchtlinge waren Muselmanen.

Nach dem Krieg kam die zweite Flut. Die Griechen und Serben zogen in Mazedonien als Eroberer ein. Sie liehen es die eingeborene Bevölkerung fühlen. Eine scharfe Scheidung trat ein zwischen den Sieghastigen und den besiegten Nationen. Jeder Grieche sah sich als Eroberer, dem alle anderen Nationen untertan sein müssen; desgleichen jeder Serbe. Die Regierungen ihrerseits suchten zu gräßlichen und furchterlichen. Da setzten sich weitere Massen in Bewegung, um das Land zu verlassen: vor allem Türken, aber auch sehr viele mazedonische Bulgaren.

Indessen erinnerten sich die Griechen im Auslande, daß sie auch zu den Eroberern gehören. Die Griechen im Kaukasus und in der Armen schickten eilige Laufend Auswanderer, die dann Plag in Neu-Griechenland verlangten. Der Druck auf die muslimanische Bevölkerung in Mazedonien steigerte sich, und da auch die einheimische griechische Bevölkerung ungeduldig darauf wartete, sich in den Besitz des Viehes und des sonstigen Eigentums ihrer muslimanischen Nachbarn zu setzen, so scheute man vor keinem Verzeß zurück.

In der Türkei sammelten sich über eine Viertelmillion Einwanderer an. Die Regierung suchte nur, sie recht schnell wieder von der Hauptstadt wegzuschicken, und überließ sie dann fast vollständig ihrem Schicksal. Da sie alle Plätze besetzt fanden, so suchten sie sich Plag zu schaffen auf Kosten der einheimischen griechischen Bevölkerung. Die ortsanfässigen Muselmanen halfen mit, und so entstand die dritte Flut: die griechische Auswanderung.

Die griechische Regierung tat ebenso gut wie die türkische nichts, um den griechischen Einwanderern zu Hilfe zu kommen. So sammelte sich in Mazedonien eine verelendete, verzweifelte Masse an, die das Mißgeschick an der muslimanischen Bevölkerung zu verzeilen suchte.

So ist dieser gegenseitige Druck und Bevölkerungsschub entstanden, dem nunmehr durch keine administrativen Maßregeln Einhalt geschehen kann.

In diesem Augenblick ist vor allem notwendig — Fürsorge für die Emigranten. Mit einem geringen Bruchteil des Geldes, das beide Staaten für Kriegsrüstungen ausgeben, könnte den griechischen sowohl wie den türkischen Emigranten geholfen werden.

Der albanische Aufstand.

Die allmählich recht einträglich gewordene Tragikomödie von Durazzo beginnt jetzt zur Burleske umzuschlagen. Der famose Held Prenk Bibboda, den man als Reiter aus aller Not betrachtete und der schon vor einigen Tagen von den Rebellen geschlagen sein sollte, hat die Zeit redlich dazu ausgenutzt, mit seinen Leuten Viehdiebstähle im großen auszuführen. Dabei ist es zu einem Zusammenstoß mit den aufständischen gekommen, bei dem Prenk Bibboda mit seiner tapferen Schar davongelaufen ist, um das gestohlene Vieh in Sicherheit zu bringen. Das Schicksal des Fürsten und Durazzos ist dem edlen Albanerhüpfing sehr gleichgültig.

Das tollste aber ist, daß die fürstliche Regierung jetzt zwei Minister nach Italien zu Essad Pascha gesandt hat, um ihn zu ersuchen, er solle bei der italienischen Regierung um gut Wetter für den Fürsten bitten. Essad Pascha, den der Fürst aus dem Lande gejagt hat und der sicher nicht auf seine ehrgeizigen Pläne verzichtet hat, wird gewiß ein eifriger Sachwalter des bankrotten Abtes sein.

Prenk Bibboda, der Ausreißer.

Durazzo, 30. Juni. Durch Funkpruch über Castellonovo. (Meldung des Wiener A. N. Telegr. Korresp. - Bureau.) Nach gestern abend eingelaufenen, bis heute früh geheim gehaltenen Telegrammen ist Prenk Bibboda am Sonntag bis Malpuzi vorgebrungen. Hier entspann sich ein kurzer Kampf mit den Rebellen, worauf Prenk Bibboda seinen Leuten den Rückzug befahl und bis Jenu

zurückging. Die freiwilligen Artilleristen Merzens, Palosia und Esal brachten die dort befindlichen Geschütze in Sicherheit. Die durchaus unbegründete Flucht Prenk Bibbodas, welche teilweise auf fremde Einflüsse, teilweise darauf zurückgeführt wird, daß der größte Teil seiner Mannschaften, anstatt in den Stellungen zu verbleiben, auf Raub ausgezogen war, rief in Durazzo große Enttäuschung hervor. Für heute nachmittag oder morgen wird ein Angriff der Rebellen auf die Stadt erwartet. Da Prenk Bibboda seine Truppen entlassen und sich nach Alessio zurückgezogen hat, wird befürchtet, daß die Rebellen die gegen Prenk Bibboda konzentrierten Mannschaften zum Angriff auf die Stadt heranziehen. Heute wurden in der Richtung von Kabaja gegen Kasbul ungemein starke lebhaftere Verschiebungen der feindlichen Streitkräfte beobachtet.

Die Bitte um Essad Paschas Vermittlung.

Wien, 1. Juli. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Durazzo: Angesichts der schwierigen Lage beschloß die Regierung, die Minister Zurturi und Ruffid nach Italien zu schicken, um mit Essad Pascha in Unterhandlungen einzutreten, damit er zugunsten des Fürsten interveniere und ihn vor dem vollständigen Ruin bewahre. Die Minister werden sich dann nach Rom begeben, um zusammen mit Turhan Pascha mit der italienischen Regierung zu konferieren.

Italien.

Das Wüten der Reaktion.

Rom, den 29. Juni. (Fig. Ver.) Gegen den Chefredakteur des „Avanti“, Genossen Mussolini, ist nun auch Anklage wegen Aufreizung zum Verbrechen erhoben worden, wegen einer Rede, die er während des Generalfreikampfs gehalten hat. Desgleichen wird gegen Genossen Valera vorgegangen und gegen zahlreiche andere Parteigenossen. In der Romagna wird blindlings darauf los verhoffet. Am 29. Juni findet in Rom eine Verständigung zwischen Vertretern der sozialistischen Partei, der republikanischen, zwischen denen der anarchistischen Gruppen, der Konföderation der Arbeit, dem individualistischen Zentralverband, dem Syndikat der Eisenbahner und der Föderation der Seeleute statt. Es wurde die Bildung eines Abwehrbündnisses beschloffen.

Spanien.

Fortdauer der Hungerrevolten.

Madrid, 1. Juli. Zahlreiche Frauen veranfaßelten gestern auf dem Markt eine Kundgebung; sie forderten eine Herabsetzung des Kartoffelpreises. Die Kartoffelfläche wurden aufgeschnitten und ihr Inhalt umhergestreut. Die einschreitende Gendarmerie konnte nur mit Mühe die Ordnung wieder herstellen. Mehrere Personen wurden leicht verletzt.

Rußland.

Wiederaufnahme des Agew-Standals.

Petersburg, 1. Juli. Die von dem bekannten in Paris lebenden Revolutionär Burzew an den ersten Staatsanwalt des Senats gerichtete Klage gegen den berühmten Epizel Agew kommt der Regierung äußerst uneben. Burzew weiß noch, daß 1902 bis 1910 unter Leitung und teilweise mit Vorkwissen Agews über dreißig terroristische Verbrechen verübt worden sind, an denen General Berasimow und eine Reihe anderer Staatsbeamter mehr oder weniger teilgenommen haben. Burzew erbietet sich, als Zeuge vor Gericht zu erscheinen. Man glaubt allgemein, daß der Senat die Klage Burzewos unberücksichtigt lassen wird, da er sonst eine Reihe Regierungsgorgane schwer kompromittieren und der „staatsfeindlichen“ Bewegung neue Nahrung zuführen würde.

Letzte Nachrichten.

Verhängung des Standrechts über ganz Bosnien und die Herzegowina.

Sarajewo, 1. Juli. Nachdem sich in Dolnatzka und in Maglaj ähnliche Ausbreitungen wie in Sarajewo wiederholt haben und in Gabela, im Bezirk Stolac, heute die dortige serbische Kirche von einem Haufen katholischer und muslimanischer Bauern gestürmt und verwüstet worden ist, hat der Landesesh die Verhängung des Standrechts über ganz Bosnien und die Herzegowina verfügt.

Verbotene Kundgebung in Belgrad.

Belgrad, 1. Juli. Eine für morgen angelegte Protestversammlung der Studenten gegen die von Kroaten in Sarajewo, Kragin und anderen Orten veranstalteten serbenfeindlichen Kundgebungen ist behördlich verboten worden.

Serbenfeindliche Demonstrationen in Wien.

Wien, 1. Juli. Heute abend versuchte eine Menge von etwa 150 jungen Leuten, bestehend aus Studenten, Handwerklern usw., welche später bis auf 500 Personen anwuchs, von mehreren Hauptstraßen aus gegen die Straße zu ziehen, in welcher sich die serbische Gesandtschaft befindet. Infolge des genügenden Wachsaufgebots gelang ihnen jedoch dieses Vorhaben nicht. Die jungen Leute demonstrierten mit Rufen und mit Abzingen der Volkshymne. Um 10 Uhr abends war die Kundgebung zu Ende.

Den eigenen Vater erschlagen.

Diebenhausen (Kr. Wittgenstein), 1. August. Der Landwirt Hornighausen erschlug in der Notwehr seinen betrunkenen Vater, der sich in einem Wutanfall auf ihn stürzen wollte. Er stellte sich darauf selbst der Polizei.

Automobilunfall.

Lohmsfeld bei Kaiserlautern, 1. August. Heute nachmittag stürzte in der Kaiserstraße im Biefenthal das Automobil des Herzogs Alexander von Oldenburg aus Petersburg die Böschung hinab. Der Wagen wurde vollständig zertrümmert. Der Herzog erlitt mehrere Rippenbrüche und einen schweren Nervenbeschod. Auch die übrigen Insassen außer dem Reisemarschall wurden verletzt. Die Verunglückten wurden in das Krankenhaus nach Kaiserlautern gebracht.

Brandunglück.

Breisach, 1. August. Die Gasofenfabrik von Keller und Pöplgen ist bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Feuerwehrlente fanden den Besitzer Keller tot auf; er dürfte den Tod durch Erstickung gefunden haben.

Todes-Anzeigen

Infolge eines Unglücksfalles verstarb am Dienstag im Städtischen Krankenhaus mein liebgeliebter Mann und Vater, der Lederortler **Karl Dendorfer** im Alter von 47 Jahren. Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen **Anna Dendorfer** und **Zahne**. Die Beerdigungsgeld kann erst später bekannt gegeben werden.

Sozialdemokratischer Wahlverein Niederbarnim, Bezirk Lichtenberg, 61. Gruppe. Am Dienstag, den 20. Juni, verstarb unser Mitglied, der Gattling **Otto Drescher** Lehnstraße 20. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Marzahn aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Bezirksleitung.**

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands, Jahreshalle Lichtenberg. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Restaurateur **Otto Drescher** Lehnstraße 20 verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Marzahn aus statt. 74/16 Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Am Dienstagmittag verstarb laut nach ihm selbstem Willen mein innigstgeliebter Mann, der Restaurateur **Otto Drescher** im 54. Lebensjahre. Dies zeigt uns tiefes Beileid bildend, an die trauernde Witwe **Klara Drescher**. Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Marzahn aus statt. 74/16 Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener **Fritz Prescher** im Alter von 21 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Marzahn aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Beschäftigte **Paul Schnelle** am 20. Juni an Brustschmerzen gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Reinickendorf, Hermannstr., aus statt. Rege Beteiligung erwartet. 121/9 **Die Ortsverwaltung.**

Am Montagmorgen entschied meine innigstgeliebte Frau und unsere Mutter **Emma Kirsch geb. Schmidt** im 37. Lebensjahre. Dies zeigt in großem Schmerze an. 123/4 **Robert Kirsch u. Kinder.** Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Friedhofes, Bismarckstr., aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis. 9. Abt. Bezirk 585. **Nachruf.** Am Donnerstag, den 25. Juni, verstarb unser Genosse **Johann Dobbrot** Holzgasse Str. 12. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung hat bereits am 20. Juni in Buch stattgefunden.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin. Am 29. Juni starb unser Mitglied, der Maurer **Wilhelm Brandt** (Beizel Pantow). **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Berliner Gemeinde-Friedhofes in Schönholz aus statt. 143/9 **Der Vorstand.**

Beerdigungsverein der Zimmerleute Groß-Berlins. Am Freitag, den 29. Juni, nachmittags 5 Uhr, verstarb nach langjährigem Siechtum im Alter von 63 Jahren unser langjähriges Mitglied, der Klempner **August Schünemann**. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. Juli, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes, Bismarckstr., aus statt. 25/95 **Der Vorstand.**

Hiermit die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater, Schmeigevater und Großvater, der Klempner, Drochsentischer und Portier **Heinrich Engler** nach langem, schwerem Leiden am 20. Juni laut entschloß sich. Die trauernden Hinterbliebenen **Anna Engler geb. Schöne** und Kinder, 25/97b Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Für die herzliche Teilnahme und schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter **Marttha Schütler** sage ich hiermit allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank. 133/2 **Der trauernde Gatte Wilhelm Schütler.**

Dankfagung. Für die mir bei der Trauerfeier meines lieben Mannes erwiesene Teilnahme und Kranzspenden sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Herrn Schulte, meinen besten Dank. 79/4 **Ww. Boost und Kinder.**

Dankfagung. Aus Anlaß der Beerdigung meiner innigstgeliebten Frau und Mutter sagen wir allen Freunden, Bekannten und Verwandten, insbesondere dem Kolonnen von Neupappeldorf unseren innigsten Dank. **Max Heißner** und Kinder, 100/4

Dankfagung. Für die hiesigen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter **Laura Brandt** sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank. 123/4 **Karl Brandt und Kinder.**

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden - Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung. Spr. vorm. 10-8 ab., Sonnt. 9-10.

Spezialarzt Dr. Homeyer, Friedrichstr. 81, gegenüber Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Von der Reise zurück 188/14 **Dr. Freymann** Charlottenburg, Knobelsdorffstr. 4.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Telefon: Amt Moritzplatz, 4747, 2382. **Sektion IV: Kraftdroschkenführer.** Am Freitag, den 3. Juli 1914, abends 7 Uhr, in Kellers Festsälen, Rappentstraße 29: **Branchen-Versammlung.** Tagesordnung: 1. „Unsere Abwehrbewegung im Kraftdroschken-gewerbe.“ 2. Diskussion. 3. Geschäftliches. Es ist Pflicht jedes Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen. - Mitgliedsbuch legitimiert. Die Sektionsleitung. J. H.: A. Becker.

Aktiengesellschaft für chemische Produkte vormals H. Scheidemandel - Berlin. Bilanz-Konto per 30. September 1913.

Aktiva.		Passiva.	
M.	Pf.	M.	Pf.
Grundstücke, Gebäude, Fabriken- und Büro-Einrichtungen	6257804	Aktienkapital	15000000
Effekten u. Beteiligungen	11704997	Versicherungsfonds	7375000
Kassa	64730	Talosssteuer-Reserve	25000
Kautions-Effekten	10100	Unbelebte Dividenden	3840
Debitoren	3383420	5%ige Anleihe aus 1909, ursprüngl. Betr. 3000000	3297000
Wechsel	54250	bish. Abstattung	343000
Avale	901808	5%ige Anleihe aus 1909	12240
Waren- u. Materialvorräte	1587965	verloste, nicht eingelöste Obligationen	328159
Gewinn- u. Verlustkonto	201980	Restkaufpreis auf erworbene Fabriken:	576250
Bruttogewinn	201980	ursprüngl. Betr. 3500000	576250
Ordentl. Absch. 49548	757028	bish. Abstattung	3008750
Ausserord. Absch. 757028	757028	Hypotheken- und Partial-Obligationen	338159
hierzu verwendet:		Anleihen- u. Evidenz-Konto	80600
Spezial-Reservofonds	325000	Kreditoren:	
Reservofonds	754479	Bank-Kredit	866723
	1017507	div. Kreditoren	963425
		Bank-Avale	54000
			2804189

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“ Berlin C. H. Sabisch, Adersstr. 174. O. Petersburger Weg 4. Gustav Vogel, Rappentstraße 82. H. Wengels, Marzahnstr. 36. NO. 2. Juch. Immanuelstr. 12. N. West, Bornimstr. 42. N. H. Wolgast, Ballhofstr. 9. G. Fischer, Rappentstraße 6. H. Carl Mars, Gieselerstr. 22. J. G. Hönig, Müllerstr. 34. G. Vogel, Lützowstr. 37. H. Ties, Invalidenstr. 124. NW. Salomon Joseph, Wilhelmshagenstr. 48. SW. G. Schmidt, Bismarckstr. 42. Tsch. Gonselberger Str. 27. S. St. Fris, Ringstr. 31. G. Lehmann, Rappentstr. 15. SO. Paul Bohn, Lützowstr. 14/15. P. Gorch, Engelstr. 8. Adlershof. Karl Schmarzlose, Bismarckstr. 28. Baumschulenweg. G. Hornig, Marienbader Str. 13, I. Borsigwalde. Paul Rieck, Mühlstr. 10. Charlottenburg. Gustav Zehner, Seifenbaker Str. 1. Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18. Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10. Johannisthal. Max Gonsch, Barckstr. 6. Karlshorst. Richard Rüter, Röhlfstr. 9, II. Köpenick. Emil Wisker, Rieckstr. 6, Laden. Lichtenberg. Otto Seiffel, Marienbader Str. 1. Nieder-Schöneweide. W. H. Hrab, Bismarckstr. 10. Nowawes. Wilhelm Jähde, Lützowstr. 2. Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Bismarckstr. 17, Laden. Pankow. Otto Rihmann, Mühlstr. 30. Reinickendorf. P. Gursch, Pöppelstr. 58, Laden. Neukölln. W. Heinrich, Redarstr. 2. Courad, Hermannstr. 50. C. Rohr, Siegfriedstr. 29/29. Rummelsburg. A. Rosenkrantz, Alt-Bohagen 56. Schöneberg. Wilhelm Bäumer, Martin-Luther-Str. 69 im Laden. Spandau. Köppen, Beitzstr. 64. Steglitz. G. Berner, Hellenstr. 5. Tempelhof. Joh. Krohn, Borsigstr. 62. Treptow. Robert Gramsch, Rieckstr. 412, Laden. Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105. Schiller, Berliner Allee 253. Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilhelmstr. 27.

Allgemeine Orts- u. Krankenkasse für Berlin-Lichterfelde. Donnerstag, den 9. Juli 1914, abends 8 1/2 Uhr, im großen Rathhaus-saal, Berlin-Lichterfelde, Schillerstr. 32: **Außerordentliche Ausschußsitzung.** Tagesordnung: 1. Bericht über die Jahresversammlung der Krankenkassen der Provinz Brandenburg. 2. Geschäftliche Mitteilungen. 3. Beschlusfassung über die Besetzung der Jahresversammlung des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen. 4. Berichtigendes. Einwaige Wünsche und Beschwerden bitte der Vorstand 3 Tage vor der Versammlung schriftlich einreichen zu lassen, damit das einschlägige Material zur Stelle gestellt werden kann. 275/16 Berlin-Lichterfelde, den 1. Juli 1914. **Der Vorstand.** Hans Richter, Vorsitzender.

Spezialarzt für Haut, Haut, Frauen, Beinleiden, etc. Heilung der akuten Gonorrhoe in wenigen Tagen durch Spezialmethode. Syphilitische, schmerzlose Schnellkuren ohne Berufsstörung. 251/5 **Dr. Stoffels, Leipziger Str. 103.** Jede Friedrichstr. 12-2, 5-9. Sonnt. 11-1.

Wandertarten hält stets vorräthig **Buchhandlung Vorwärts** Lindenstr. 69 (Caden)

Diese Woche enorm billiger Verkauf einer großen Partie **Echter Perser Teppiche!! Kelims!! Djidjims!! Gebetsstücke!!** **Teppich-Lefèvre** Berlin S. Seit 1882 nur **Oranien-Straße 158**

Schuten Damenhüte, schwarz, weiß, Champagne 0.95 an **Higge, Schönhauser Allee 146a.** Alle Hüte werden zu Schuten gepreßt.

Der echte **Kapitän-Kantabak** ist nicht nur durch seinen feinen Geschmack allein so schnell beliebt geworden, sondern auch vom gesundheitlichen Standpunkt aus, denn jedes einzelne Stück dess. (10 Pf.-Kollen oder Bündel) wird sauber verpackt zum Verkauf gebracht. Wieviel gerade hier gefündigt wird, bedarf wohl keiner Erörterung. - Verkaufsstellen überall, evntl. d. d. General-Vertr. **C. Röcker, Berlin, Grünbergweg 119.** Tel.: Königl. 3861.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Linienstr. 83-85. Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714. Heute Donnerstag, den 2. Juli 1914, abends 8 1/2 Uhr: **Branchen-Versammlung der Bauanschläger** im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 3). Tagesordnung: Branchenangelegenheiten und Verbandsangelegenheiten.

Sonntag, den 5. Juli 1914 von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags findet die **Wahl von 2 Angestellten** und die **Urabstimmung** über den Vorschlag der Generalversammlung betreffend Einführung der Hauskassierung in Berlin statt. In folgenden Lokalen wird abgestimmt:

- Kaczorowskis Restaurant, Ravenstr. 6.
- Waldis Restaurant, Pflugstr. 5.
- Büttners Festsäle, Schwedter Str. 23/25.
- Gilesches Restaurant, Kopenhagener Str. 74.
- Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Straße 42.
- Voigt-Theater, Badstr. 58 (großer Saal).
- Frankes Festsäle, Badstr. 19.
- Nebels Restaurant, Maxstr. 13b.
- Funkes Festsäle, Triftstr. 63.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
- Patenhofer Brauerei, Turmstr. 25/26.
- Wiemers Festsäle, Bülowstr. 58.
- Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal L.
- Fröhlichs Restaurant, Muskauer Str. 1.
- Nitschkes Restaurant, Reichenberger Str. 86.
- Burdacks Restaurant, Schönleinstr. 6.
- Schünemanns Restaurant, Alte Jakobstr. 144.
- Späths Restaurant, Georgenkirchstr. 65.
- Comenius-Säle, Memeler Str. 67.
- Boeker, Weberstr. 17.
- Rott, Straßmannstr. 29.
- Neukölln, Bartsch, Hermannstr. 49.
- „ Kaiser, Wildenbruchstr. 85/86.
- „ Gauter, Harzer Str. 88.
- „ Rückheim, Bergstr. 97.
- „ Krüger, Reuterstr. 62.
- Schöneberg, Vereinshaus, Hauptstr. 5.
- Baumschulenweg, Boches Restaurant, Baumschulenstraße 67.
- Tempelhof, Grützmaker, Berliner Str. 160.
- Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.
- Köpenick - Friedrichshagen, Käbner, Köpenick, Kaiserin-Augusta-Victoria-Straße 29.
- Stralau - Rummelsburg, Blume, Alt-Bohagen 56.
- Lichtenberg, Kurkowsky, Pfarrstr. 74.
- Steglitz, Schellhases Festsäle, Ahornstr. 15a.
- Ober-Schöneweide, Warnicke, Wilhelmshagenstr. 18.
- Adlershof, Restel, Friedenstr. 11.
- Wildau, Kordaneck, Wildauer Hof.
- Weißensee, Peukert, Berliner Allee 251.
- Tegel, Müllers Restaurant, Berliner Str. 84.
- Reinickendorf, Kohn, Schillingstraße, Ecke Auguste-Victoria-Allee.
- Spandau, Wilke, Linden-Ufer 17.
- Pankow, Rozyeki, Kreuzstr. 3, I.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand abstimmen! Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokale verteilt. Wahlleiter ist der Kollege Adolf Cohen, Linienstraße 83/85. Die Ortsverwaltung.

Billige Bücher - beste Reiselektüre 5000 gute und spannende Romane, Novellen, Erzählungen der bekannt. alt. Schriftsteller. Bibliotheks-Bände. Viele Jugend-, Ritter, Volksgeschicht. u. Kriminalromane. Jeder Ladenpreis 2-5 M., jetzt pro Band 20 u. 30 Pf. zum Ausuchen. **H. Engel Berlin, Wilmstr. 5.** Nähe Galleisches Tor.